ISSN: 1865-9632

3,00 Euro
(Ausland: 4,00 Euro)

Lotta

antifaschistische zeitung aus nrw

#38
Frühjahr 2010
projekte.free.de/lotta

Schwerpunkt

NS-Vergangenheit und Erinnerungskultur

Zwischen Verdrängung und Aneignung

Außerdem in dieser Ausgabe:

Interview mit Karl-Heinz Roth
Antiziganismus
Mit Kulturkampfparolen gegen Minarette und Muslime

Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Premiere in Dresden: Erstmals konnte am 13. Februar Europas größter Neonaziaufmarsch gestoppt werden. 12.000 Menschen, so schreibt das Bündnis „Dresden Nazifrei", haben sich an den Blockadeaktionen in der Dresdener Neustadt beteiligt und über Stunden Plätze und Straßen besetzt. Den Neonazis blieb nur der Rückzug. Dem antifaschistischen Bündnis gelang es im Vorfeld, unterschiedlichste Organisationen – von Antifa-Gruppen über Gewerkschaften bis zur Linkspartei und den Jugendorganisationen von Grünen und SPD – zu sammeln. Wurde hier etwa gemeinsame Sache mit „Extremisten" gemacht? Für die Staatsanwaltschaft Grund genug, dem Bündnis mit Hausdurchsuchungen und der Beschlagnahmung von Plakaten mit der als Aufruf zu Straftaten bewerteten Parole „Gemeinsam blockieren" Steine in den Weg zu legen. Der Kriminalisierungsversuch verfehlte aber seine Wirkung. Und so bleibt auch dem Politikwissenschaftler Eckhard Jesse nichts anderes übrig, als über eine „Niederlage für den Rechtsstaat" zu klagen.

Weil die Vorstöße der ExtremismustheoretikerInnen aktuell bleiben, findet sich in dieser Ausgabe ein Artikel zur Zukunft der Bundesprogramme gegen Rechts. Im Schwerpunkt befassen wir uns mit dem zukünftigen Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit. Seit zehn Ausgaben stellt LOTTA die hiesige Gedenkstättenlandschaft vor. Mit der Gedenkstätte Alte Synagoge Wuppertal beenden wir nun die Reihe und werfen in weiteren Artikeln und Interviews Schlaglicher auf die Herausforderungen, die sich der Erinnerungskultur im 21. Jahrhundert stellen. Unserem Autor Günter Born sei an dieser Stelle noch mal für seine hervorragende Arbeit gedankt. Bedanken möchten wir uns auch bei allen GastautorInnen und Interviewpartnern sowie bei allen, die uns auf die eine oder andere Weise unterstützt haben.

*Die **Lotta**-Redaktion*

Redaktionsschluss dieser Ausgabe war der 16. Februar 2010 (Kurzberichte und Splitter: 27. Februar 2010). Aktuellere Entwicklungen konnten nur in einzelnen Beiträgen berücksichtigt werden. Erscheinungsdatum ist der 9. März 2010.

Hohlnazis

„Dummheit ist nicht heilbar!", sagt der Volksmund. Und er hat Recht. Wäre dem nicht so, wäre die Auswertung extrem rechter Ergüsse auch sehr trist. So aber können wir an dieser Stelle regelmäßig einige Beispiele aus der schier unbegrenzten Palette extrem rechten Schwachsinns präsentieren.

Nationale Beweisführung

Aus einen Veranstaltungsbericht der „AG Ruhr-Mitte": „Sascha Krolzig [...] trat ans Mikrofon. In seiner kämpferischen Rede wusste Sascha wie immer zu überzeugen, [...] Dauerhafter Applaus bewies die Richtigkeit seiner Thesen."

Braunkappen

Der „Nationale Widerstand Marl" berichtet: „Vergangenen Freitag [...] haben sich mehrere nationale Aktivisten aus Marl getroffen, um gemeinsam in heimischen Wäldern Pilze zu suchen. [...] Am Waldstück angekommen suchte man gezielt Mischwälder auf, da diese bekannt sind für ihren hohen Anteil an [...] Braunkappen. [...] Wir waren derart schockiert darüber das es in Grundschulen normaler zu sein scheint über türkische Kultur aufzuklären um Rassismus und Faschismus vorzubeugen, als in heimischen Wäldern die hier gesetzten Bäume und Pflanzen zu erkunden. [...] Wir müssen Vorbild sein."

Rettet Gladbeck!

„Die inszenierte Wirtschaftskrise (von der Weltwirtschaft wissentlich herbeigeführt!)" *geht auch an Gladbeck (Kreis Recklinghausen) nicht spurlos vorbei.* „Gladbeck wird, und mit der Stadt auch Deutschland, untergehen", *jammern die „Freien Nationalisten Gladbeck". Also eine Flucht ins Ausland? Völlig zwecklos!* „Ein Chinese sagte letztens zu mir: 'Wenn Deutschland untergeht, gibt es keine Hoffnung für die Welt!'", *so Altnazi Manfred Roeder („Deutsche Bürgerinitiative") in einem seiner Rundschreiben.*

Gesellschaft

Rechtsextremismus oder Extremismus? . . . . Seite 4
Zur Entwicklung der Präventionsprogramme der Bundesregierung gegen Rechts

Schwerpunkt

Zwischen Verdrängung und Aneignung . . . . Seite 7
NS-Vergangenheit und Erinnerungskultur im 21. Jahrhundert

Kontinuität im Wandel . . . . Seite 8
Die Erinnerung an die NS-Vergangenheit im 21. Jahrhundert

»Das Vermächtnis der Opfer bewahren« . . . Seite 11
Interview mit Alfons Kenkmann zur Geschichte, Gegenwart und Zukunft der NS-Gedenkstätten

Die Begegnungsstätte Alte Synagoge in Wuppertal . . . . Seite 14
Gedenkstätten in NRW – Teil 11

Erinnerungskultur remixed . . . . Seite 17
Anforderungen an Erinnerungskultur und Gedenkpolitik in der Einwanderungsgesellschaft

Mörderische Traditionspflege . . . . Seite 20
Aktivitäten gegen die Gebirgsjäger-Traditionspflege in Mittenwald

Extreme Rechte

Generationswechsel . . . . Seite 23
NPD und Neonazi-Szene in Essen – ein Update

Stehaufmännchen des Neonazismus . . . . Seite 25
Neonazi-Kader unter der Lupe: Meinolf Schönborn

Zwischen FPÖ und Wewelsburg Records . . . Seite 27
Bielefelder Burschenschafter wollen Diskurse nach rechts verschieben

Die »Dienstagsgespräche« . . . . Seite 29
Scharnier zwischen konservativer und extremer Rechter

»Abendland in Christenhand?« . . . . Seite 32
Mit Kulturkampfparolen gegen Minarette und Muslime

»Nazi sein, heißt Leben wollen« . . . . Seite 34
Das Aktionsbüro Mittelrhein (AB Mittelrhein)

Schwerpunkt:
NS-Vergangenheit und Erinnerungskultur
Als Abschluss der nunmehr elfteiligen Reihe über NS-Gedenkstätten in Nordrhein-Westfalen wird in dieser Ausgabe dem Thema NS-Vergangenheit und Erinnerungskultur ein kompletter Schwerpunkt eingeräumt. LOTTA wirft ein Schlaglicht auf die unterschiedlichen Aspekte erinnerungskultureller Entwicklungen im 21. Jahrhundert.

...ab Seite 7

Im Zweifel jedenfalls nicht links . . . . Seite 37
»Nation und Europa« heißt nun »Zuerst!«

Aufmarsch-Splitter . . . . Seite 38
RechtsRock-Splitter . . . . Seite 39
Parteien-Splitter . . . . Seite 40
Kurzberichte . . . . Seite 43

(Anti)Rassismus

Antiziganismus . . . . Seite 46
Die Diskriminierung und Verfolgung von Sinti und Roma

Geschichte

»Es ist ihnen nicht gelungen« . . . . Seite 50
Über den späten Kriegsverbrecherprozess gegen Heinrich Boere

Linke

»Die lange Depression« . . . . Seite 52
Interview mit Karl-Heinz Roth zur globalen Krise

Rezensionen

Dunkelfeld, Stadt – Land – Rechts . . . . Seite 55

Enttäuschung auf ganzer Linie . . . . Seite 56
»Analysen und Handlungsvorschläge zum Rechtsextremismus in Dortmund«

Von Aljoscha Koschkarjow

Rechtsextremismus oder Extremismus?

Zur Entwicklung der Präventionsprogramme der Bundesregierung gegen Rechts

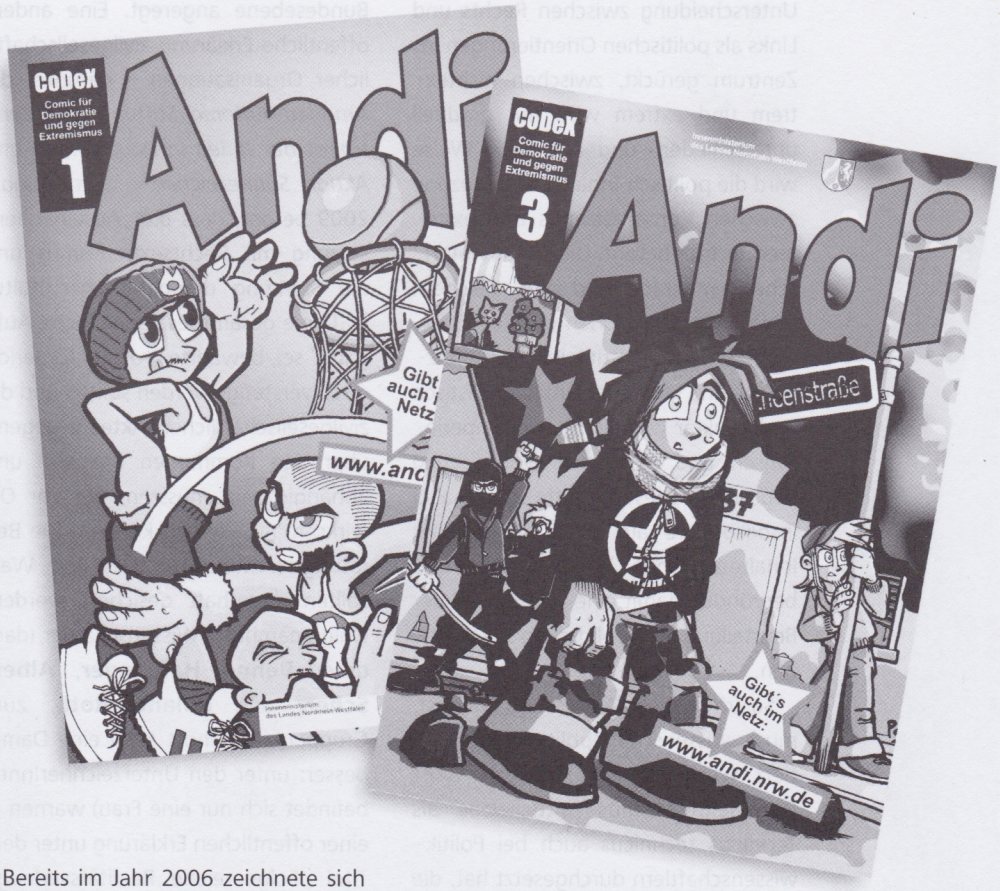
Die verschiedenen Bundesprogramme, die in den vergangenen 15 Jahren insbesondere auf extrem rechte und rassistische Gewalttaten reagierten, waren schon immer Ausdruck eines politischen Klimas. Im Moment stehen die Zeichen wieder auf Extremismus-Bekämpfung. Was das heißt, beleuchtet der folgende Beitrag.

Die Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus

Zu den Bundesprogrammen gegen Rechtsextremismus zählt das in den neunziger Jahren unter der Regierung **Kohl** aufgelegte *Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt* (AGAG), das sich auf die östlichen Bundesländer konzentrierte. Ein im Rahmen dieses Programms breiter erprobtes und heftig umstrittenes pädagogisches Konzept war die akzeptierende Jugendarbeit, die von **Franz Josef Krafeld** konzipiert und anschließend zur gerechtigkeitsorientierten Jugendarbeit weiterentwickelt wurde. 2001 wurden unter der Regierung **Schröder** aufgrund akuter Anschläge und Gewalttaten Bundesgelder zur Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus an die Länder ausgeschüttet. Anschließend legte die Regierung von 2002 bis 2006 zwei neue Bundesprogramme auf: „Entimon – gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus", das vor allem zivilgesellschaftliche Projekte förderte, und „Civitas – initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern", durch das vor allem die Mobilen Beratungsteams in Ostdeutschland unterstützt wurden. 2007 bis 2010 folgten unter der großen Koalition das Programm „Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie", das neben Modellprojekten insbesondere kommunale lokale Aktionspläne fördert, und das Programm „Kompetent. Für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus", in dessen Förderbereich die mittlerweile in allen Bundesländern eingerichteten Beratungsnetzwerke und Kriseninterventionsteams fallen. Mit dem Regierungswechsel 2009 stellte sich die Frage, ob und wie es mit den Bundesprogrammen weitergehen würde. Sowohl die politische Neuausrichtung als auch der Ministerinnenwechsel im Bundesfamilienministerium, das für die Programme zuständig ist, ließen erwarten, dass die Programme neu justiert würden. Insbesondere die Tageszeitung *Die Welt* machte Druck von rechts, indem sie der neuen Familienministerin **Kristina Köhler** (jetzt **Kristina Schröder**) vorwarf, auf dem linken Auge blind zu sein. Diese fand nun noch zwei Millionen Euro aus dem Jahr 2009, die 2010 explizit den Themen Linksextremismus und Islamismus vorbehalten bleiben sollen, während die übrigen 24 Millionen Euro im „Vielfalt- und Kompetent"-Programm wie geplant ausgegeben werden.

Ab 2011 wird es aller Wahrscheinlichkeit nach eine Neuauflage der Programme geben, die sich aber verstärkt dem Extremismus allgemein (es geht hier vor allem um Rechtsextremismus, Linksextremismus und Islamismus) und der Gewalt (sprich Jugendgewalt) zuwenden werden. So könnte beispielsweise der Titel eines neuen Programms ab 2011 lauten: „Demokratie fördern – Extremismus bekämpfen – Aussteiger integrieren" (außenpolitisch wird ja bereits von einem Taliban-Aussteigerprogramm gesprochen und wie immer der Fehler gemacht zu denken, solche Organisationen und Bewegungen seien käuflich und hätten keine Prinzipien).

Bemerkenswert ist, dass ein weiteres und finanziell erheblich besser ausgestattetes Programm in diesem Kontext, nämlich „Xenos", kaum im öffentlichen Kreuzfeuer steht, obwohl es sich im Verlauf der letzten Jahre zunehmend auf die Arbeit gegen Rechtsextremismus konzentrierte. Dies hat möglicherweise vier Gründe: Erstens wird es zu mindestens 50 % aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördert. Würden diese Mittel von der Bundesrepublik Deutschland nicht in Anspruch genommen, würden sie anderweitig vergeben. Zweitens hat das „Xenos"-Programm einen unmittelbaren Arbeitsmarktbezug, der offensichtlich von vorneherein jede Kritik eindämmt. Drittens werden darüber aktuell auch Aussteigerprogramme unterstützt, deren Förderung explizit in den Wahlprogrammen von CDU und FDP genannt wurde. Und viertens sind aufgrund eines durch die EU verlangten aufwendigen bürokratischen Verfahrens in der Regel eher größere und renommierte Träger in der Lage, *Xenos*-Projekte durchzuführen; diese tragen deshalb einen offizielleren Charakter.



Die Programme als Spiegel politischer Konjunktur

Anfang der neunziger Jahre tat man sich auf Bundesebene schwer, die Pogrome und Gewalttaten, für die beispielhaft Hoyerswerda und Solingen stehen, politisch zuzuordnen. Man wollte sie lieber als allgemeinen Gewaltausbruch und nicht als politisch eindeutig spezifizierbaren rechtsextremen und rassistischen Gewaltausdruck wahrnehmen. Nicht zuletzt der Regierungswechsel von Schwarz-Gelb zu Rot-Grün, aber auch das Erwachen der Verfassungsschützer, die langsam erkannten, dass die Gewalt von Rechts erheblich bedeutender geworden war als linke Randale, machten den Begriff Rechtsextremismus bundespolitisch hoffähig.

Dies ist ein Fortschritt, weil zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ein offizieller und öffentlicher Diskurs über den Rechtsextremismus geführt wird. Problematisch aber ist, dass sich im Begriff das Extremismus-Modell des Verfassungsschutzes durchgesetzt hat, das es erleichtert, jederzeit vom Rechtsextremismus auf andere „Extremismen" umzuschwenken. Darüber hinaus blendet der Begriff des Extremismus aus, dass es sich hier um „Normalisierungstendenzen" handelt bzw. um Denk- und Verhaltensformen, die von großen Teilen der Bevölkerung getragen und unterstützt werden, wie aktuelle Umfragen zu rassistischen Einstellungen zeigen. Die Zuordnung politischer Gewalt zum rechten Rand hat die Funktion, die gesellschaftliche Mitte von ihrer Verantwortung für diese Gewalt zu entlasten.

Bereits im Jahr 2006 zeichnete sich ein politischer Streit darüber ab, ob die Bundesprogramme in ihrer Ausrichtung Extremismus oder Rechtsextremismus betonen sollten. Die Verhandlungen über die Leitlinien der Programme waren mehr oder weniger abgeschlossen; dennoch ruhte die Umsetzung im September 2006, um die Landtagswahlen in Mecklenburg - Vorpommern abzuwarten. Hier entschied sich, welcher der Regierungskoalitionäre sich durchsetzen würde. Mit dem Einzug der NPD in den Landtag von Mecklenburg -Vorpommern hatte sich die SPD durchgesetzt, die Programme richteten sich nun explizit gegen Rechtsextremismus. Bereits vor der Bundestagswahl 2009 häuften sich vermehrt Stimmen, die sich für eine stärkere Ausrichtung der Programme auf Gewalt- und Extremismusprävention aussprachen. Sowohl die Programmatik der aktuellen Regierungskoalition als auch die insgesamt desolaten Wahlergebnisse rechtsextremer Parteien bei der Bundestagswahl und den zeitgleichen Landtagswahlen in Brandenburg leisten der künftigen Extremismusausrichtung der Programme Vorschub.

Extremismus oder extreme Rechte?

Das Extremismus-Modell geht von folgender politischer Ordnung aus: Im Zentrum des verfassungskonformen Spektrums, definiert durch die „freiheitlich-demokratische Grundordnung", steht die demokratische Mitte. An ihrem Rande befinden sich Links- und Rechtsradikale, die noch verfassungskonform sind. An deren jeweiligen Rändern liegen Links- und Rechtsextremismus, die verfassungswidrig sind. Nicht die Unterschiede in den Inhalten der politischen Orientierungen, sondern die Gemeinsamkeiten in den Formen der Absetzung vom etablierten staatlichen System werden hier zum zentralen Kriterium erhoben.

Demgegenüber wird mit dem alternativen Begriffspaar „extreme Rechte" und „extreme Linke" die prinzipielle Unterscheidung zwischen Rechts und Links als politischen Orientierungen ins Zentrum gerückt, zwischen nichtextrem und extrem wird nur graduell unterschieden, und auf diese Weise wird die politisch-inhaltliche Grauzone zwischen Konservatismus und extremer Rechter betont. Die parlamentarische Demokratie wird zwar gleichermaßen von Linksaußen wie Rechtsaußen kritisiert, die Kritik ist aber in letzter Instanz entweder antikapitalistisch und egalitär (von links) oder imperialistisch und rassistisch (von rechts) begründet. Diese Begriffe setzen also insbesondere auf die Differenz der Inhalte zwischen Links und Rechts und begründen damit eine Differenz in der Beurteilung der politischen Handlungen.

So triftig diese Auffassung auch ist, muss wissenschaftspolitisch konstatiert werden, dass sich das Wort Rechtsextremismus mittlerweile als Terminus technicus auch bei Politikwissenschaftlern durchgesetzt hat, die sich explizit vom Extremismusbegriff des Verfassungsschutzes absetzen (so z. B. der Politologe **Richard Stöss**). Der Begriff „Rechtsextremismus" als geschlossener Terminus konstruiert damit die extreme Rechte als eigenes Forschungsfeld, während der Begriff „extreme Rechte" den Extremismus als Spezialfall der Analyse rechter oder konservativer Ideologien und politischer Praxen auffasst.

Kritik aus der Zivilgesellschaft

Es gibt mittlerweile einige öffentliche Positionierungen zur künftigen Perspektive der Bundesprogramme, die alle darauf insistieren, dass deren Stoßrichtung gegen Rechts nicht verwässert werden darf. Ein Positionspapier der Träger Mobiler Beratungsarbeit und der Opferberatungsstellen vom Juli 2009 fordert „eine Fokussierung auf den zivilgesellschaftlichen Förderansatz, eine Verstetigung der Förderung und eine Übertragung der in Ostdeutschland entwickelten erfolgreichen Standards auf Westdeutschland". Um dies dauerhaft zu leisten, wird eine Gesetzesinitiative auf Bundesebene angeregt. Eine andere öffentliche Erklärung zivilgesellschaftlicher Organisationen – darunter die *Amadeu Antonio Stiftung*, der *Zentralrat der Juden in Deutschland* und *Aktion Sühnezeichen* – vom August 2009 betont, dass die „Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und die Stärkung demokratischer Kultur [...] eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe" sei, bewährte Projekte förderlogisch verstetigt werden sollten und die zivilgesellschaftlichen Akteure gegenüber den Kommunen finanziell unabhängig sein müssten, um vor Ort wirksam arbeiten zu können. Die Beratungsstrukturen in Ost und West sollten dauerhaft gesichert werden. Einige namhafte Wissenschaftler (darunter **Benno Hafeneger**, **Albert Scherr** und **Roland Roth**; zum Gruppenbild gehört auch eine Dame; besser: unter den UnterzeichnerInnen befindet sich nur eine Frau) warnen in einer öffentlichen Erklärung unter dem Titel „Folgenreiche Realitätsverleugnung" ebenfalls davor, die Bundesprogramme allgemein auf Extremismus auszuweiten. Ihr zentrales Argument ist der empirische Befund, dass in der jungen Generation nachweislich rechtsextreme Orientierungen mit entsprechender Gewaltbereitschaft in den letzten zwanzig Jahren überproportional zugenommen haben. Alle Stellungnahmen sind sich darin einig, dass der Rechtsextremismus das entscheidende politische Problem darstellt und deshalb seine Bekämpfung nicht durch Gleichstellung mit anderen möglicherweise problematischen politischen Entwicklungen entschärft werden darf. Alle diese Erklärungen aber bewegen sich auf der Folie des Extremismusbegriffs und zeigen damit die aktuelle kulturelle Hegemonie des Konservatismus an.

Von der Prävention zur Inneren Sicherheit?

Bei aller berechtigten Kritik an den Programmen, die anstelle von Regelstrukturen nur politisch schneller austauschbare Projektarbeit und zudem maßgeblich pädagogisch-präventive, auf junge Menschen bezogene Aktivitäten fördern, anstatt die Gesamtgesellschaft in den Blick zu nehmen (was allerdings bei dem geringen Budget auch kaum möglich ist), muss sorgsam darauf geachtet werden, dass sie Bestandteil der Bildungs- und Erziehungsarbeit bleiben und nicht zu Werkzeugen der Inneren Sicherheit umgeschmiedet werden. Wenn der bereits jetzt teilweise vollzogene Übergang von der Prävention zur Intervention intensiviert und die Programme zu Maßnahmen Innerer Sicherheit ausgebaut würden, die auf die Jugend konzentriert sind – die Schule wird als zentrales Zielgebiet anvisiert –, dann würde die Jugendphase endgültig kriminalisiert werden. Es bestünde zudem die Gefahr, dass die Zivilgesellschaft im Interesse des aktivierenden Staats zum verlängerten Arm der Sicherheitsorgane wird. Was das praktisch heißt, lässt sich in NRW und Hessen bereits sehen: In beiden Ländern arbeitet der Verfassungsschutz bereits pädagogisch in Schulen und führt bestens finanzierte Bildungsprojekte durch (zum Beispiel wurde der Comic Andi produziert). Der Verfassungsschutz aber hat weder einen pädagogischen Auftrag, noch sind seine Angestellten in der Regel entsprechend pädagogisch ausgebildet und machen so unnötiger- und politisch fahrlässigerweise professioneller Bildung Konkurrenz. Was der Politologe Roland Roth bei seiner Kritik an den Programmen bereits jetzt die „Verstaatlichung von Zivilgesellschaft" genannt hat, würde sich durch solche Tendenzen erheblich verstärken. ★

Von Tanja Herrmann

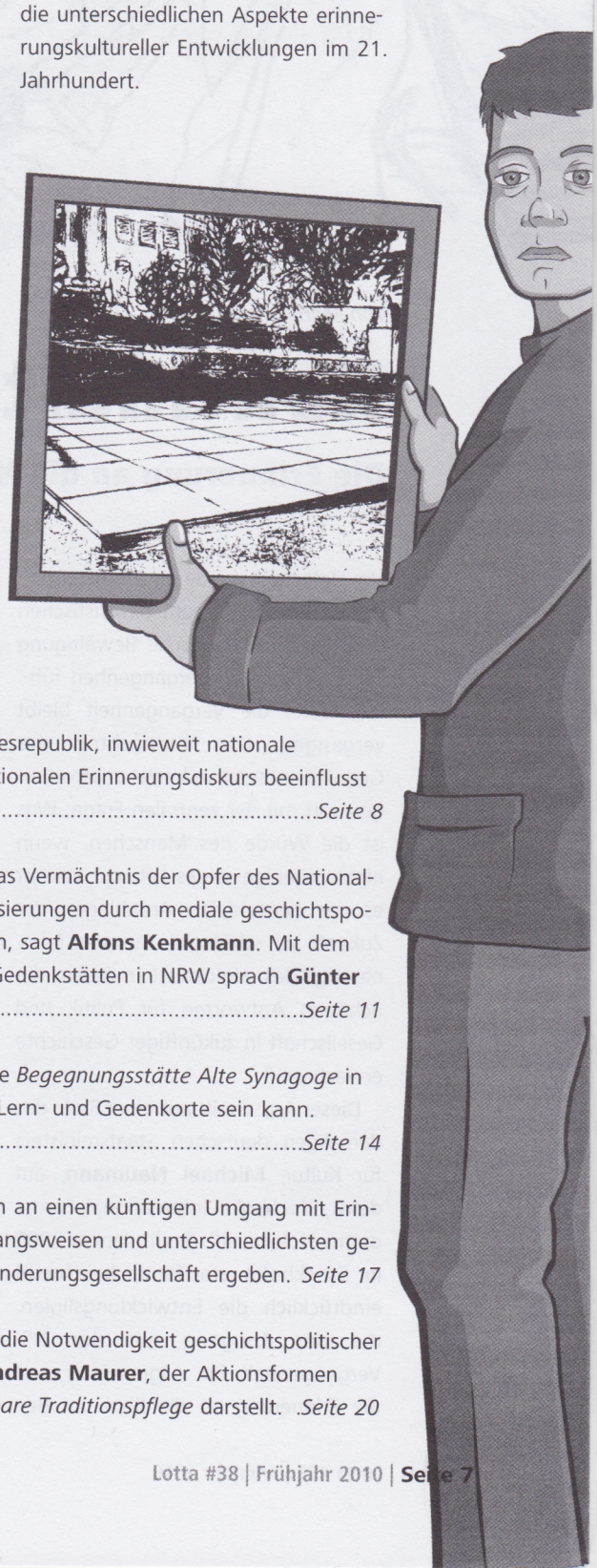
Zwischen Verdrängung und Aneignung

NS-Vergangenheit und Erinnerungskultur im 21. Jahrhundert

Über die letzten zehn Ausgaben hinweg hat die LOTTA verschiedene NS-Gedenkstätten in Nordrhein-Westfalen vorgestellt. Gedenkstätten sind nicht nur historische Orte, die Leiden und Verbrechen dokumentieren, sie spiegeln immer auch die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus wieder. Die Tatsache, dass lokale Gedenkstätten die Erinnerung an die Vergangenheit vor Ort greifbar machen, bietet immer wieder politischen Konfliktstoff. Hier lassen sich im Gegensatz zu abstrakt erscheinenden Gedenkritualen unbequeme Fragen nach Verstrickungen in das NS-Regime oder Kontinuitäten nach 1945 weniger leicht abweisen. Das gilt nicht nur für die SS-Schergen, sondern auch für die Profiteure der Arisierung, Denunzianten, Sympathisanten und Wegseher.

Die Versuche des Verschweigens und Verdrängens sind inzwischen weitestgehend einer vermeintlich offensiven Beschäftigung mit dem „dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte" gewichen. Die Schuldbewältigung gilt als Eintrittsticket in den internationalen Kreis der Guten. Nicht in einem Widerspruch, sondern eher in einem kausalen Zusammenhang dazu steht die Umdeutung von Tätern zu Opfern. Diese artikuliert sich beispielsweise in einem als angeblichem Tabubruch inszeniertem Diskurs um die deutschen Heimatvertriebenen oder kommt in familiär tradierten Erinnerungen zum Ausdruck, in der die Groß- oder Urgroßeltern nicht selten zu Widerständlern gegen das NS-Regime mutieren.

Seit Jahren gibt es einen regelrechten „Geschichtsboom" mit massenkompatiblen Histotainment. Ob dies aber tatsächlich zu einem „Geschichtsbewusstsein" im Sinne einer kritischen Reflexion der nationalsozialistischen Verbrechen und ihrer Ursachen führt, ist mehr als fraglich. Und was folgt daraus? Wie sieht eine adäquate Erinnerungskultur aus, die auch die Realitäten einer modernen Einwanderungsgesellschaft berücksichtigt? Anlässlich von Gedenktagen wird regelmäßig die Forderung erhoben, „aus der Geschichte zu lernen", um auf diese Weise „Brücken in die Zukunft" zu schlagen. Die Auffassung, dass genügend Informationen über die Shoa, ergänzt durch eine emotionale „Konfrontation mit dem Grauen", zu einer Ablehnung von Antisemitismus, Rassismus und extrem rechten Ideologien führen müsse, gilt als höchst umstritten, doch ist sie gänzlich falsch? LOTTA wirft ein Schlaglicht auf die unterschiedlichen Aspekte erinnerungskultureller Entwicklungen im 21. Jahrhundert.



Marc Czichy zeigt am Beispiel der Bundesrepublik, inwieweit nationale Erinnerungskulturen durch einen internationalen Erinnerungsdiskurs beeinflusst werden. .....*Seite 8*

Die Aufgabe von Gedenkstätten ist es, das Vermächtnis der Opfer des Nationalsozialismus zu bewahren und den Trivialisierungen durch mediale geschichtspolitische Inszenierungen entgegenzuwirken, sagt **Alfons Kenkmann**. Mit dem Vorsitzenden des Arbeitskreises der NS-Gedenkstätten in NRW sprach **Günter Born**. .....*Seite 11*

Günter Born beschreibt auch, warum die *Begegnungsstätte Alte Synagoge* in Wuppertal richtungsweisend für andere Lern- und Gedenkorte sein kann. .....*Seite 14*

Kiki Thimas benennt die Anforderungen an einen künftigen Umgang mit Erinnerung, die sich aus den vielfältigen Zugangsweisen und unterschiedlichsten geschichtlichen Hintergründen in der Einwanderungsgesellschaft ergeben. *Seite 17*

Dass es auch im Jahre 2010 immer noch die Notwendigkeit geschichtspolitischer Interventionen von unten gibt, betont **Andreas Maurer**, der Aktionsformen und Erfolgsbedingungen des *AK Angreifbare Traditionspflege* darstellt. *Seite 20*

Von Marc Czichy

Kontinuität im Wandel

Die Erinnerung an die NS-Vergangenheit im 21. Jahrhundert

„Im Holocaust wurde die Entmenschlichung von Politik zum terroristischen Ereignis. Ihre historische Bewältigung kann nicht in die Vergangenheit führen; denn die Vergangenheit bleibt vergangen. Das Vermächtnis des Genozids besetzt vielmehr unsere Gegenwart mit der zentralen Frage: Was ist die Würde des Menschen, wenn nicht diejenige seines Lebens? Wie ist es vor genozidalen Anschlägen der Zukunft zu schützen? Aus der Erinnerung des Holocaust müssen die richtigen Antworten für Politik und Gesellschaft in zukünftiger Geschichte erwachsen."

Dieser Ausschnitt aus einer Rede des damaligen deutschen Staatsministers für Kultur, **Michael Naumann**, auf dem „Stockholm International Forum on the Holocaust", das im Januar 2000 in Stockholm stattfand, beschreibt eindrücklich die Entwicklungslinien, die den Umgang mit der NS-Vergangenheit im Allgemeinen und die Erinnerung an die Shoa im Besonderen bereits prägen und in den nächsten Jahrzehnten weiter prägen werden.

Die Erinnerung an die Shoa ist zu einer europäisierten bzw. internationalisierten Erinnerung geworden, die sich an universalistischen Werten, insbesondere dem weltweiten Schutz der Menschenrechte, orientiert und damit in erster Linie eine in die Zukunft gerichtete Bedeutung erhält. Sie wird dabei auch zur Grundlage politischen und rechtlichen Handelns: Mit dem Verweis auf Auschwitz werden so genannte humanitäre Interventionen in Krisen- und Kriegsgebieten legitimiert. Gleichzeitig ist die Erinnerung an die Shoa der Transmissionsriemen für die Etablierung eines europäischen Wertehorizonts geworden, der den Schutz und die Wahrung der Menschenrechte in den Mittelpunkt gemeinsamen politischen Handelns stellt. Im Zuge dieses normativen europäischen Vergemeinschaftungsprozesses wird die Erinnerung an die Shoa aus ihrem historischen Kontext, der Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden, gelöst: Die eindeutigen Trennungslinien zwischen deutschen Tätern und jüdischen Opfern verschwimmen. Es gibt nur noch Menschen sowie daran geknüpfte universalistische Sichtweisen von Gut und Böse. Die Shoa wird zu einem Menschheitsverbrechen reduziert und zum Teil einer europäischen Katastrophe, symbolisiert durch den Zweiten Weltkrieg.

Erinnerung im globalen Zeitalter

Die Soziologen **Daniel Levy** und **Nathan Sznaider** haben die kulturellen, politischen und historischen Rahmenbedingungen für das Entstehen kollektiver Erinnerungen unter dem Vorzeichen der Globalisierung in ihrem im Jahr 2001 veröffentlichten Buch „Erinnerung im globalen Zeitalter: Der Holocaust" untersucht. Sie unterstellen, dass sich im Zeitalter der

Globalisierung kollektive Erinnerungen nicht mehr auf einen territorialen oder nationalen Rahmen reduzieren lassen. Stattdessen würden sich kollektive Erinnerungen zunehmend aus ihrer nationalstaatlichen Fixierung lösen und in kosmopolitischen Gedächtniskulturen aufgehen, die sich auf universelle Symbole wie die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte" oder den Begriff „Verbrechen gegen die Menschlichkeit" beziehen. Grundlage eines kosmopolitischen Gedächtnisses sei die Erinnerung an die Ermordung der Jüdinnen und Juden Europas. Die Shoa biete sich als Bezugsrahmen für das kosmopolitische Gedächtnis gerade wegen ihrer Singularität an. In ihrer Interpretation als universales Menschheitsverbrechen mit klaren Zuschreibungen von Gut und Böse entwickele sie sich zum Maßstab für zukünftiges politisches Handeln, das sich an humanistischen Werten orientiert. Auch Täter- und Opferkategorien würden sich an der Shoa-Erinnerung ausrichten. Massenmediale Verbreitung habe diese universelle Sichtweise der Shoa in den 1990er Jahren insbesondere durch den **Spielberg**-Film „Schindlers Liste" erhalten.

Die Shoa-Erinnerung hat sich inzwischen als historische Meistererzählung, zumindest in der westlichen Weltgemeinschaft etabliert. So existieren schon jetzt manifeste Strukturen und Institutionen, die immer wieder durch symbolische Handlungen gestützt werden. Bereits 1998 haben die Regierungen Großbritanniens, der USA und Schwedens die „Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Rememberance and Research" ins Leben gerufen. Das erste spektakuläre Resultat der Initiative war das „Stockholm International Forum on the Holocaust" im Jahr 2000. Neben der beachtlichen Anzahl von 47 Regierungschefs nahmen fast 1.000 DiplomatInnen, VertreterInnen von Nichtregierungsorganisationen, Überlebende der Shoa, HistorikerInnen, LehrerInnen und JournalistInnen an dem Treffen teil. Dessen offizielles Ziel bestand darin, den „internationalen Dialog über die Bildung und Erziehung der Jugend sowie die Forschung über den Holocaust zu fördern". Entscheidender war aber die Frage, wie sich das nach dem Ende des Kalten Krieges vereinte Europa ein neues Wertesystem geben könnte. Die Vermeidung einer neuen Shoa wurde zur Basis eines europäischen Gedächtnisses deklariert und zum zentralen Legitimationsmuster zukünftiger militärischer und nichtmilitärischer Interventionen. Das Treffen im Jahr 2000 bildete den Auftakt zu vier weiteren internationalen Konferenzen, die inzwischen als „Stockholm-Prozess" bezeichnet werden.

Der „Stockholm-Prozess" hat auch Einfluss auf die KZ-Gedenkstätten und auf die konkrete Ausgestaltung der Lern-, Gedenk- und Erinnerungsarbeit an den historischen Orten der NS-Verbrechen. So wurde im Juli 2001 das *International Committee of Memorial Museums of Remembrance for the Victims of Public Crimes* – kurz IC Memo – gegründet. Aufgabe dieser Institution ist unter anderem die Festlegung fachlicher Mindeststandards für die Gedenkstättenarbeit. Gedenkstätten werden in IC-Memo-Papieren als neuer „Typus historischer Museen" bezeichnet, deren Bildungsarbeit von „moralischen Impulsen" geprägt sei, auf die Gegenwart bezogen sein solle und der Genozid-Erinnerung im Allgemeinen zu dienen habe. In der Bundesrepublik wird unter ErinnerungsexpertInnen über die Übernahme der IC-Memo-Richtlinien für die KZ-Gedenkstätten heftig gestritten. Die Debatte bewegt sich dabei zwischen zwei Polen: der Forderung, dass Gedenkstätten zukünftig moderne zeithistorische Museen sein sollen und der Gegenposition, dass Gedenkstätten wegen ihrer besonderen Bedeutung genau dies nicht sein können.

Normalisierung der NS-Vergangenheit über ihre Thematisierung

Wie schlägt sich die Universalisierung der Erinnerung an die Shoa nun im Land der Täter nieder? Zu beobachten sind Wandlungen und Kontinuitäten: Von staatlicher Seite wird die NS-Vergangenheit inzwischen in einer Offenheit benannt, die noch vor einigen Jahren undenkbar schien. Gleichzeitig wird einer Normalisierung im Umgang mit der Geschichte das Wort geredet. Diese Entwicklungen scheinen zwei Seiten derselben Medaille zu sein: Normalität lässt sich erreichen und zwar gerade nicht gegen, sondern mit der NS-Vergangenheit.

Im Zuge der Universalisierung der Shoa-Erinnerung kommt zwei Begriffen eine besondere Bedeutung zu: dem des „Opfers" und dem der „Schuld". Das Eingeständnis von Schuld als notwendige Voraussetzung zur Erlangung des Opferstatus beziehungsweise zur Aufnahme in die durch die Shoa-Erinnerung geformte westliche Wertegemeinschaft, ist aber ein Phänomen, das sich nicht nur auf den Täterstaat Deutschland beschränkt. So entschuldigte sich der frühere französische Staatspräsident **Jacques Chirac** in einer seiner letzten Amtshandlungen für die Beteiligung von Franzosen und französischen Behörden an den Deportationen von Jüdinnen und Juden in die Vernichtungslager. Polens Ex-Staatspräsident **Aleksander Kwasniewski** entschuldigte sich für die Ermordung von Jüdinnen und Juden in dem polnischen Dorf Jedwabne durch deren polnische Nachbarn während des Zweiten Weltkriegs.

Der dänische Historiker **Uffe Ostergard** erkennt in dieser Entwicklung Ansätze einer „europäischen Vergangenheitsbewältigung" und verweist darauf, dass sich beitrittswillige Staaten Mittel- und Osteuropas als Vorbedingung für ihre Aufnahme in die EU inzwischen mit der Frage nach ihrer Beteiligung an der Ermordung der Jüdinnen und Juden Europas konfrontiert sehen. Diese Entwicklungen haben auch positive Effekte. Die Erinnerung an die Shoa erhält im europäischen Kontext einen politischen und institutionellen Rahmen. Problematisch wird es dann, wenn dabei die historischen Kausalitäten unterschied-

licher Täterschaften verloren gehen. Noch problematischer wird es, wenn die Bundesregierung das Verschwinden dieser historischen Kausalitäten aktiv betreibt und in ihr außenpolitisches Kalkül beispielsweise gegenüber Polen und Tschechien, im Zusammenhang mit dem Konflikt um die so genannten „Vertreibungen nach 1945" mit einbezieht.

Der offensive Umgang mit der NS-Vergangenheit von offizieller politischer Seite in der BRD als Voraussetzung für die Aufnahme in den internationalen Kreis der „Guten" und „unschuldigen Opfer" findet seinen Niederschlag auch im nationalen Erinnerungsdiskurs. Das Holocaust-Mahnmal, der Gedenktag zum 27. Januar oder die in den letzten Jahren erfolgte Neugestaltung von KZ-Gedenkstätten geben diesem Befund stellvertretend Ausdruck. Damit einher geht aber ein Prozess der Entkonkretisierung und Enthistorisierung der NS-Vergangenheit. Gleichzeitig verliert die gesellschaftliche und politische Bedeutung der Erinnerung an die NS-Verbrechen in der Bundesrepublik an Relevanz.

Die Annahme der Täterschaft durch die offizielle Politik führt gerade nicht zu einer Konkretisierung der Erinnerung an die NS-Verbrechen und an die verantwortlichen Täterinnen und Täter. **Susanne Moller**, **Karoline Tschuggnall** und **Harald Welzer** kommen in ihrer Untersuchung zur Tradierung der Erinnerung an den Nationalsozialismus im familiären Bereich, die sie im Jahr 2002 unter dem Titel „Opa war kein Nazi" veröffentlichten zu dem Befund: „Zwischen dem Bild eines sich zunehmend enthistorisierenden Menschheitsverbrechens auf der einen und einem sich zunehmend enthistorisierenden Nationalsozialismus auf der anderen Seite entsteht im Geschichtsbewusstsein eine Lücke, in der der Vorgang der sozialen Erstellung des genozidalen Prozesses zu verschwinden droht."

Gleichzeitig etabliert sich gesamtgesellschaftlich ein neuer Opferdiskurs, der die NS-Vergangenheit recht erfolgreich in eine deutsche Opfergeschichte überführt. Markiert wird dieser Diskurs insbesondere durch die „deutschen Opfer" der viel zitierten „Vertreibungen vom Kriegsende 1945" und der „deutschen Opfer des Bombenkrieges". Die nationalen geschichtspolitischen Diskurse zu diesen Themen verlaufen anlog zur Etablierung einer universellen Shoa-Erinnerung und erhalten so ihre Wirkungsmächtigkeit. Im Rahmen dieser Diskurse werden beide Ereignisse aus ihrem jeweiligen historischen Kontext gelöst und in die menschlichen Katastrophen des 20. Jahrhunderts eingeschrieben. Die Betroffenen werden zu unschuldigen Opfern, genau wie die Opfer der Shoa. Gleichzeitig kann das schon vom damaligen Bundeskanzler **Schröder** eingeforderte Projekt einer „selbstbewussten Nation" ausgebaut werden. Ein wichtiger Schritt auf diesem Weg ist das so genannte *Zentrum gegen Vertreibungen*. Die Institutionalisierung des Zentrums ist jenseits der Wahrnehmung einer breiten Öffentlichkeit, in der es zuletzt nur noch um den Sitz **Erika Steinbach**s im Stiftungsrat ging, weit fortgeschritten. Der Stiftungsbeirat hat sich konstituiert und seinen einzigen polnischen Vertreter, den Historiker **Tomasz Szarota**, nach der ersten Sitzung gleich wieder verloren. Szarota hat den Beirat mit der Begründung verlassen, es gehe dort eben nicht um eine Aussöhnung zwischen Deutschen und Polen zumal im Beirat fast nur VertreterInnen präsent seien, die dem Bund der Vertriebenen nahe stehen und entsprechende geschichtspolitische Positionen vertreten würden. Anfang Februar 2010 betonte Szarota in einem Gespräch mit der Zeitung *Rheinpfalz*: „Sicher ist der Verlust der Heimat eine Tragödie. Aber es gibt etwas Schlimmeres. Das ist die Vertreibung aus dem Leben. Es ist ein Unterschied, ob die Deportationszüge im Vernichtungslager Auschwitz hielten oder im Grenzdurchgangslager Friedland. Die einen gingen in den Tod, die anderen in eine neue Heimat."

Am Beispiel des *Zentrums gegen Vertreibungen* lässt sich zeigen, wie sich internationale und nationale Erinnerungsdiskurse im Sinne einer Enthistorisierung und Entkonkretisierung der NS-Vergangenheit mit einander verschränken: Am Ende sind alle Opfer, auch die Deutschen.

Ausblick

Die Erinnerung an die NS-Verbrechen wird auch in der Bundesrepublik nicht aufhören. Sie wird aber von einer Ausdifferenzierung der Erinnerungskultur insgesamt begleitet werden. Im Zuge der geschilderten Tendenzen zur Universalisierung und Enthistorisierung der Vergangenheit wird die Erinnerung an die NS-Verbrechen zunehmend in einer universellen Erinnerungskultur aufgehen, die von der Erinnerung an alle Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft geprägt sein wird, also eben auch von der Erinnerung an die deutschen Opfer der Vertreibungen oder des Bombenkriegs. ★

Das Interview führte Günter Born

»Das Vermächtnis der Opfer bewahren«

Interview mit Alfons Kenkmann zur Geschichte, Gegenwart und Zukunft der NS-Gedenkstätten

Im Dezember 2009 feierte der Geschichtsort Villa ten Hompel zehnjähriges Jubiläum. Die Einrichtung in Münster befasst sich vor allem mit den Verbrechen der Ordnungspolizei in der NS-Zeit und der Geschichte der „Wiedergutmachung" für die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung. Obgleich die Villa ten Hompel also bis in die Gegenwart verdrängte Kapitel der jüngsten deutschen Geschichte aufgreift, hat sie sich als Bestandteil der Geschichtskultur in Münster und in NRW etabliert. Was waren die Gründe für diese Entwicklung?

Mehrere Aspekte haben zur Einrichtung und Akzeptanz des Geschichtsortes *Villa ten Hompel* beigetragen. Mitte der 1990er Jahre setzten in der städtischen Öffentlichkeit Diskussionen um den Umgang mit der damals behördlich genutzten *Villa ten Hompel* ein. Forschungen hatten ergeben, dass das Gebäude als Sitz des Befehlshabers der Ordnungspolizei im Wehrkreis VI, der „grünen Polizei", ein zentraler „Schreibtischtäterort" gewesen war. Diese Erkenntnisse führten zu einem Beschluss der rot-grünen Ratsmehrheit, die Bedeutung Münsters als „Schreibtisch Westfalens" im „Dritten Reich" dauerhaft zu dokumentieren. Das erste Ausstellungsprojekt im Jahr 1999 widmete sich der Ausplünderung der Juden durch die westfälische Finanzverwaltung – ein Thema das bis dahin kaum aufgegriffen worden war und somit überregionale Beachtung fand. Darüber hinaus war eine weitere Entwicklung von Bedeutung: Fast zeitgleich mit den in Münster einsetzenden Diskussionen um die Rolle der „grünen Polizei" während des NS erschien im Jahr 1996 **Daniel Goldhagens** „Hitlers willige Vollstrecker", das zu hitzigen Kontroversen um die Beteiligung „ganz normaler Deutscher" an der Shoa führte. Zwar waren manche Thesen zweifelhaft, sie trugen jedoch dazu bei, die Handlungsmuster bis dahin wenig beachteter Tätergruppen in den Blick zu nehmen. Die Eröffnung der Dauerausstellung „Polizei, Verfolgung und Verantwortung" im Jahr 2001 stieß deshalb auch auf ein internationales Medieninteresse, das Kritiker des Projekts in der Lokalpolitik nicht ignorieren konnten.

Die Entwicklung ließe sich ebenso anhand anderer NS-Gedenkstätten in NRW beschreiben. Hier drängen sich auch kritische Fragen auf: Erfüllen Einrichtungen wie die Villa ten Hompel nicht eine Feigenblattfunktion? Die Behauptung einer gelungenen „Vergangenheitsbewältigung" gehört schließlich zum Standardrepertoire geschichtspolitischer Inszenierungen der „Berliner Republik".

Diese Beobachtung ist richtig. Daran knüpfen sich oftmals fragwürdige geschichtspolitische Deutungsmuster, die durch einen bisweilen demonstrativ nach außen getragenen „Bewältigungsstolz" gekennzeichnet sind. Gedenktage wie der 27. Januar oder der 9. November bieten immer Anlässe für geschichtspolitische Vereinnahmungsversuche, die ich aber in ihrer Bedeutung für lokale Erinnerungskulturen nicht überschätzen würde. Denn genau hier haben Gedenkstätten Möglichkeiten, alternative Akzente zu setzten. Anders als in den statischen Mustern staatlicher Gedenkrituale werden in der Arbeit der Gedenkstätten „Geschichte" und deren Akteure „greifbar". Hier lassen sich weiterhin unbequeme Fragen stellen. Was geschah beispielsweise in der Pogromnacht am 9. November 1938 in Münster oder Köln? Wer waren die Täter, die die Synagogen anzündeten? Wie verhielt sich die Bevölkerung? Wie wurde nach 1945 an die Pogromnacht erinnert? In diesem Sinne

Alfons Kenkmann

Alfons Kenkmann ist Professor für Geschichtsdidaktik an der Universität Leipzig und Vorsitzender des Arbeitskreises der NS-Gedenkstätten in NRW. Er war Gründungsdirektor des Geschichtsortes *Villa ten Hompel* in Münster und bis 2003 deren Leiter.

firmieren Gedenkstätten nicht als „Feigenblätter", sondern als Gegenpole zu abstrakten geschichtspolitischen Diskursen. Dies setzt voraus, dass Gedenkstätten ihrerseits nicht in Ritualisierungen erstarren.

Die Einrichtung von NS-Gedenkstätten seit den späten 1970er Jahren musste an vielen Orten regelrecht erkämpft werden. Geschichtswerkstätten und Geschichtsinitiativen stießen in zahlreichen Fällen die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit „vor Ort" an. Wodurch lässt sich diese Entwicklung erklären?

In der Entstehung der Geschichtswerkstätten spiegelte sich eine Abkehr von den revolutionären Utopien im Weltmaßstab, die noch für große Teile der linken Studentenbewegung der späten 1960er Jahre kennzeichnend gewesen waren. Zwar war dort viel vom „Faschismus" die Rede, der inflationäre Gebrauch des Begriffs bezog sich jedoch vor allem auf aktuelle politische Geschehnisse wie beispielsweise den Krieg, den die USA in Vietnam führten. Der Nationalsozialismus geriet aus dem Blick. Erst seit Mitte der 1970er Jahre erfuhr die NS-Vergangenheit größere Aufmerksamkeit unter den Aktivsten der neuen sozialen Bewegungen. Deren Politikverständnis zielte auf Veränderungen im Hier und Jetzt. So entstanden neben Umweltgruppen und Stadtteilinitiativen auch Geschichtswerkstätten, die sich daran machten, die verschütteten lokalen Spuren des NS freizulegen. „Von Kuba nach Kemna" könnte man diese Entwicklung beschreiben. Wobei ich Kemna nicht nur der Alliteration wegen erwähne. In dem Wuppertaler Stadtteil befand sich ein „wildes" KZ, das im Juli 1933 eingerichtet worden war. In das Lager wurden vor allem Gegner des NS-Regimes aus der Arbeiterbewegung verschleppt. Genau auf diesen Aspekt richtete sich zunächst das Interesse vieler Geschichtsinitiativen in NRW. Erst in den 1980er Jahren rückten andere „vergessene" Opfergruppen stärker ins Blickfeld. Besondere Bedeutung kam einer jungen, politisch engagierten Historikergeneration zu, die sich nicht nur in der universitären Geschichtswissenschaft bewegte, sondern eng mit nicht-akademischen „Barfußhistorikern" kooperierte. **Detlev Peukert** und **Michael Zimmermann** etwa, die seit dem Ende der 1970er Jahre wichtige Studien zum Nationalsozialismus im Ruhrgebiet vorgelegt hatten und sich zusammen mit ehemals Verfolgten des NS-Regimes für die Einrichtung der *Mahn- und Gedenkstätte Alte Synagoge* in Essen einsetzten, die im November 1980 eröffnet wurde. Signalwirkung kam auch der Aktion von **Kurt Holl** und **Gernot Huber** zu, die sich im Frühjahr 1979 im Keller des *EL-DE-Hauses*, dem früheren Sitz der Gestapo in Köln, hatten einschließen lassen, um auf den unwürdigen städtischen Umgang mit diesem Ort nationalsozialistischer Verfolgung aufmerksam zu machen. So trugen die teilweise hohe fachliche Kompetenz der Geschichtsinitiativen, aber auch deren öffentlichkeitswirksame Skandalisierungen und die Beharrlichkeit der Aktivisten zum Entstehen der Gedenkstättenlandschaft in NRW bei.

Mit Blick auf die Gegenwart drängt sich der Eindruck auf, dass in der zunehmend professionalisierten Gedenkstättenlandschaft Protagonisten von Geschichtswerkstätten nur noch eine untergeordnete Rolle spielen…

Für NRW trifft dies meiner Ansicht nach nicht zu. Die Mitarbeiter zahlreicher Gedenkstätten haben ihr Engagement in lokalen Geschichtsinitiativen begonnen und sind dort zum Teil noch aktiv: Das gilt für die *Villa ten Hompel* und erst recht für Einrichtungen, die von Vereinen getragen werden, wie etwa das *Aktive Museum Südwestfalen* in Siegen, die *Begegnungsstätte Alte Synagoge* in Wuppertal und die Gedenkstätte im ehemaligen *Stalag 326* in Stukenbrock. Allerdings wird sich in den kommenden Jahren ein Generationswechsel vollziehen. Zweifellos verfügen die Mitarbeiter, die in den 1970er und 1980er Jahren gegen heftige Widerstände erstmals eine kritische Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit einforderten, über andere Erfahrungen und emotionalere Bezüge zum Thema als nun nachrückende jüngere Historiker und Pädagogen. Spätestens seit den 1990er Jahren hat sich auch in Deutschland eine anspruchsvolle universitäre KZ- und Holocaustfor-

schung entwickelt. Mit dem Ende der Zeitzeugenschaft halte ich diese Professionalisierung jedoch für unumgänglich. Insofern sollten sich Gedenkstätten der fachwissenschaftlichen Forschung nicht verschließen. Andererseits: Historisches Spezialwissen alleine reicht nicht aus. Es gilt, sich auf unterschiedliche Zielgruppen, mit ihren Erfahrungen und Ansprüchen einzulassen.

Trotz aller Professionalisierung sind Gedenkstätten also weiterhin auf die Verankerung in einer kritischen Zivilgesellschaft angewiesen?

Selbstverständlich! Gedenkstätten sind zu Knotenpunkten lokaler Erinnerungskulturen geworden. Sie firmieren als Wissensspeicher zur NS-Geschichte „vor Ort". Sie unterbreiten pädagogische Angebote, stellen didaktisch aufbereitete Materialien zur Verfügung und bilden einen Rahmen für das Gedenken an die Opfer der Verfolgung. Mittlerweile werden Gedenkstätten immer häufiger zu Instanzen des gesellschaftlichen Gewissens deklariert. Diese Zuschreibungen stellen eine Überforderung dar. Allerdings können Gedenkstätten zur Herausbildung von reflektiertem Geschichtsbewusstsein beitragen, das einen wichtigen Bestandteil in der Auseinandersetzung mit aktuellem Rassismus und Rechtsextremismus darstellt.

Gedenkstätten sind aber nicht nur Orte der historisch-politischen Bildung und Foren der gesellschaftlichen Kommunikation über die NS-Zeit, sie benötigen auch gesellschaftlichen Rückhalt. Obgleich in den letzten zwei Jahrzehnten in NRW eine vielfältige Gedenkstättenlandschaft entstanden ist, bleibt der Status der meisten Einrichtungen prekär. Das betrifft vor allem die Finanzierung. Kommunale Sparmaßnahmen können für die Gedenkstätten existenzbedrohende Folgen haben. Entscheidend für deren Erhalt ist in solchen Fällen oftmals zivilgesellschaftlicher Protest.

In den letzten Jahren haben Vorschläge an Bedeutung gewonnen, in der politischen Bildung von der Fokussierung auf den historischen Nationalsozialismus zugunsten einer allgemeinen, zukunftsorientierten Menschenrechtspädagogik abzurücken. Wie stehen Sie zu diesen Ansätzen?

Ich bin da skeptisch. Eine allgemeine Menschenrechtspädagogik läuft Gefahr, die Präzedenzlosigkeit der Shoa zu relativieren. Im Fokus steht das universale menschliche Leid. Die Shoa rückt in eine Reihe mit anderen genozidalen Ereignissen, wie etwa dem Völkermord an den Tutsi in Ruanda im Jahr 1994 oder den „Killing Fields" der Roten Khmer in Kambodscha während der 1970er Jahre. So menschenverachtend diese Großverbrechen gewesen sind: Sie lassen sich nicht gleichsetzen mit der industriell betriebenen NS-Vernichtungspolitik. Notwendig ist auch, einen Blick auf die historischen Bedingungen zu werfen, die zur Shoa führten – oder die sie hätten verhindern können. Anthropologisierende Ansätze erklären wenig, da die Vorgeschichte des Nationalsozialismus keine angemessene Erwähnung findet. Die Weimarer Republik wird meist nur als Geschichte ihres Scheiterns thematisiert. Sie lässt sich aber auch als „Laboratorium der Moderne" und als eine Phase gesellschaftlicher und kultureller Emanzipationsprozesse beschreiben. Die Machtübernahme des Nationalsozialismus war keine Zwangsläufigkeit. Nicht zuletzt: Die allgemeine Menschenrechtspädagogik wird den originären Erfahrungen der Überlebenden der Shoa nicht gerecht. Deren Erinnerungen lassen sich nicht einfach mit aktuellen Verfolgungserfahrungen vergleichen.

Abschließend ein Blick in die Zukunft. Was werden die Aufgaben der Gedenkstätten in NRW in den kommenden Jahren sein?

Drei Aspekte erscheinen mir wichtig. Erstens: Die Gedenkstätten müssen einen Weg finden zwischen einer normierten Geschichtspolitik „von oben" und den zahlreichen Ansprüchen „von unten", die an sie herangetragen werden, aber mit den bestehenden Ressourcen kaum zu bewältigen sind. Die gut zwei Dutzend NS-Gedenkstätten im bevölkerungsreichsten Bundesland NRW werden von der Landesregierung lediglich mit insgesamt 118.000 Euro gefördert. Das ist ein Bruchteil dessen, was andere Bundesländern für die Arbeit von Gedenkstätten bereit stellen. Zweitens: Wir erleben seit Jahren einen regelrechten „Geschichtsboom". Ich habe den Eindruck, die Bundesrepublik entwickelt sich zu einem großen historischen Flohmarkt: **Guido Knopp**s „History TV", der Wiederaufbau von Stadtschlössern und Kirchen, aufwendige Inszenierungen zu historischen Jahrestagen, sollen als Stichworte genügen. „Geschichte" wird zunehmend zu einem ökonomisierten Gebrauchsartikel. Angesichts dieses historischen Overkills sollten Gedenkstätten eine Orientierungsfunktion erfüllen. Auf fachlicher Ebene wird es darauf ankommen, den Trivialisierungen des medialen „Geschichtsbooms" entgegenzuwirken. Drittens gilt es, das Vermächtnis der Opfer des Nationalsozialismus zu bewahren. Deren Stimmen müssen, auch nach dem Ende der Zeitzeugenschaft, weiter Gehör finden. Dies wird künftig die wichtigste Aufgabe der Gedenkstätten sein.

Vielen Dank für das Gespräch!

Von Günter Born

Die Begegnungsstätte Alte Synagoge in Wuppertal

Gedenkstätten in NRW – Teil 11

Im Herbst 1930 wandte sich **Gustav Brück** mit einer ernsten Ansprache an die neu gewählten Vertreter der jüdischen Gemeinde von Wuppertal-Elberfeld, als deren Vorsitzender er amtierte. Der Rechtsanwalt verwies auf die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, unter denen auch die „Angehörigen der deutschen Judenheit" leiden würden. Große Sorgen bereiteten ihm die Ergebnisse der Reichstagswahlen vom 14. September 1930, bei denen die NSDAP über 18 Prozent der Stimmen erreicht hatte. In Wuppertal waren die Nationalsozialisten mit 23 Prozent zur stärksten Partei geworden. Brück warnte daher: „Der demokratische Volksstaat ist bedroht. Die staatsbürgerliche Gleichstellung der deutschen Juden ist bedroht. Beides belastet unsere Existenz." Dennoch gab sich der Vorsitzende überzeugt, dass seine Gemeinde „diese Krisenzeit" überstehen werde, da in Elberfeld seit der Jahrhundertwende in „emsiger Arbeit" ein „lebendiges Judentum" entstanden sei.

Er sollte sich täuschen. Nur wenige Jahre später war das jüdische Leben in Wuppertal nahezu ausgelöscht. In der Stadt erinnerte kaum noch etwas an die einstmals pulsierende Gemeinde. Über Jahrzehnte hinweg bildete der „Zivilisationsbruch" (**Dan Diner**) im wahrsten Sinne des Wortes eine Leerstelle im städtischen Gedächtnis. So wurden die in der Pogromnacht vom 9. auf den 10. November 1938 in Brand gesetzten Synagogen in Elberfeld und Barmen nach 1945 nicht wieder aufgebaut. Erst im Jahr 1994 entstand mit der *Begegnungsstätte Alte Synagoge*, die teilweise auf dem Gelände des zerstörten Elberfelder Gotteshauses errichtet wurde, ein Lern- und Gedenkort, der sich seither der Geschichte jüdischen Lebens in Wuppertal vor und nach 1933 widmet.

Die Eröffnung der Synagoge in Elberfeld im September 1865 war ein Ausdruck jüdischer Emanzipation seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die wachsende gesellschaftliche Teilhabe sollte sich auch in dem repräsentativen Gebäude widerspiegeln. Die jüdische Gemeinde wuchs kontinuierlich. Im Januar 1897 wurde eine weitere Synagoge in Barmen eingeweiht, die aufgrund ihrer architektonischen Verspieltheit große öffentliche Beachtung fand. Dennoch blieb die nichtjüdische Mehrheitsgesellschaft distanziert. **Ulrike Schrader**, Leiterin der *Begegnungsstätte Alte Synagoge* konstatiert, dass die Etablierung jüdischen Lebens im Wuppertal „nicht auf eine wohlwollende Einladung der Wuppertaler zurückzuführen war, sondern auf die Leistungsbereitschaft der jüdischen Neubürger, die sich nicht hatten entmutigen lassen und an ein verträgliches Miteinander glaubten oder glauben wollten".

Im Kern gilt das auch für die Jahre der Weimarer Republik. Das jüdische Religions- und Vereinswesen dehnte sich weiter aus. 1919 entstand eine kleine ostjüdische Gemeinde mit eigener Synagoge, zudem existierten ein jiddisches Theater sowie verschiedene Bildungs- und Literaturvereine. Auch im städtischen Kulturbetrieb spielten Jüdinnen und Juden eine größere Rolle.

„Mekka des deutschen Sozialismus"? Wuppertal und der Nationalsozialismus

Andererseits gewann seit Mitte der 1920er Jahre der organisierte Antisemitismus an Bedeutung. Als treibende Kraft trat die NSDAP in Erscheinung, die zwar in Wuppertal mit einer gut organisierten sozialdemokratischen bzw. kommunistischen Arbeiterbewegung konfrontiert war, sich aber gerade deshalb besonders aggressiv gebärdete. Zu einer Führungsfigur der Nationalsozialisten im Bergischen Land avancierte der damals noch dem „Strasser"-Flügel der Partei nahe stehende **Joseph Goebbels**, der „Elberfeld zu einem Mekka des deutschen Sozialismus" machen wollte.

Während sich Goebbels vor allem als Redner und Redakteur der in Elberfeld erscheinenden *Nationalsozialistischen Briefe* betätigte, bevor er 1926 die Leitung des Gaus Berlin-Brandenburg übernahm, firmierte **Willy Veller** als Mann für's Grobe. Seit 1927 kommandierte er die SA-Verbände des Bergischen Landes. Mit gezielten Vorstößen in Wohnviertel, die als Hochburgen der Arbeiterbewegung galten, versuchte Veller die bis 1930 bestehende Erfolglosigkeit der NSDAP bei Wahlen durch eine äußerst gewalttätige Straßenpolitik zu kompensieren. Die Übergriffe richteten sich gegen politische Gegner, waren vielfach aber auch antisemitisch motiviert. Veller war schon vor 1933 als brutaler Schläger berüchtigt – ein Ruf der ihn nach der Machtübernahme für das Amt des Wuppertaler Polizeipräsidenten qualifizieren sollte.

Bereits im März 1933 kam es in Wuppertal zu ersten „wilden" Boy-

kottaktionen gegen jüdische Geschäfte. Die Kampagne fand zunächst kaum Resonanz, in der Folgezeit stieß allerdings die systematische Entrechtung und Ausplünderung der Jüdinnen und Juden kaum auf Widerspruch. Neben Gesetzen und Verordnungen, die den Antisemitismus zur Staatsräson erhoben, zielten zahllose Aktionen „von unten" auf die vollständige soziale Ächtung jüdischen Lebens. Die NSDAP-Kreisleitung in Wuppertal diffamierte regelmäßig jüdische Geschäftsleute und veröffentlichte deren Namen in einer eigenen Broschüre. Im Parteiblatt *Rheinische Landeszeitung* wurden denunzierende Fotos abgedruckt, die nichtjüdische Kunden beim Besuch jüdischer Geschäfte zeigten.

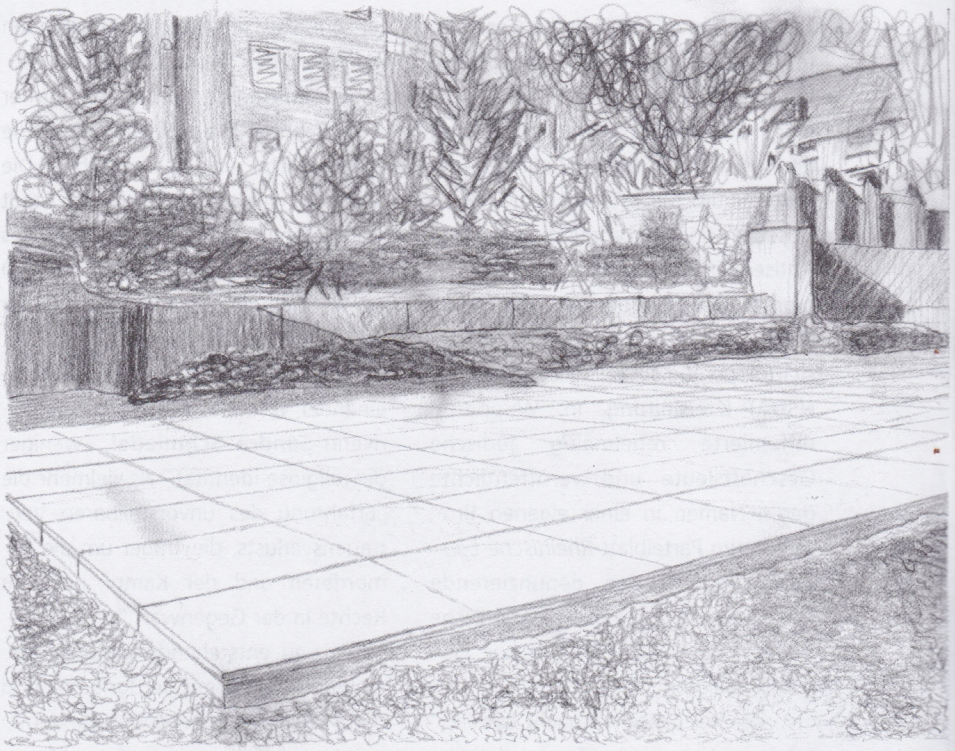
In der Reichspogromnacht eskalierte der antisemitische Terror. Jüdische Einrichtungen wurden von Angehörigen der SA und der HJ attackiert, die beiden Synagogen in Brand gesteckt. In Elberfeld beteiligte sich die Feuerwehr an den Aktionen, indem sie Benzin in das Gotteshaus kippte. Zudem wurden mindestens 70 jüdische Männer verhaftet und in das KZ Dachau verschleppt. Die Situation hatte sich zunehmend verschärft: Hatten im Jahr 1933 insgesamt 2.471 Jüdinnen und Juden in Wuppertal gelebt, waren es im Mai 1939 nur noch 1.093. Jene die nicht mehr fliehen konnten oder wollten, fielen fast ausnahmslos den im Herbst 1941 beginnenden Deportationen zum Opfer. Ein erster Zug mit 160 Wuppertaler Juden verließ den Bahnhof Wuppertal-Steinbeck im Oktober 1941 und endete im Ghetto von Lodz. Weitere Transporte folgten in die Ghettos von Minsk, Izbica und Theresienstadt. Die allermeisten der 799 aus Wuppertal deportierten Juden starben an Entkräftung oder in den Vernichtungslagern Auschwitz, Chelmno und Sobibor.

Neubeginn nach der Katastrophe

Einer der wenigen, der die Shoa überlebt hatte, war Gustav Brück. Als Ehemann einer Nichtjüdin war es ihm unter äußerst schwierigen Umständen gelungen, den Deportationen zu entgehen. Im August 1945 unternahm er erste Schritte, die jüdische Gemeinde in Wuppertal wieder zu beleben. Die Situation war schwierig. In der Stadt lebten unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs nur noch rund 70 Juden. Gemeindeunterlagen aus der Zeit vor 1933 existierten nicht mehr. Was die Juden in Wuppertal miteinander verband, war, so die Historikerin **Sandra Schmiedel**, „weniger die religiöse Identität" als vielmehr die „Erfahrung des unvorstellbaren Vertrauensverlusts, die Trauer um die Ermordeten und der Kampf um ihre Rechte in der Gegenwart.".

Die neu entstehende jüdische Gemeinde sah sich mit der Ignoranz und den weiterhin bestehenden Ressentiments der postnazistischen Mehrheitsgesellschaft konfrontiert. Insofern stießen erste, in der unmittelbaren Nachkriegszeit erhobene Forderungen, Erinnerungszeichen für die ausgelöschte jüdische Kultur Wuppertals zu setzen, auf wenig Resonanz. Zwar wurde der jüdische Friedhof in Barmen wiederhergestellt, dies geschah aber, wie Oberbürgermeister **Eugen Thomas** betonte, vor allem „um des lieben Friedens Willen.". Nicht die Scham über die NS-Verbrechen erwies sich hier als handlungsleitend, sondern die Intention, Konflikte mit der Alliierten zu vermeiden, die in der deutschen Wahrnehmung als Unterstützer der Interessen von NS-Opfern galten.

Allerdings war auch das Verhältnis zwischen der jüdischen Gemeinde Wuppertals und der britischen Militärverwaltung nicht spannungsfrei. Entgegen den in der Bevölkerung verbreiteten Vorurteilen, wurden die überlebenden Opfer der Schoa keineswegs bevorzugt behandelt. Die britische Politik versuchte vielmehr jeden Anschein einer Privilegierung zu vermeiden, um somit dem Entstehen antisemitischer Stimmungen entgegenzuwirken. Erklärtes Ziel war es, Jüdinnen und Juden möglichst schnell wieder in die deutsche Mehrheitsgesellschaft zu integrieren. Die Furcht vor einem weiterhin virulenten Antisemitismus war nicht unbegründet. Im Herbst 1945 und im Mai 1946 wurde der jüdische Friedhof an der Weißenburgstraße geschändet. Auch sonst scheinen antisemitische Drohungen und Beschimpfungen nicht ungewöhnlich gewesen zu sein. Der Vorstand der jüdischen Gemeinde riet den Mitgliedern, sich unauffällig zu verhalten und Konflikten möglichst aus dem Weg zu gehen. Diese Vorsicht sollte das jüdische Leben in Wuppertal bis zum Ende der 1950er Jahre prägen. Aber auch in den folgenden Jahren blieb jüdische Kultur in der städtischen Öffentlichkeit weitgehend unsichtbar. Das Gemeindezentrum war seit 1963 in einem wenig repräsentativen Zweckbau untergebracht.



Von der Gedenktafel zur Begegnungsstätte – die Rückkehr der Shoa ins städtische Gedächtnis

Die Erinnerung an die Shoa fand, wie an anderen Orten auch, nur langsam Eingang in das städtische Gedächtnis. Ein erstes Mahnmal wurde im Oktober 1955 auf dem jüdischen Friedhof am Weinberg durch die jüdische Gemeinde errichtet und bildete seither für deren Angehörige einen zentralen Ort des Gedenkens. Für die Stadt hatte diese Form der Erinnerung auch eine entlastende Funktion. Der Friedhof stellte eine „Enklave" (Ulrike Schrader) dar, in die sich das Gedenken an das präzedenzlose Verbrechen gewissermaßen einkapseln ließ. Erst am 9. November 1962, wurden auf Initiative der 1959 gegründeten *Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit* an den früheren Standorten der Synagogen in Elberfeld und Barmen zwei Bronzetafeln enthüllt. Die Inschriften vermieden es jedoch, Opfer wie Täter konkret zu benennen. So war lediglich zu erfahren, dass die Synagogen der jüdischen Gemeinde „Opfer des Rassenwahns" geworden seien. Diese entpersonalisierenden Formulierungen, die typisch für Mahnmal- und Gedenktafeltexte der 1950er und 1960er Jahre waren, trugen wenig zu einer nachhaltigen Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen bei. Es verwundert daher nicht, dass auch in Wuppertal die Zerstörung jüdischen Lebens, die sich mitten in der Stadt vollzogen hatte, weitgehend in Vergessenheit geriet.

Erst seit den 1980er Jahren rückte die Shoa „vor Ort" stärker ins Zentrum lokaler Erinnerungskulturen – nicht zuletzt angestoßen durch die Debatte im Nachklang der amerikanischen Fernsehserie „Holocaust". In Wuppertal fand dies seinen Ausdruck in einer Reihe lokalgeschichtlicher Studien, die, wie beispielsweise **Kurt Schnöring** in seinem im Jahr 1981 erschienen Buch „Auschwitz begann in Wuppertal". verschiedenen Etappen der Vernichtungspolitik im Bergischen Land nachgingen. Weitere Impulse erhielt die Beschäftigung mit der Shoa im Kontext des 50. Jahrestages der Pogromnacht am 9. November 1988. Auf dem Bahnhof Wuppertal-Steinbeck erinnnert seither ein Obelisk an die Deportationen Wuppertaler Jüdinnen und Juden. In dieser Zeit wuchs aber auch das öffentliche Bewusstsein dafür, dass mit der Auslöschung jüdischen Lebens ein Teil der Stadtgeschichte zerstört worden war. Zivilgesellschaftliche Initiativen wiesen auf den unwürdigen Zustand des Geländes hin, auf dem einst die Elberfelder Synagoge gestanden hatte, das nun aber als Parkplatz genutzt wurde und knüpften daran die Forderung, einen Lern- und Gedenkort zur jüdischen Geschichte Wuppertals einzurichten.

Das Engagement war erfolgreich. Nach langwierigen kommunalpolitischen Auseinandersetzungen wurde schließlich im April 1994 die *Begegnungsstätte Alte Synagoge* eröffnet. Dabei verzichtete man auf eine Rekonstruktion der historischen Synagoge. Deren Grundrisse sind lediglich durch graue Natursteinplatten angedeutet. Aus einem Ensemble verschiedener architektonischer Formen bestehend soll der Neubau eine symbolische Verbindungslinie von der 1938 zerstörten Synagoge zur heutigen Begegnungsstätte ziehen. In der Trägerschaft eines Vereins, dem neben den Kirchen, der Jüdischen Kultusgemeinde, der Universität sowie der VVN zahlreiche weitere Verbände, Institutionen und Initiativen angehören, hat die Einrichtung in den vergangenen eineinhalb Jahrzehnten ein eigenständiges fachwissenschaftliches und pädagogisches Profil entwickelt, das über klassische historisch-politische Bildungsangebote und Ausstellungskonzepte zur Geschichte des NS hinausweist. Jüdisches Leben in Wuppertal wird nicht nur als Opfererzählung, sondern auch als facettenreiche und wechselhafte Geschichte selbstbewusster und eigenständiger Akteure vor und nach dem „Dritten Reich" präsentiert. Die geschieht auf unterschiedliche Weise in Form historischer Stadtführungen, didaktischer Handreichungen, thematisch breit angelegter Seminare sowie regelmäßiger Wechselausstellungen. Mit diesem Programm ist die Alte Synagoge zweifellos richtungweisend auch für andere Lern- und Gedenkorte – auch wenn dies an ihrer knappen personellen und finanziellen Ausstattung vorerst leider nichts ändert. ★

Von Kiki Thimas

Erinnerungskultur remixed

Anforderungen an Erinnerungskultur und Gedenkpolitik in der Einwanderungsgesellschaft

Das Erinnerungskollektiv verändert sich stetig. Gleichzeitig nimmt die zeitliche Distanz zum Nationalsozialismus und zur Shoa zu. Berichte von ZeitzeugInnen werden bald nur noch in archivierter Form als Ton-, Video- oder Schriftmaterial vorliegen. Der Zugang zu deren Leben und Erfahrungen wird für jüngere Generationen nicht mehr über den direkten Dialog möglich sein.

Gleichzeitig verändern sich auch Fragestellungen und Perspektiven im Erinnerungsdiskurs. Ein oft genannter Grund dafür sind die zunehmenden Migrationserfahrungen der in Deutschland lebenden Menschen. Eine intensivere Auseinandersetzung mit den Themen Migration und Einwanderungsgesellschaft findet in der BRD allerdings erst seit einigen Jahrzehnten statt. Dies geschieht insbesondere im Hinblick auf die Arbeitsmigration seit den 1960er Jahren. Aber auch andere Migrationsgeschichten wie etwa Fluchterfahrungen finden allmählich öffentliche Beachtung. Im Kontext von Nationalsozialismus, Shoa und den daran geknüpften Erinnerungsdiskursen ergeben sich aus den vielfältigen Zugangsweisen und unterschiedlichsten geschichtlichen Hintergründen neue Anforderungen für den künftigen Umgang mit Erinnerung.

Wem gehört Geschichte?

In der Diskussion um Einwanderungsgesellschaft und Erinnerungskultur schwingt oft die Vorstellung mit, dass Menschen mit Migrationsgeschichte einen anderen Zugang zum NS und zur Shoa hätten. So untersuchte **Viola Georgi** in ihrer 2003 erschienenen Studie „Entliehene Erinnerung" die Geschichtsbilder junger Menschen mit Migrationsgeschichte in Deutschland und ihre Auseinandersetzung mit der NS-Zeit. Dabei wurden unterschiedliche Zugänge deutlich. Einerseits werden eigene Rassismuserfahrungen mit Verfolgungsschicksalen im NS verglichen, andererseits sind universalistische Positionen verbreitet, die betonen, dass alle Menschen aus der Geschichte lernen müssen – unabhängig von ihrer Herkunft. Die Auffassung, Jugendliche of Color[1] hätten per se einen anderen Zugang zu Geschichte oder seien besonders interessiert daran, sich bevorzugt mit der Geschichte des Herkunftslandes der Eltern auseinanderzusetzen, greift zu kurz. Wichtig erscheint zunächst, keine Unterschiede zuzuschreiben und zugleich die Möglichkeit offen zu halten, Differenzen sichtbar zu machen und als gleichwertig anzuerkennen. Wo fühlen sich People of Color (PoC) im deutschen Geschichtsdiskurs repräsentiert? Wo werden ihre Perspektiven wahrgenommen? Und wo wird nicht ausschließlich Weiße Geschichte dargestellt?

In der öffentlichen Wahrnehmung ist die Auseinandersetzung mit Themen wie Widerstand in Griechenland oder das Leben jüdischer Menschen im besetzten Weißrussland in der NS-Zeit marginal. Indessen wäre der Blick in die Ferne nicht einmal notwendig, um den Fokus zu erweitern. Viele der in Deutschland lebenden ZeitzeugInnen besitzen als ehemalige Deportierte, ZwangsarbeiterInnen oder KZ-Häftlinge eigene Perspektiven auf das Thema Migration. Ein Zeitzeuge, der sich immer wieder Fragen der Identität widmet, ist **Isaak Behar**. Als Jude mit türkischer Staatsangehörigkeit wurde er 1923 in Berlin geboren und überlebte als einziges Mitglied seiner Familie die NS-Zeit – und das mitten in Berlin.

Werden Migrationsgeschichten während des NS beleuchtet, ergeben sich oft Möglichkeiten, Widersprüche und Mehrdeutigkeiten zu thematisieren. Dadurch kann vertiefend der Frage nach Verantwortlichkeiten, nach Entscheidungsmöglichkeiten oder aber nach Mehrfachzugehörigkeiten nachgegangen werden. Dies ist nicht immer einfach und erfordert ein hohes Maß an Differenzierung und die Fähigkeit, Widersprüche auszuhalten, aber auch die Bereitschaft, eigene Perspektiven zu reflektieren. Es lässt sich nicht immer klar trennen, welche Zugehörigkeiten im Vordergrund stehen und welche Lebensläufe eher eine TäterInnen-, Profitierenden-, Opfer- oder ZuschauerInnen-Perspektive aufweisen. Genau darin liegt eine Chance – aber auch eine Gefahr: Schuld und Verantwortung dürfen nicht zur Beliebigkeit verkommen, entlastende Argumentationen müssen kritisch hinterfragt werden.

Gefahr der Relativierungen

Viele Gedenkstätten entwickeln derzeit multiperspektivische und mehrsprachige pädagogische Angebote. Teilweise wird der Versuch unternommen, durch die Einbeziehung etwa von Menschenrechtsverletzungen in anderen Ländern den NS in einen globalen Kontext einzuordnen. Dies erfordert eine sensible und differen-

[1] People of Color (PoC) ist eine Bezeichnung, die sich nicht auf biologische Attribute bezieht, sondern eine gesellschaftliche Stellung deutlich macht, die von Diskriminierung und Benachteiligung geprägt ist. Der Begriff „Weiß", meint ebenfalls eine soziale Konstruktion – die der privilegierten Stellung innerhalb der Gesellschaft – und wird aus diesem Grund groß geschrieben.

zierte Vorgehensweise, um der Singularität der NS-Verbrechen gerecht zu werden und die deutsche Verantwortung nicht zu relativieren. Erfahrungen von Massakern und Genoziden, von kolonialer Unterdrückung oder politischer Verfolgung sind vielfältig. Wie sie im Einzelnen erinnert und repräsentiert werden, bleibt eine heikle und brisante Aufgabe.

Gelungene Beispiele für solche Bildungskonzepte finden sich in der Arbeit des Schriftstellers **Doğan Akhanlý** in Köln. Ob interkulturelle Bildungsreisen, armenische Kulturtage oder eine Spurensuche junger Roma durch Köln und Oswiecim (Auschwitz) – unermüdlich geht Akhanhlý den verschiedenen Facetten von Erinnerung in der Einwanderungsgesellschaft nach. Besondere Beachtung fanden seine türkischsprachigen Führungen durch das *EL-DE-Haus* in Köln. Konflikte und brisante politische Themen so offen im gemeinsamen Dialog zu thematisieren ist selten, aber genau das scheint der Grund für das Gelingen dieser Bildungs- und Kulturarbeit zu sein.

Postkoloniale Perspektiven

Um den erinnerten Geschichten im kollektiven Gedächtnis gerecht zu werden, müssen sie Wahrnehmung und Anerkennung erfahren. Geschieht dies nicht oder wird Erinnerung sogar an eine ethnische Abstammungsgemeinschaft gebunden, scheint der Schritt zum völkischen Denken nicht mehr weit – etwa dann, wenn PoC abgesprochen wird, einen Bezug zum Thema NS und zur Shoa zu haben, selbst wenn sie die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Dabei stellt sich die Frage, wer die Diskurse bestimmt und wer über wen spricht.

Kolonialismus, Rassismus und Politiken der Ausgrenzung müssen selbstkritisch aufgearbeitet werden. Dabei ist es notwendig, differenziert nach Gemeinsamkeiten und Kontinuitäten, aber auch nach Unterschieden und Unvergleichbarkeiten zu fragen. Eine Auseinandersetzung mit Antijudaismus, Antisemitismus, rassistischem Denken im NS einerseits und heutigem Rassismus auf globaler Ebene andererseits gestaltet sich oft schwierig, da vielfältige Widersprüche ausgehalten werden müssen.

Wie über unterschiedliche Erinnerungen gesprochen wird, sagt mehr über die eigene Position aus als über die Gegenstände der Erinnerungen selbst. Diesen Punkt greift auch die Kritische Weißseinsforschung auf. Dabei handelt es sich um eine relativ neue Forschungsrichtung. Sie betrachtet Ausgrenzung und Diskriminierung als soziales Handeln, um Macht zu erhalten oder abzusichern. Rassismus ist demzufolge nicht an 'die Anderen' gebunden, sondern an eineN selbst. JedeR bewegt sich in vielfältigen Machtstrukturen, und diese gilt es zu benennen. Machtstrukturen werden deutlich, wenn in der deutschen Gedenkpolitik über die Erinnerungen von Menschen mit Migrationsgeschichte gesprochen wird. Eine Analyse der Funktionen gedenkpolitischer Theorie und Praxis in Bezug auf Migration und den daran geknüpften Identitätsstiftungs- und Ausgrenzungsprozessen steht größtenteils noch aus.

Identitätspolitiken

Der Verweis auf eine entstehende europäische Erinnerungskultur wird oft als positives Beispiel für transnationale Formen des Gedenkens angeführt. Dabei wird wenig problematisiert, dass auch ein europäisches Gedächtnis ausschließenden Charakter besitzen kann. Solange an den Außengrenzen der EU Tausende Migrierende den Tod finden, sind auch die erinnerungskulturellen Muster europäischer Identitätsstiftung kritisch zu hinterfragen.

Ist jedoch eine Kritik an Ausgrenzungsprozessen und an außenpolitischen Entscheidungen Aufgabe von Gedenkstätten? Hier stellt sich die Frage, ob Gedenkstätten eher als Lern- oder als Gedenkorte zu verstehen sind. Einerseits besteht die Gefahr, deren Gedenkfunktion zu instrumentalisieren. Andererseits sind Gedenkstätten Teil des gesellschaftlichen und politischen Systems und beziehen durch ihre antirassistischen und antiantisemitischen pädagogischen Angebote Stellung zu aktuellen Problemen.

Pädagogische Angebote zum Thema Ausgrenzung – spezifisch auf den historischen NS bezogen oder mit allgemeiner Intention – finden sich in fast allen Gedenkstätten. So wird in einem Bildungsmodul des *EL-DE-Hauses* mit Kindern und Jugendlichen das Thema *Hitlerjugend* bearbeitet. Dabei geraten auch exklusive Gruppenbildungsprozesse und deren diskriminierende Folgen in Form eines Rollenspiels in den Blick. Im *Kreismuseum Wewelsburg* gibt es ein Projekt „Die Hingucker", das mit einem Kinderbuch arbeitet und ebenfalls die Themen Ausgrenzung und Zivilcourage aufgreift. Das Kinderbuch erzählt die Geschichte der grünäugigen Malachiten, die in der Stadt Weinach leben und zunehmend Anfeindungen ausgesetzt sind. Als die Grünäugigen ein Abzeichen tragen müssen, plant eine Gruppe von Kindern Aktionen, um ihre malachitischen Freunde zu unterstützen. Das Projekt in der *Wewelsburg* wurde hauptsächlich für jüngere Kinder konzipiert. Dement-

sprechend stehen ihre Assoziationen im Mittelpunkt: Über welches Vorwissen verfügen die Kinder und welche Parallelen zum NS sehen sie? Erst im Anschluss daran erfahren die Kinder in altersgerechter Form etwas über den konkreten historischen Hintergrund der Wewelsburg.

Diese Angebote ließen sich sicher auch so bearbeiten, dass aktuelle Diskriminierungserfahrungen bewusst mit einbezogen werden. Allerdings wäre auch hier die Frage nach Instrumentalisierungseffekten zu stellen, denn warum sollen NS und Shoa als Bezugspunkte für heutige gesellschaftliche Ausgrenzungen und Stigmatisierungen dienen? Warum sollen nicht in anderen pädagogischen und politischen Projekten Gegenstrategien für aktuelle Diskriminierungen entwickelt werden? Der Verweis auf den NS mag sicherlich besonders dafür geeignet sein, deutlich zu machen, wie aus gewöhnlichen Menschen TäterInnen werden können. Zudem lässt sich am historischen Beispiel zeigen, wie facettenreich Entscheidungs- und Handlungsspielräume sein können. Der Umgang mit der NS-Vergangenheit kann auch aufzeigen, welche Lehren daraus gezogen wurden – soweit dies überhaupt möglich ist. Forderungen nach einer Demokratie- und Menschenrechtserziehung werden oft mit Auschwitz und dem Lernen aus Auschwitz begründet. Welche Auaschließungsmechanismen und welche Hierarchien finden sich im erinnerungskulturellen Kontext? Wie kann eine emanzipatorische Erinnerungskultur Exklusivitäten, Privilegien und Machtstrukturen reflektieren? Wenn aufgrund von Bildungsbenachteiligung SchülerInnen of Color hauptsächlich Haupt- und Förderschulen besuchen, wie kann es ihnen dann ermöglicht werden, an einem Erinnerungs-Diskurs teilzunehmen? Selbstreflexion ist demzufolge auf pädagogischer und politischer Ebene anzusiedeln, in diesem Zusammenhang sowohl bei SchülerInnen, LehrerInnen, Gedenkstätten-PädagogInnen als auch bei PolitikerInnen und HistorikerInnen.

Nur so lassen sich Wege zu einer „inklusiven Erinnerung" (**Astrid Messerschmidt**) finden. Diese Wege sind mehr von Verunsicherungen als von Eindeutigkeiten geprägt und zeigen so die Offenheit und Pluralität von emanzipatorischen Identitätspolitiken.

Inklusive Erinnerung

Ein Schritt in Richtung inklusiver Erinnerung wäre die Eröffnung eines Migrationsmuseums, das die Pluralität und die Multiperspektivität historischer Bezüge aufzeigt. In Köln gibt es mit DOMiT (*Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland*) seit 1990 einen Verein, der das Thema Erinnerung in der Einwanderungsgesellschaft aufgegriffen hat. Als MigrantInnenselbstorganisation stellen sie heraus, wie wichtig es ist, dass nicht nur über MigrantInnen und ihre Erinnerungen gesprochen wird. Es geht um die Wahrnehmung von PoC als handelnde AkteurInnen, die in der Öffentlichkeit wahrnehmbar sind und ihre Perspektiven präsentieren. Nur so lässt sich ein Geschichtsbewusstsein schaffen, das MigrantInnen einschließt und nicht ausgrenzt.

Ausblick

Erste Vernetzungen zwischen Gedenkstätten und migrantischen Organisationen und Vereinen gibt es bereits, sie sind aber noch ausbaufähig. Gedenkstätten müssen sich weiter interkulturell öffnen, um Formen inklusiver Erinnerung zu ermöglichen. Solange allerdings auf gesellschaftlicher und politischer Ebene Chancengleichheit für PoC nicht gewährleistet ist, wird eine inklusive Erinnerungskultur an Ausgrenzungen und Diskriminierungen nur partiell etwas ändern. ★

14. Mai 2005: Demonstration gegen das Gebirgsjägertreffen in Mittenwald

Von Andreas Maurer

Mörderische Traditionspflege

Aktivitäten gegen die Gebirgsjäger-Traditionspflege in Mittenwald

Seit sieben Jahren agiert der *Arbeitskreis Angreifbare Traditionspflege* gegen die Traditionspflege der deutschen Gebirgsjäger. Es geht darum, den von ihnen getöteten Menschen und den Überlebenden der Massaker eine Stimme zu geben sowie die Verbrechen der Gebirgsjäger öffentlich bekannt zu machen, die Traditionspflege in Form von Kameradschaftsabenden zu stören, aber auch in den geschichtspolitischen Diskurs gegen den Mythos um die „saubere Wehrmacht" einzutreten. Der Artikel zieht ein Zwischenfazit zu den unterschiedlichen Aktionsformen und ihren Erfolgsbedingungen.

Kampagnenziel Denkmal?

Am 30. Mai 2009 wurde in Mittenwald ein Denkmal für die Opfer der Kriegsverbrechen deutscher Gebirgsjäger errichtet, das der *AK Angreifbare Traditionspflege* der Gemeinde Mittenwald „schenkte". Der AK – nach eigenem Verständnis eine temporäre Assoziation geschichtspolitischer AktivistInnen – hatte beschlossen, das Denkmal als Abschluss seiner siebenjährigen Kampagne gegen das Traditionstreffen der Gebirgsjäger am Stationierungsort der Edelweiß-Verbrecher zu hinterlassen. Die Denkmals-Inschrift spricht ferner vom Gedenken an die jüdischen Menschen, die unter Beteiligung von Gebirgsjägern deportiert und ermordet wurden, und von der Erinnerung an einen der Todesmärsche der Häftlinge des KZ Dachau, der in Mittenwald befreit wurde. Glaubt man einem Artikel des Magazins *Hinterland*[1], zielte die geschichtspolitische Intervention des AK über die sieben Jahre hinweg punktgenau auf die Errichtung des Denkmals, die der Artikel als eine „Sternstunde" in den Annalen linker Geschichte bewertet. Der Autor erhofft sich die Stiftung einer neuen Tradition, „die uns jährlich nach Mittenwald führt, um Steine und Blumen am Denkmal der Opfer der Gebirgsjäger niederzulegen". Reduziert sich kritische Geschichtspolitik auf die Errichtung eines Denkmals für „Opfer" und das zeremonielle Niederlegen von Steinen und Blumen, womöglich in Anwesenheit von Bundeswehrsoldaten und Wehrmachtsveteranen? Geht es darum, eine staatstragende Veranstaltung samt Integration in den herrschenden Erinnerungsdiskurs zu organisieren, anstatt eine Position einzunehmen, die sich jeder Vereinnahmung entzieht?

Unangreifbare Traditionspflege?

Der *AK Angreifbare Traditionspflege* entstand 2002, als einige Leute eine Reise nach Griechenland vorbereiteten. In Griechenland wollten sie unter anderem Zeugen von Massakern der Wehrmacht finden, die bereit wären, vor deutschen Gerichten auszusagen. Bei den historischen Recherchen stießen sie erstens darauf, dass sich die Veteranen der deutschen Gebirgstruppe zu einer immer noch sehr lebendigen Kameradschaftsorganisation – dem *Kameradenkreis der*

[1] Burschel, Friedrich C.: Sternstunde des Gedenkens, in: Hinterland. Ein Magazin vom Bayerischen Flüchtlingsrat, Nr. 11, 2009, S. 74.

Gebirgstruppe e.V. – zusammengeschlossen hatten, die jedes Jahr zu Pfingsten auf dem Hohen Brendten bei Mittenwald die größte deutsche Soldatenfeier veranstaltet; und zweitens darauf, dass der damalige bayerische Ministerpräsident **Edmund Stoiber** den Gebirgsjägern eine unangreifbare Tradition seit dem 19. Jahrhundert zusprach – unter Einschluss der NS-Zeit, als diese Truppe in Griechenland und anderswo in Europa etliche NS- und Kriegsverbrechen verübten.

Etwa 60 AntifaschistInnen statteten Pfingsten 2002 dem Kameradschaftsabend des Kameradenkreises der Gebirgstruppe in Mittenwald einen Überraschungsbesuch ab. Sie forderten die Anwesenden auf, eine Schweigeminute zum Gedenken an die von deutschen Gebirgstruppen ermordeten Menschen in Europa einzulegen. Auch eine kurze Erklärung sollte verlesen werden. Für diesen Auftritt klauten sie sich Stoibers Dumm-Spruch von der „unangreifbaren Traditionspflege" und nannten sich *Arbeitskreis Angreifbare Traditionspflege*. Ihr Flugblatt war überschrieben mit: „Mörder hinter dem Edelweiß! Es gibt nichts zu feiern!" Unmissverständlich das Bild auf dem Flugblatt: ein Gedenkstein der Gebirgsjäger, der mit der Parole „Soldaten sind Mörder!" besprüht war. Wenn die Gebirgsjäger an diesem Abend der Aufforderung nach einer Schweigeminute gefolgt wären, wäre ihnen und der Gemeinde Mittenwald eine Menge erspart geblieben...

Ein Ergebnis der Griechenlandreise war das Versprechen an den *Nationalrat für die Entschädigungsforderungen Griechenlands gegenüber Deutschland*, dessen Forderungen zu unterstützen. Die „Reiseleitung" schlug vor, Pfingsten 2003 in Mittenwald ein internationales Hearing zu veranstalten, bei dem Überlebende der Massaker und Angehörige der Ermordeten am Ort der Täter ihre Geschichte zu Gehör bringen würden. „Hearing" hieß es, weil überhaupt erstmal zugehört werden sollte. Diese symbolische Konfrontation mit der in Mittenwald seit 60 Jahren vorherrschenden Gebirgsjäger-Legende sollte mit einer Demonstration und einer Blockade der Veteranenfeier um eine praktische Konfrontation ergänzt werden. Der Text des Aufrufs ließ keinen Zweifel daran, dass es nicht um irgendeine Vergangenheitsbewältigung ging, sondern um eine auf die Aktualität der griechischen und italienischen Entschädigungsforderungen bezogene Auseinandersetzung mit der deutschen Entschädigungsverhinderung und mit der Nichtverfolgung der NS-Täter. Die Bundeswehr wurde explizit von einem antimilitaristischen Standpunkt aus angegriffen: „Wir wollen keine Zukunft, die irgendwelche Militärs mitgestalten. Das Militär hat keine Zukunft, es ist Garant einer Gegenwart, die jeder emanzipatorischen Politik entgegen steht", hieß es.

Dokumentation und Aktion

Das geschichtspolitische Konzept – historisch fundierte Recherche, ZeitzeugInnenveranstaltung, direkte Aktionen, fantasievolle Öffentlichkeitsarbeit – wurde zwar etwas variiert und mit jeweils anderen Schwerpunkten versehen, im Wesentlichen aber bis 2007 beibehalten. Zentral war die Konfrontation der Berichte von Überlebenden der Verbrechen mit den verfälschenden, verlogenen, verharmlosenden Landsergeschichten der Veteranen, denen es immerhin 60 Jahre lang gelungen war, ihre zur Opfergeschichte umgelogene Vernichtungsgeschichte im öffentlichen Diskurs zur vorherrschenden Geschichtsdeutung zu machen. Die methodische Basis dieses Konzepts nannten die InitiatorInnen „Dokumentation und Aktion" – ein Ausdruck, den sie sich von **Beate Klarsfeld** entliehen. Vor allem die „Aktionen" 2005 verdankten der „Dokumentation" – neuen historischen Forschungsergebnissen, die aus der Kampagne selbst stammten – eine starke und medienwirksame Dynamik. Die „Aktion" kam in keinem Jahr der Intervention zu kurz. Die Mittenwalder Festspiele des AK dauerten meistens von Freitag bis Sonntag. Das gemeinsame längere Zusammensein schuf einen sozialen Raum, der mit antifaschistischen und antimilitaristischen Veranstaltungen gefüllt wurde. AktivistInnen aus der bayerischen Diaspora wurden zu weiteren Unternehmungen angespornt und stoppten zum Beispiel das jährliche Annabergtreffen des *Freikorps Oberland* am Schliersee. Österreichische AktivistIn-

Mittenwald 14. Mai 2005: Aktionen gegen das Gebirgsjägertreffen in Mittenwald u.a. mit Professor Maurice Cling aus Frankreich (Mitte), Überlebender des KZ-Todesmarsches und Peter Gingold (unten), ehemaliger Widerstandskämpfer gegen die NS-Diktatur.

nen nahmen die Kampagne auf und torpedierten das Ullrichsbergtreffen in Kärnten. Die Anwesenheit so vieler verhasster AntifaschistInnen und sonstiger AktivistInnen in der Standortgemeinde Mittenwald versetzte dank rühriger Mitwirkung diverser bayerischer Polizeitruppen den Ort in einen Ausnahmezustand. Die große Zahl von MitstreiterInnen ermöglichte es, unüberhörbare und unübersehbare Kritik an der verlogenen Friedhofsruhe und dem Militarismus zu äußern, was vor allem TouristInnen interessiert zur Kenntnis nahmen.

Brüche

Die anscheinende Homogenität der Mittenwalder Zivilgesellschaft erwies sich als eine bloß scheinbare, und im monolithischen Block des Schweigens und Verdrängens manifestierten sich Risse. Zu den wirksamsten Mitteln gehörte die Öffentlichkeitsarbeit: In Mittenwald wurde eine eigene Zeitung an alle EinwohnerInnen (na gut, fast alle) verteilt, abgewandelte Plakate des heimischen Bauerntheaters tauchten auf, Plakatwände mit kritischen Aussagen zogen ihre Zerstörung durch erboste Mittenwalder nach sich und so weiter. Darüber hinaus gelang es, die bundesweite und sogar die internationale Presse in einem ungewohnten Ausmaß zu interessieren. Als erfolgreichstes Mittel gegen die sturköpfige, besserwisserische Unterstützung der Gebirgsjäger durch die Mittenwalder Bevölkerung erwies sich erwartungsgemäß die Schädigung des Tourismus'. Mehrsprachige farbige Hochglanzprospekte klärten internationale TouristInnen darüber auf, warum ihnen zu Pfingsten ein martialisches Polizeiaufgebot die Postkartenidylle verdarb. Bis 2007 gelang es zudem, das Ganze mit einem Schuss Ironie, Theatralik, Spektakel und hintersinniger Leichtigkeit zu vermitteln. Es wurde weitgehend darauf verzichtet, vollautonom-identitäre Antifapolitik vorzuführen. Das geschichtspolitische Konzept war Teil eines gesamtpolitischen Konzepts, das stark auf die Herstellung sozialer Beziehungen, auf Kreativität, Teilhabe und politische Entwicklungsmöglichkeiten zielte. Inhaltliche Schwerpunkte waren vor allem die Entschädigungsforderungen, die Forderung nach Bestrafung der NS-Verbrecher, der Einsatz von Bundeswehr-Gebirgsjägern im Kosovo und in Afghanistan sowie der antifaschistische Widerstand gegen die Wehrmachts-Gebirgsjäger in den Staaten Europas.

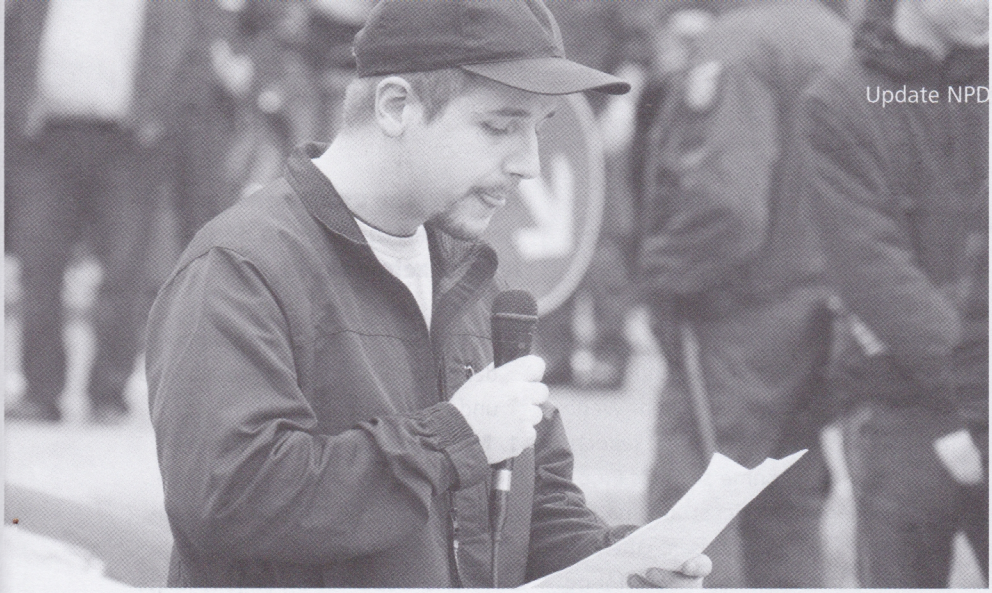
Legenden knacken

Das Konzept funktionierte vor allem aus drei Gründen wunderbar: Zum einen war die Legende von der sauberen Wehrmacht unhaltbar geworden und die Ergebnisse der eigenen und der allgemeinen historischen Forschung konnten nicht mehr ernsthaft in Frage gestellt werden. Die Veteranenorganisation sah sich gezwungen, zumindest einige der von Gebirgsjägern angerichteten Massaker einzugestehen, und musste mehrere Kameradschaften aus dem Verband ausschließen. Zweitens denunzierte der *AK Angreifbare Traditionspflege* die Zusammenarbeit von bayerischen Politikern und hohen Bundeswehr- und NATO-Generälen mit den Wehrmachtsveteranen. Heutige Gebirgsjäger stellen Elitetruppen in den Auslandseinsätzen der Bundeswehr, sodass ein gewisser Abstand zur Wehrmacht und ihrer verbrecherischen Tradition geboten scheint, um durch die Teilnahme an dem NS-Treffen nicht die Legitimität der aktuellen deutschen Kriegspolitik zu gefährden. Die Bundeswehr konnte deswegen zusehends auf Distanz zur Veteranenorganisation gezwungen werden. Drittens schließlich sind in Mittenwald sehr spezielle, wohl nirgendwo sonst in der BRD anzutreffende politische, soziale, kulturelle und ökonomische Bedingungen anzutreffen.

Deutungshoheit aufgebrochen

Ein abschließendes Resümee der geschichtspolitischen Kampagne gegen die Heldengedenkfeier der deutschen Gebirgsjäger kann noch nicht gezogen werden. Dennoch ist deutlich, dass die Kampagne es geschafft hat, den Anspruch der Veteranen auf das Monopol zur Deutung der Geschichte ein für alle Mal zu beseitigen, dass sie die Bundeswehr zu einem vorsichtigen Rückzug von der Unterstützung der Veteranen gezwungen und den sozialen und politischen Rückhalt der Gebirgsjäger in der Gemeinde Mittenwald geschwächt hat. Außerdem trug sie dazu bei, dass mit dem Kameradenkreis-Mitglied **Josef Scheungraber** inzwischen zumindest ein Gebirgsjäger für ein Kriegsverbrechen verurteilt wurde. Der *AK Angreifbare Traditionspflege* organisierte in Mittenwald eine jährliche Transgression, also ein souveränes und selbstbewusstes Überschreiten des allgemeinen Konsenses, das sich durch eine Re-Codierung und Umwertung des bislang dominierenden Diskurses über Gebirgsjäger, Tradition, Militär und Männlichkeit auszeichnete. Der AK organisierte eine maximal mögliche Konfrontation von Werten, von Arten des Umgangs miteinander, von Gesellschaftlichkeit und von Berichten der ZeitzeugInnen gegenüber den Erzählungen der Täter und ihrer zivilen UnterstützerInnen.

Ob die geschichtspolitische Kampagne letztlich mehr als eine nachholende Modernisierung – ansatzweise auch in Bezug auf das Traditionsverständnis der Bundeswehr – bewirkte und nicht nur dafür gesorgt hat, dass auch Mittenwald in der Gegenwart des geschichtspolitischen Mainstreams angekommen ist, bleibt abzuwarten. Denn die alten Kameraden aus Wehrmacht und Bundeswehr treffen sich weiterhin. Ihnen ist es egal, ob da jetzt ein kritisch gemeintes Denkmal steht oder nicht. Sie veranstalten ausgerechnet am 65. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, am 8. und 9. Mai 2010, ihre nächste Heldengedenkfeier. Kann gut sein, dass, wie in den Jahren zuvor, wieder der eine oder andere NS-Kriegsverbrecher teilnehmen wird und dass es hoffentlich auch wieder zu Protesten gegen das Traditionstreffen kommt. ★



Neuer und alter NPD-Kreisvorsitzender: Marcel Haliti (li.), Bernd Kremer (re.)

Von Tessa Kuijer (Antifa Essen Z)

Generationswechsel

NPD und Neonazi-Szene in Essen – ein Update

Der 28. Oktober 2009 war für die Essener NPD ein lang ersehnter Tag. Nach einer zirka zweijährigen Aufbau- und Restrukturierungsphase zog mit **Marcel Haliti** zum ersten Mal ein Vertreter der neonazistischen Partei in den Stadtrat ein. Erst wenige Monate zuvor war der 26-jährige ehemalige JN-Sprecher zum neuen Vorsitzenden des NPD-Kreisverbands gewählt worden. Nicht nur hierbei trat er in die Fußstapfen des langjährigen lokalen NPD-Führers **Bernd Kremer**, der jahrelang auch als stellvertretender NPD-Landesvorsitzender fungiert hatte. Kremer hatte dem zweitplazierten Haliti auch durch Nichtannahme seines gerade eben erst errungenen Stadtratmandates den Weg frei gemacht. Der Generationswechsel bei der Essener NPD war damit vollzogen.

In der lokalen Presse zeigte man sich schockiert über den Zulauf, den die Partei derzeitig offenbar gerade unter jungen Menschen erfährt. „Wer einen genaueren Blick auf die Daten wirft, kommt nicht umhin, ein wenig zu frösteln", heißt es in einem Artikel der NRZ. Denn die rassistische und antisemitische NPD habe „das mit Abstand jüngste Kandidaten-Team von allen".

In der Tat ist es den lokalen „Nationaldemokraten" in den letzten Jahren gelungen, eine beträchtliche Zahl junger und aktionsorientierter Neonazis an sich zu binden und den überalterten und inaktiven Kreisverband damit vor dem drohenden Zerfall zu bewahren. War man bei den Wahlkämpfen in den Jahren 2004 und 2005 noch auf die Unterstützung auswärtiger Helfer angewiesen, fanden seit 2007 zahlreiche Informationsstände und kleinere Kundgebungen statt, die der Kreisverband mithilfe seiner Jugendorganisation eigenständig organisieren und durchführen könnte.

»Freie Kräfte« in Essen

Profitiert hat die Partei dabei auch von ihrem guten Verhältnis zur lokalen Kameradschaftsszene. So kandidierte der 23-jährige **Patrick Friese**, der seit 2004 bei Demonstrationen und Kundgebungen der parteiunabhängigen Kameradschaften als Ordner, Redner und/oder Anmelder fungiert hatte, bei der Kommunalwahl 2009 auf den Listen der NPD. Auch Redebeiträge lokaler Kameradschaftsmitglieder bei Veranstaltungen der NPD und die Mobilisierung zu Aufmärschen der NPD-kritischen *Aktionsgruppe Ruhr-Mitte* seitens der Partei zeugen von diesen guten Beziehungen.

Die Kameradschaftsszene um die aus der mit dem *Aktionsbüro Westdeutschland* verbundenen *Kameradschaft Josef Terboven* hervorgegangenen *Aktionsgruppe Essen* hat indes an Bedeutung verloren. 2005 brachten die „Freien" noch vier Demonstrationen und Kundgebungen in Essen zustande, darunter als mit Abstand größte eine 275-köpfige Demo. Weitere wurden verboten. Bis heute folgte nur eine einzige 40-köpfige Kundgebung im Jahr 2006. Seit längerer Zeit gehen von dieser Struktur keine eigenständigen öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten mehr aus. Einzige Ausnahme im vergangenen Jahr – sieht man von dem einen oder anderen Mitaufruf zu Aufmärschen außerhalb von Essen ab – war ein Boykottaufruf gegen Produkte der rechten Modemarke *Thor Steinar*. In der im Mai 2009 veröffentlichten Erklärung hieß es: „Wir als Nationale Sozialisten lehnen ganz klar die MediaTex GmbH und ihre Marke Thor Steinar ab. Wir sind der Meinung, dass man unsere komplexe Weltanschauung nicht auf ein T-Shirt drucken kann, welches 32.95€ kostet und von einem Araber produziert wird." Zudem sorge das Unternehmen dafür, „daß junge KameradInnen sich zu Knechten des Zinses verschreiben und sich durch die Strafbarkeit der Thor Steinar Logos

Oseberg – der Nazis teure Kleider

Seit April 2009 existiert in Essen mit dem *Oseberg* die erste nordrhein-westfälische Verkaufsfiliale der für den Vertrieb der rechten Modemarke *Thor Steinar* verantwortlichen *MediaTex GmbH*. Seit der Eröffnung kam es immer wieder zu Protesten von AntifaschistInnen gegen den Laden, die sich unter anderem in Flugblattverteilungen und Demonstrationen ausdrückten. Das eine oder andere Mal gingen auch die Schaufensterscheiben zu Bruch, im November 2009 wurden Teile des Sortiments und der Inneneinrichtung durch die Einwirkung von Farbe unbrauchbar. Während die Thematik von der Stadtverwaltung und den meisten Ratsparteien zuvor weitgehend ignoriert wurde, erklärten Vertreter von SPD, CDU und Linkspartei Ende Januar auf einer Veranstaltung des *Bündnisses gegen Oseberg*, das Geschäft zum Thema der nächsten Stadtratssitzung machen zu wollen. Der Vermieter der Verkaufsräume versuchte indes die Aufhebung der Verträge auf gerichtlichem Wege zu erwirken, scheiterte damit jedoch. Doch eventuell könnte sich das Problem *Oseberg* demnächst auf marktwirtschaftlichen Wege lösen: Offenbar hat der Laden seit seiner Eröffnung mit mangelnden Umsätzen zu kämpfen. AntifaschistInnen aus Essen aber möchten sich nicht auf die vermeintlich freien Kräfte des Marktes verlassen. Die *Antifa Essen Z* ruft gemeinsam mit der *Antifa Youth Essen* für den 10. April, also (fast) pünktlich zum Jahrestag der Eröffnung des *Oseberg*, zu einer Demonstration unter dem Motto „Say Auf Wiedersehen to your Nazi wear" auf. Los geht's um 14.00 Uhr am Essener Hauptbahnhof.

bald in den BRD Gesinnungsknästen wiedersehen".

Parallel zur *Aktionsgruppe Essen* existiert seit einigen Monaten in Essen eine weitere neonazistische Kameradschaft, der *Nationale Widerstand Borbeck*. Auf ihrer Website berichtet die Gruppe aus dem Essener Nordwesten unter grober Missachtung jeglicher sprachlicher und orthografischer Regeln über Themen und Belange der regionalen Neonaziszene. Trotz wortstarker Ankündigungen kam es bislang zu keinen öffentlichkeitswirksamen Auftritten der Gruppe. Eine Gefahr sind solche Organisierungsansätze jedoch allemal. Denn gerade Borbeck und die angrenzenden Stadtteile gelten seit Jahren als lokale Hochburg der neonazistischen Szene. Auch wenn es zurzeit offenbar noch an kompetenten Führungskadern mangelt, ist das personelle Potenzial für eine schlagkräftige Kameradschaftsstruktur hier zweifellos vorhanden. Davon zeugen nicht nur die regelmäßigen Übergriffe im Stadtteil, sondern auch die Tatsache, dass die NPD ihren Nachwuchs schon seit geraumer Zeit aus den Reihen der Borbecker Vorstadtjugend anwirbt.

Es sind daher auch eher die subkulturell geprägten rechten Stadtteilgruppen, von denen langfristig die größte Gefahr ausgeht. Ähnliche Strukturen sind im Stadtteil Steele zu beobachten. Dort rekrutierte die ehemalige *Kameradschaft Terboven* bzw. später die *Aktionsgruppe Essen* einen Großteil ihrer Mitglieder.

Letztendlich beweist derzeit die Essener NPD, dass sie ein besseres Standing hat als die sehr kurzlebigen Kameradschaftsstrukturen. Der vollzogene Generationenwechsel spielt hierbei eine wichtige Rolle bei der Anbindung politisch heimatloser „Freier Kameraden". ★

Mehr Informationen

Ausführlichere Informationen über die extrem rechte Szene in Essen finden sich im Jahresbericht der *Antifa Essen Z*, zu finden unter *antifaessen.blogsport.de*

Aufmärsche und Kundgebungen in Essen in den letzten zehn Jahren

6. Mai 2000 · 500-köpfige Demo der NPD NRW: „Gegen Sozialabbau und Massenarbeitslosigkeit"

1. Mai 2001 · 250-köpfige Demo der NPD NRW: „Gegen kapitalistische Globalisierung – für sozialistische Erneuerung"

20. März 2003 · Nicht angekündigte 150-köpfige Demo „Freier Kräfte aus dem Ruhrgebiet" in Kooperation mit der NPD: „Gegen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf den Irak durch USA, kein Blut für Öl"

10. März 2005 · 50-köpfige Kundgebung „Freier Kameradschaften": „Kriegstreibern und kapitalistischen Handlangern entgegentreten – DKP entsorgen!"

16. April 2005 · 275-köpfige Demo „Freier Kameradschaften": „Keine Waffen für Israel – Keine Unterstützung für Zionisten!"

21. April 2005 · 50-köpfige Kundgebung „Freier Kameradschaften": „Unsere Antwort auf Repression – noch mehr Demonstration"

21. Mai 2005 · 40-köpfige Demo „Freier Kameradschaften": „Meinungsfreiheit ist erlernbar"

23. August 2006 · 40-köpfige abendliche Kundgebung „Freier Kameradschaften: „Kein Frieden mit den Freunden Israels! Solidarität mit dem Iran!"

21. April 2007 · 130-köpfige Kundgebung der NPD Essen: „Arbeit für Millionen statt Profite für Millionäre"

8. Dezember 2007 · 250-köpfige Demo der NPD Essen: „Nein zur Moschee in Essen-Altendorf"

20. Februar 2010 · 60-köpfige NPD-Kundgebung unter dem Motto „Höchststrafe für Sexualtäter" in der Essener Innenstadt.

Von Jan Raabe

Stehaufmännchen des Neonazismus

Neonazi-Kader unter der Lupe: Meinolf Schönborn

„Es befindet sich aber ein Verein mit dem Namen 'Ordo mundi' in Gründung", schreibt **Meinolf Schönborn** in der Einladung zu einem Treffen vom 27. bis zum 29. Dezember 2009 im thüringischen Kirchheim. „Dieser Name wird auch Programm sein. Er hat zwei Bedeutungen, zum einen: Die Ordnung der Welt!, zum anderen: Der Orden der Welt! Für eine Ordnung einzutreten und diese zu bewahren ist deutsches Schicksal." Mit dem *Ordo mundi* startet der im ostwestfälischen Herzebrock-Clarholz ansässige Schönborn einen weiteren Organisationsversuch in seiner an Anläufen und Niederlagen reichen Karriere im Neonazismus.

JN, NF, NEK-Verbot

Meinolf Schönborn ist unermüdlich. Seit den 1980er Jahren ist der 1955 geborene Aktivist als Funktionär und Organisator in verschiedensten Organisationen tätig, oftmals in leitender Funktion. In seiner Jugend war Schönborn bei den *Jungen Nationaldemokraten* (JN) aktiv; als Herausgeber der Schülerzeitung *Klartext* nahm er eine wichtige Funktion ein und stieg zum JN-Landesvorsitzenden in Nordrhein-Westfalen auf. Für die JN und die NPD waren die offen neonazistischen Positionen Schönborns allerdings zur damaligen Zeit nicht tragbar. Es kam zum Streit, und Schönborn verließ die Partei. 1985 gründete er dann mit anderen zusammen den *Jungsturm* und übernahm die Kleinstorganisation *Nationalistische Front* (NF). 1986 wurde er Vorsitzender der als neonazistische Kaderschmiede ausgerichteten Partei, die in der Bielefelder Bleichstraße ein Haus kaufte. Es wurde als Schulungszentrum, aber auch als eine Art „Nationales Jugendzentrum" benutzt. Nach heftigen Auseinandersetzungen mit AntifaschistInnen zog Schönborn und mit ihm die Parteizentrale der NF Mitte 1989 in eine ehemalige Gaststätte in Pivitsheide nahe Detmold um.

Im Herbst 1992 plante eine Gruppe von NF-Kadern unter Führung von Schönborn die Bildung eines paramilitärischen *Nationalen Einsatzkommandos* (NEK). Beim Aufbau dieses NEK sollte ihm der Solinger Kampfsportlehrer und VS-Informant **Bernd Schmitt** helfen. Gegen die Mitglieder des NEK ermittelte die Bundesanwaltschaft wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung. Am 26. November 1992 wurde die NF schließlich durch das Bundesministerium des Inneren verboten. Schönborn gründete in der Folge die *Propagandaverteilerkreise* sowie die von ihm so benannte *Gemeinschaft*; er konstatierte mehrfach in seinen Publikationen, er werde die politische Tätigkeit fortführen. Den Versand einschlägigen Propagandamaterials, seinen *Deutschen Spielwarenversand* und seine neuen Organisationsversuche verlegte er derweil nach Dänemark. Von dort wurde er jedoch von AnwohnerInnen und AntifaschistInnen vertrieben. Am 8.November 1995 wurde Schönborn wegen Fortführung der verbotenen NF zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und drei Monaten verurteilt.

Wiederaufbau

Nach seiner Haftentlassung beschränkten sich Schönborns politische Aktivitäten zunächst auf den Aufbau des *Z-Versand*. Über diesen bietet er bis heute Devotionalien der extrem rechten Szene an. 2003 erweiterte er sein Geschäft um den Laden *Meniha*, der in der Manier eines Rockertreffs vor allem Gegenstände mit Wikinger- und Germanenbezug anbot. Nach antifaschistischen Protesten wurde ihm jedoch 2005 der Mietvertrag gekündigt. Mit seinem *Z-Versand* fiel Schönborn durch den Vertrieb illegaler *Landser*-CDs auf, wofür er 2005 zu einer Geldstrafe verurteilt wurde. Ab Ende 2005 wurde er in Kreisen der „Reichsbürger" aktiv und organisierte Veranstaltungen am *Collegium Humanum*. 2006 wurde er

Screenshot des facebook-Profils von Meinolf Schönborn

schließlich wegen Volksverhetzung zu 18 Monaten Haft auf Bewährung verurteilt – er hatte „Reichsbürger"-Flugblätter von **Horst Mahler** vertrieben. Vor Gericht hatte Schönborn versichert, nicht mehr in der extremen Rechten politisch aktiv zu werden, doch schon zum Jahresende organisierte er wieder eine Sonnenwendfeier im *Collegium Humanum*. 2007 folgten wieder erste politische Schulungen dort, Schönborn versuchte, eine *Bürgerinitiative OWL* aus dem Kameradschaftsspektrum heraus aufzubauen. Erfolge waren jedoch nicht zu erkennen. Nach dem Verbot des *Collegium Humanum* im Februar 2008 wich Schönborn mit seinen Veranstaltungen nach Thüringen aus. Dort organisiert er seitdem regelmäßig zwei Tagungen im Jahr, allerdings mit geringen Teilnehmerzahlen von unter 50 Personen.

Verleger und Verkäufer

Seit Juli/August 2009 fungiert Schönborn auch als Herausgeber der Zeitschrift *Recht und Wahrheit*. Das Traditionsblatt der extremen Rechten erscheint im 25. Jahrgang und richtet sich eher an die ältere Generation. Zwar erscheint es seit der Übernahme durch Schönborn mit einem Farbcover und politische Weggefährten wie der Mindener **Mathias Schwier** treten als neue Autoren auf. Als erfolgversprechender Aufbruch kann die Übernahme des Blattes jedoch nicht gewertet werden, eher als das Erbe einer dahinsiechenden und wegsterbenden Generation in der extremen Rechten.

Pleiten, Pech und Pannen

Während andere Aktivisten wie **Thorsten Heise** mit RechtsRock gutes Geld verdienen, musste Schönborn mit seinem Versand zwischenzeitlich Konkurs anmelden. Zwar läuft der Versand weiter, aber der *Z-Versand* vermeldet: „Meinolf Schönborn hatte alles, wirklich alles verloren." Von Glück und Erfolg sind bis heute weder die politischen noch die geschäftlichen Aktivitäten Schönborns gekrönt, mit einem Ende seiner Aktivitäten ist jedoch nicht zu rechnen – Schönborn verkündet: „Ich bleibe Idealist und meinem Heimatland treu". Allerdings – obwohl Schönborn weder ein charismatischer Führer noch wirklich in die Strukturen des bundesdeutschen Neonazismus integriert ist, sondern eine Randfigur bleibt, sollte er als nimmermüdes Stehaufmännchen nicht unterschätzt werden. ★

In eigener Sache

LOTTA-Sonderabo über acht Ausgaben abschließen und ein Büchergeschenk auswählen!
All diejenigen, die ein Sonderabo über zwei Jahre abschließen und die fälligen Abokosten in Höhe von 26 Euro (gerne auch höhere Förderabos) per Vorkasse auf unser Konto überweisen, dürfen sich aus unserem Sortiment an Büchern ein Exemplar aussuchen. Bestellungen und Infos, welche Bücher jeweils abrufbar sind: *lotta-vertrieb@nadir.org*. Nur solange der Vorrat reicht. Kontoverbindung für Abos:
> VFKB e.V., *Kto: 994 540 460, Postbank Dortmund, BLZ: 440 100 46*

HandverkäuferInnen und Verkaufsstellen gesucht!
Wir suchen ständig nach HandverkäuferInnen für Demos und Veranstaltungen. Natürlich suchen wir auch Buch- und Infoläden, Kulturzentren, Infotischen und Kneipen, die LOTTA anbieten möchten.
Kontakt: *lotta-vertrieb@nadir.org*

Solidarität ist eine Waffe! Für den Erhalt und Ausbau der LOTTA spenden!
Ein Projekt wie LOTTA kostet Geld, viel Geld. Die Abogebühren decken nur einen kleineren Teil davon ab. Darum sind wir auf Spenden angewiesen. Jeder Betrag ist willkommen. Die Kontoverbindung unseres Förderkontos lautet:
> VFKB e.V., *Kto.: 22 856 604, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 50010060*

Von Jan Raabe

Zwischen FPÖ und Wewelsburg Records

Bielefelder Burschenschafter wollen Diskurse nach rechts verschieben

Seit 2005 führt die Burschenschaft Normannia-Nibelungen zu Bielefeld jedes Jahr ein Vortragswochenende durch, das sie „Ideenwerkstatt" nennt. Ziel ist es, den offentlichen Diskurs nach rechts zu verschieben.

Kontakte zur extremen Rechten

Die *Burschenschaft Normannia-Nibelungen* ist in den letzten Jahren immer wieder durch Kontakte zur extremen Rechten aufgefallen. Sie führte Vortragsveranstaltungen mit rechten Referenten durch, darunter Generalmajor a.D. **Gerd Schultze-Rhonhof** (2007), der ehemalige Landesvorsitzende der Berliner *Republikaner* Prof. Dr. **Klaus Weinschenk** (1999) oder gar **Horst Mahler** (1998). Unter ihren Mitgliedern findet sich zum Beispiel **Jan Ackermeier**, ein einstiger hauptamtlicher FPÖ-Funktionär. Im *Eckart*, dem Organ der *Österreichischen Landsmannschaft*, beklagte Ackermeier, „in der Republik Österreich" sei „von einer inneren Einheit aller Deutschen wenig zu spüren"; es habe sich sogar die „Legende eines 'österreichischen Volkes' [...] in den Köpfen der meisten Österreicher nach über 60 Jahren Trennung von Binnendeutschland und alliierter Umerziehung festgesetzt". Im Gegensatz zu Ackermeier ist *Normannia-Nibelungen*-Mitglied **Hendrik Stiewe** im klassischen Neonazismus aktiv. Er betreibt das RechtsRock-Label *Wewelsburg Records*, das nach der früheren Reichsführerschule der SS benannt ist.

Die „Ideenwerkstatt"

Über ihre jährlich durchgeführte „Ideenwerkstatt" schreiben die Burschenschafter: „Politisch korrekte Berührungsängste sind uns dabei fremd, weil wir denken, dass die Probleme unserer Zeit auf Parteien- oder Lobbyisten-Befindlichkeiten keine Rücksicht nehmen." Berührungsängste gegenüber der extremen Rechten und sogar gegenüber dem Neonazismus kennen die *Normannen-Nibelungen* tatsächlich nicht. Sie bemühen sich vielmehr, die extreme Rechte hoffähig zu machen – und diesem Ziel dient die „Ideenwerkstatt". Taktisch geschickt mischen sie bei den Vortragswochenenden Referenten aus der extremen Rechten mit Rednern aus dem etablierten Parteienspektrum. Dadurch entsteht der Eindruck von Seriosität und Reputierlichkeit. Zugleich erweitert sich das Publikum, vor dem extrem rechte Referenten vortragen können, auf Milieus, die um Neonazis gewöhnlich einen weiten Bogen schlagen. Die fünf „Ideenwerkstätten", die bislang stattgefunden haben, verdeutlichen, wie die *Normannia-Nibelungen* ihre Strategie umzusetzen sucht.

1. Akt: Freiwirtschaft, Globalisierung und Verschwörungstheorien (2005)

Zur ersten „Ideenwerkstatt" lud die *Normannia-Nibelungen* unter anderem den Vorsitzenden des *Deutschen Freiwirtschaftsbundes*, Prof. **Johannes Jenetzky**, und den Verschwörungstheoretiker Dr. **Johannes Rogalla von Bieberstein** ein. Einig war man sich – was angesichts der Breite der Thematik, die viele Interpretationen offen lässt, kaum verwunderlich ist – vor allem in der Ablehnung der Globalisierung. Diese stand im Mittelpunkt des Beitrags von Prof. Dr. **Eberhard Hamer** stand, dem Leiter des *Mittelstandsinstituts Niedersachsen*. Einig war man sich außerdem in einer tendenziell antisemitischen

Burschenschaftliches Semesterprogramm

Stoßrichtung, die auf der alten Unterscheidung zwischen positiv bewerteter „schaffender Arbeit" und dem negativ konnotierten, mit dem Judentum in Verbindung gebrachten „raffenden Finanzkapital" beruht. Antisemiten jeglicher Couleur berufen sich seit je auf eine solche Unterscheidung, wie sie in einer Forderung anklingt, mit der Jenetzky von der ersten „Ideenwerkstatt" zitiert wird: „Wer Geld anhäufe, müsse dafür Gebühren zahlen und dürfe keinen Vorteil daraus ziehen oder es gar zu Spekulationszwecken nutzen". Auch Hamer rührte in seinem Vortrag an altbekannte Stereotype; er behauptete laut den Burschenschaftern, „heute seien die Gegner des Nationsgedankens keine Fürsten mehr, sondern international vernetzte Vertreter der Hochfinanz, die im Namen der Globalisierung und der Demokratie traditionelle Strukturen wie Familie und Nation zu zerstören suchten, um einen leicht regierbaren, wurzel- und damit wehrlosen 'Weltbürger' zu produzieren". Antisemitisch und verschwörungstheoretisch gab sich auch Rogalla von Bieberstein, Autor des Buches „Jüdischer Bolschewismus: Mythos und Realität", auf das sich Martin Hohmann in seiner berüchtigten Rede bezog. Er behauptete, die „Entwicklung vom feudalen Staat hin zu kapitalistisch-sozialistischen Staatsgefügen" sei „sicherlich unter tatkräftiger Mithilfe einzelner, oftmals jüdischer Millionäre vonstatten gegangen".

2. Akt: Welchen Weg geht die EU? (2006)

Hochkarätig waren einige Referenten der zweiten „Ideenwerkstatt", etwa der Jurist und Leitende Senatsrat a.D. Dr. **Werner Mäder** aus Berlin, der Kanzler der FH Lippe/Höxter, **Helmuth Hoffstetter**, und Prof. Dr. **Peter Brandt** von der Fernuniversität Hagen. Neben ihnen referierten Prof. Dr. **Karl Albrecht Schachtschneider**, Ordinarius für Öffentliches Recht an der Universität Erlangen-Nürnberg, und Dipl.-Ing. **Gerhoch Reisegger**, zwei in rechten Kreisen gern gesehene Gäste. Reisegger behauptete, die „Grundlage des europäischen Einigungsprozesses" sei die „Ursache für drohendes Chaos und abendländischen Kulturverlust". Hinter der EU sah Reisegger ganz in antisemitischer Tradition „die Hochfinanz, welche konzentriert an der Ostküste der USA" sitze.

3. Akt: Politikverdrossenheit (2007)

Zum Modethema „Politikverdrossenheit" referierten der ehemalige Bundeslandwirtschaftsminister **Karl-Heinz Funke** (*SPD*) und der NRW-Landtagsabgeordnete **Heinrich Kemper** (*CDU*), aber auch zwei Rechtsanwälte aus dem Milieu der extremen Rechten – **Klaus Kunze** (*Burschenschaft Germania Köln*) und **Sascha Jung** (*Burschenschaft Danubia München*).

4. Akt: Energie- und Rohstoffmangel (2008)

Same procedure as every „Ideenwerkstatt": Erst referierte reputierliche Prominenz – Prof. Dr. **Siegmar-Walter Breckle** (Universität Bielefeld), Prof. Dr. **Rainer Mennel** (FU Berlin) und Prof. Dr.-Ing. **Helmut Alt** (FH Aachen), dann folgten rechtslastige Gäste: **Wolfram Bednarski** war lange Jahre Funktionär der rechten *Unabhängigen Ökologen Deutschlands*, Dr. **Hans Kronberger** saß ab 1996 für die *FPÖ* im Europaparlament. Prof. **Sigurd Schulien** von der FH Wiesbaden bewegt sich offen in Kreisen der extremen Rechten; er referierte Ende 2002 auf der 26. Gästewoche der *Deutschen Kulturgemeinschaft (DKG)* und schrieb für die *Huttenbriefe*. Auch er propagiert antisemitische Stereotype: „Die aus dem Hintergrund wirkenden Finanzmächte der Londoner City und aus New York fanden, diese Technikfeindschaft sei ein geeignetes Mittel, die aufstrebende deutsche Industrie, die sich immer noch nicht in das anglo-amerikanische Wirtschaftskonzept einzuordnen schien, einzudämmen."

5. Akt: Terrorismus – Freiheitskampf, Fanatismus oder staatlich gelenkte Gewalt? (2009)

Eine krude Mischung von Referenten stellte die *Normannia-Nibelungen* 2009 zusammen: Prof. Dr. **Michael Buback**, Sohn des 1977 von der *RAF* ermordeten Generalbundesanwalts **Siegfried Buback**, trat neben dem ehemaligen Rechtsterroristen **Roland Hepp** und **Elias Davidsson** auf, der behauptet, die Anschläge vom 11. September 2001 seien das Werk US-amerikanischer Geheimdienste. Zudem sprach Dr. **Klaus Rainer Röhl**, Ex-Herausgeber von *konkret* und einstiger Ehemann von **Ulrike Meinhof**, der inzwischen für die rechtskonservativen Publikationen *Preußische Allgemeine Zeitung* und *Eigentümlich frei* schreibt. Schließlich referierte auch Dr. **Rainer Glagow**, langjähriger Leiter der Berliner Verbindungsstelle der *CSU*-nahen *Hanns-Seidel-Stiftung*, der unter anderem für die *Junge Freiheit* und das *FPÖ-Bildungsinstitut* tätig gewesen ist.

Rechtsrutsch

Das Bemühen der *Burschenschaft Normannia-Nibelungen*, anerkannte Prominenz mit Referenten aus der extremen Rechten zu mischen und diesen so ein akzeptiertes Ambiente jenseits schmieriger Hinterzimmer zu verschaffen, geht bislang auf. Der Bielefelder Versuch, die Isolation der extremen Rechten zu durchbrechen, ist dabei kein Einzelfall. In der *Deutschen Burschenschaft (DB)*, der die *Normannia-Nibelungen* angehört, verstärken sich in jüngster Zeit die Tendenzen, Debatten zwischen dem etablierten Parteienspektrum und der extremen Rechten nach außen zu tragen. Die Diskursverschiebung, die mit Einzelprojekten wie der „Ideenwerkstatt" verwirklicht werden soll, läge durchaus im Trend des seit Jahren zu beobachtenden Rechtsrutschs der Berliner Republik. ★

Von Felix Clay (Antifaschistisches Infoblatt) und Britta Kremers (LOTTA)

Die »Dienstagsgespräche«

Scharnier zwischen konservativer und extremer Rechter

Seit fast vierzig Jahren versucht der Berliner **Hans-Ulrich Pieper**, Politiker vom rechten Rand der demokratischen Parteien mit führenden Köpfen der extremen Rechten zusammenzubringen. Sowohl die im September 2009 durchgeführte „Elefantenrunde" der extremen Rechten in Berlin als auch die zwei Wochen später im niederrheinischen Moers geplante, aber nach antifaschistischer Intervention ausgefallene Veranstaltung mit den in der extremen Rechten aktiven **Björn Clemens** und **Andre Picker** geben Anlass, seine zumeist im kleinen Kreis stattfindenden *Dienstagsgespräche* unter die Lupe zu nehmen.

Seit den frühen 1990er Jahren gibt es in Berlin das *Dienstagsgespräch*. Auf dem Podium nahm neben dem Veranstalter Pieper fast schon jeder Platz, der in der extremen Rechten ein gewisses Maß an Popularität besitzt. Im bürgerlichen Ambiente der „geschlossenen Veranstaltung" verschwimmen die Grenzen zwischen Autoren der rechten Wochenzeitung *Junge Freiheit* und offenen Neonazis. Aber auch Angehörige der rechten Ränder von CDU, FDP und SPD fanden sich in der elitären Runde bereits als Referenten oder Besucher ein. Hier wird Bildungs- und Netzwerkarbeit der extremen Rechten über alle Flügel hinweg durchgeführt.

Vorbild „Düsseldorfer Herrenrunde"

Zu „nicht politisch korrekter Kommunikation" lädt Pieper an Dienstagen auch in NRW ein. Anders als in Berlin musste er sich hier jedoch des Öfteren nach antifaschistischer Intervention einen neuen Veranstaltungsort suchen, so zum Beispiel mehrfach in Dormagen (Rheinkreis Neuss) sowie am 15. September 2009 in Moers. Auch im Kölner Raum stieß Pieper auf Probleme; eine Veranstaltung in Hürth (Rhein-Erftkreis) wurde von Antifaschisten massiv gestört. Auffällig ist zudem, dass die *Dienstagsgespräche* nicht nur einmal in Räumen stattfanden, die auch von der selbst ernannten *Bürgerbewegung pro NRW* genutzt wurden, so etwa in Dormagen-Nievenheim, dem Wohnort des stellvertretenden *pro NRW*-Vorsitzenden und früheren *Republikaner*-Funktionärs **Daniel Schöppe**. Ob *pro*- und REP-Akteure an den Veranstaltungen teilgenommen haben, kann nicht mit Sicherheit gesagt werden; die Anwesenheit von NPD-Funktionären ist belegt.

Vorbild für die *Dienstagsgespräche* ist die *Düsseldorfer Herrenrunde* des 2001 verstorbenen Unternehmensberaters **Carl Zimmerer**. So heißt es in einer Selbstdarstellung: „Das Dienstagsgespräch wurde 1991 nach dem erfolgreichen Vorbild der *Düsseldorfer Herrenrunde* gegründet – allerdings wollen wir in Berlin nicht auf Damen verzichten".

Die Anfang der 1980er Jahre gegründete *Düsseldorfer Herrenrunde* lud etwa einmal im Monat zur Diskussion in ein Nobelhotel ein. Die Liste der geladenen Referenten reichte dabei vom damaligen *Republikaner*-Chef **Franz Schönhuber** über den Ex-NPD-Chef **Adolf von Thadden** bis zum damaligen FPÖ-Chef **Jörg Haider**. Zu den Organisatoren gehörte neben Zimmerer, der die FDP verlassen hatte und zur *National-Liberalen Aktion* gewechselt war, der Solinger **Günther Kissel**. Der gutbetuchte Bauunternehmer verfügt seit vielen Jahren über Verbindungen zu Holocaust-Leugnern und anderen Vertretern der extremen Rechten und trat 2007 *pro NRW* bei. Zu den regelmäßigen Teilnehmern der Runde gehörten neben Vertretern aus der Wirtschaft und Mitgliedern der FDP auch altbekannte Akteure aus NPD, *Republikanern* und der *Deutschen Liga für Volk und Heimat*. Die letzte bekannt gewordene Veranstaltung der *Düsseldorfer Herrenrunde* sollte am 21. Januar 2003 stattfinden. Als Referent war der damals umstrittene FDP-Politiker **Jürgen Möllemann** in den *Industrieclub* geladen, später jedoch wieder ausgeladen worden. Der *Düsseldorfer Herrenrunde* schien die von antifaschistischen Gruppen hergestellte öffentliche Aufmerksamkeit alles andere als recht zu sein.

Unklar bleibt bis heute, welches Konzept Pieper mit einer Ausdehnung ausgerechnet auf das Bundesland NRW verfolgte. Es kann nur vermutet werden, dass hiermit der Versuch einherging, die zwischenzeitlich offenbar aufgelöste *Düsseldorfer Herrenrunde* zu beerben. Dafür spricht, dass man sich sogar explizit als Nachfolgerin der *Herrenrunde* verstand, so zumindest ist es Einladungen aus dem Jahre 2007 zu entnehmen. Bei der praktischen Umsetzung der Ausdehnung könnten Kontakte zu (ehemaligen) Aktivisten der REP sowie der selbst ernannten *Bürgerbewegung pro NRW* eine Rolle gespielt haben. Ob die Ausdehnung auf NRW allerdings erfolgreich gewesen ist, darf stark angezweifelt werden – in den letzten zwei Jahren konnten die meisten Veranstaltungen nicht bzw. nicht ungestört stattfinden, und Impulse auf die Rechte in NRW lassen sich nicht feststellen.

Der Organisator

Schon während seines Studiums der Geschichte an der Westberliner *Freien Universität* fiel der 1948 geborene spätere Unternehmensberater Hans-

Ulrich Pieper durch sein extrem rechtes Engagement auf. Ende der 1960er Jahre war er Mitglied des *Nationaldemokratischen Hochschulbundes* (NHB). Als Mitglied der *Vereinigung 17. Juni* und der NPD-Tarnorganisation *Freiheitliche Studentengruppe e.V.* pflegte er engen Kontakt zu CDU-Mitgliedern um den Landesvorsitzenden des *Ostpolitischen Deutschen Studentenverbandes*, **Viktor Zander**.

Pieper wurde auch mit Überfällen auf ein Büro des SDS und auf SPD-Veranstaltungen in Zusammenhang gebracht. Dieses ließ er später dementieren. Dem wachsamen Auge ostdeutscher Geheimdienstkreise und deren Zuträgern in Westberlin fiel er ebenfalls auf. So findet sich in einer dem AIB vorliegenden Notiz die Einschätzung: „Pieper gehört weiterhin zum engsten Kern der Rechtsradikalen in Berlin". Vermerkt wurden zudem angebliche CDU-Kontakte. Gegenüber einem Journalisten gab Pieper 2009 an, er sei einst Referent des CDU-Politikers **Kurt Biedenkopf** gewesen.

Pieper machte Karriere. Er wurde Sprecher des Waffenkonzerns *Rheinmetall* aus Düsseldorf, zu einer Zeit, in der das Unternehmen wegen seiner Waffenlieferungen in Krisengebiete, an Militärdiktaturen und an das Apartheidregime in Südafrika immer stärker in die Kritik geriet.

Im Jahr 1989 mischte Pieper im Wahlkampf für *Die Republikaner* mit. 1995 trat er in die FDP ein, um den sich damals in der Partei etablierenden nationalliberalen Flügel zu stärken. Ein Jahr zuvor hatte er noch bei Veranstaltungen der *Berliner Kulturgemeinschaft Preußen* mit skurrilen Figuren der militanten Neonazi-Szene wie etwa **Arnulf Priem** verkehrt. 2001 trat er dann wieder als REP-Kandidat in Erscheinung.

Im Jahr 2007 fand sich der Name Pieper unter einer Erklärung der „maßgeblichen Vertreter der deutschen Rechten [...], dass sie die Ziele der Fraktion 'Identität, Tradition, Souveränität', wie sie in der angefügten Gruppenerklärung festgelegt wurden, unterstützen werden". Die Europaparlaments-Fraktion „Identität, Tradition Souveränität" sollte zum Kern eines Bündnisses extrem rechter Parteien in Europa werden. Neben Politikern von NPD, DVU, REP und *pro NRW* verewigten sich als Einzelpersonen **Harald Neubauer**, **Ingrid Schönhuber**, **Gisa Pahl**, Björn Clemens und Pieper unter dem Manifest.

Dienstagsgespräch in den 1990ern

Das *Dienstagsgespräch* will rechte Eliten aus Wirtschaft, Politik und Medien zusammenführen. Ziel ist eine Netzwerkbildung. So fanden sich in den 1990er Jahren auch honorige Herren aus der Wirtschaft, beispielsweise ein Vorstandsmitglied von VW, der Vorstandsvorsitzende von *Babcock-Borsig* und ein Ex-Präsident der Hamburger Zentralbank, sowie Journalisten von Welt, N.TV und ZDF in der Runde ein. Ebenso der ehemalige Generalbundesanwalt **Alexander von Stahl**, der Mitte der 1990er Jahre erfolglos versuchte, mit anderen Gästen des Dienstagsgesprächs aus der FDP heraus eine nationalliberale Partei ähnlich der FPÖ zu formen. Als kontinuierlicher Faden in der Geschichte der Berliner *Dienstagsgespräche* bis heute lässt sich die Beteiligung von Publizisten und Unterstützern der *Jungen Freiheit* als Referenten und Besucher feststellen. 1994 sorgten die *Dienstagsgespräche* für einigen Pressewirbel und Ärger im Berliner Abgeordnetenhaus. Anlass war die regelmäßig Teilnahme von **Hans-Christoph Bonfert**, dem damaligen Pressesprecher des CDU-Innensenators **Dieter Heckelmann**. Die *Berliner Zeitung* schrieb 1994, Bonfert habe „wegen angeblicher Kontakte zu rechten Kreisen die bislang schwerste Krise der CDU-SPD-Koalition ausgelöst. Heckelmann musste danach einen Misstrauensantrag im Parlament überstehen. Bonfert wurde von seinem Posten abberufen." Nach der Affäre um Bonfert wurde es stiller um die damals im Nobelhotel *Hilton* tagende Zusammenkunft.

Dienstagsgespräch ab 2000

Irgendwann nach der Jahrtausendwende zog die Versammlung in den *Ratskeller Schmargendorf* um. Behandelt wurden weiterhin für die extreme Rechte relevante Themen mit einschlägigen Rednern wie etwa General a.D. **Gerd Schultze-Rhonhof**, **Franz Uhle-Wettler**, General a.D. **Reinhard Günzel**, **Holger Apfel** (NPD), Jörg Haider und Harald Neubauer. Aber auch Redner wie **Egon Bahr** (SPD) und Jürgen Möllemann (FDP) konnte der Veranstalter gewinnen.

Im Herbst 2006 war im Internet von einem Auftritt von „Annett und Michael" beim „DienstagsGespräch in Berlin-Schmargendorf" am 10. Oktober 2006 die Rede, bei dem „soziale und patriotische" Lieder vortragen würden. Der 2009 verstorbene NPDler **Michael Müller** und seine Ehefrau **Annett Müller** genießen Kultstatus in der Neonaziszene. Der Liederabend fand jedoch keine Erwähnung in einer Aufzählung von „rechtsextremen Musikveranstaltungen und Liederabenden in Berlin" in der Antwort auf eine „Kleine Anfrage" der *Grünen*-Abgeordneten **Clara Herrmann** im Bundestag – vielleicht ja, um die Peinlichkeit zu vermeiden, mitteilen zu müssen, dass ein extrem rechter Liederabend in den Räumen der Berliner Bezirksverwaltung Charlottenburg-Wilmersdorf stattgefunden hatte.

Der nächste Höhepunkt ereignete sich am 1. September 2009. Pieper richtete eine „Elefantenrunde" der extremen Rechten aus. Auf dem Podium saßen neben Pieper der aktuelle Bundesvorsitzende der DVU, **Matthias Faust**, sowie sein Kontrahent, der NPD-Bundesvorsitzende **Udo Voigt**. Auch der Bundesvorsitzende der REP, **Rolf Schlierer**, soll zu den Eingeladenen gezählt haben, erschien aber nicht. Ein NPD-Ordnerdienst sicherte den Saal, der mit 80 Personen gefüllt war. Anwesend waren auch der Hamburger Neonazi **Christian Worch**, die Landesvorsitzenden von DVU und NPD sowie weitere Funktionäre der beiden Parteien. Es war das

Links: Verhindertes „Dienstagsgespräch" am 9. Oktober 2007 in Dormagen
Links unten: Unter den Gästen auch die NPDler Hans Jochen Voß und Andreas Molau
Rechts: Hans-Ulrich Pieper beim Betreten des Ratskellers Schmargendorf

erste Aufeinandertreffen der beiden Vereinigungen nach dem Bruch des „Deutschlandpaktes".

Als Redner für das letzte *Dienstagsgespräch* in den Räumen des *Ratskellers Schmargendorf* war für den 6. Oktober 2009 der *Junge Freiheit*-Autor **Ivan Denes** zum Thema „Naher Osten – Brandherd ohne Ende" angekündigt worden.

Die Grünen in Charlottenburg-Wilmersdorf thematisierten im Herbst 2009 in der Bezirksvertretung die Veranstaltungen im vom Bezirk verpachteten *Ratskeller Schmargendorf*. Das Bezirksamt wirkte auf den Wirt ein, keine derartigen Veranstaltungen mehr zu genehmigen. Im Dezember verkündete ein neonazistischer Internetblog, „dass eine Veranstaltung mit Prof. **Ralph Weber** dort nicht stattfinden konnte", da der „Wirt von öffentlicher Stelle so unter Druck gesetzt" worden sei. Weber, CDU'ler und Jura-Professor aus Greifswald, setzte sich für eine Wahlpartei zwischen CDU und NPD ein und passt somit exakt ins Veranstaltungsprofil des *Dienstagsgesprächs*.

Das Organisationsbüro

Neben Pieper trat bei der Organisation Berliner *Dienstagsgespräche* die *Allround Service GmbH & Co. KG* auf. Geschäftsführer der Zeitarbeitervermittlung ist der seit den 1990er Jahren für die REP aktive **Wolfgang Seifert**. Seifert kandidierte noch 2002 für die Partei. Laut Veröffentlichung der antifaschistischen Broschüre *Fight Back* diente die Firma mitunter auch als Absender für Briefsendungen der REP. Der Immobilienspekulant und Diplomingenieur Seifert war Besitzer der Villa der *Republikaner*-Bundeszentrale in Berlin-Pankow und beim *Hoffmann von Fallersleben Bildungswerk e. V.* aktiv. Seiferts Firma soll nach Informationen eines NPD-Insiders als Quartiermacher für den NPD-Bundesparteitag in Berlin-Reinickendorf 2009 gedient haben.

Pieper macht weiter

Hans-Ulrich Pieper verliert offenbar die Muße zur Organisation von Veranstaltungen mit seinen Lieblingsrednern nicht. So lud er für die Zeitschrift *Deutsche Geschichte* und die *Historische Gesellschaft* am 21. November 2009 zu einem Vortrag mit **Ernst Nolte** und **Karl Feldmeyer** nach Berlin. Die *Deutsche Geschichte* ist eine geschichtsrevisionistische Zeitung aus dem Verlagskomplex von **Gert Sudholt**. Sie ist eng verwoben mit der extrem rechten *Gesellschaft für freie Publizistik*. Nolte sprach bereits vorher mehrmals beim *Dienstagsgespräch*.

Schon 1994 befasste sich das AIB mit dem *Dienstagsgespräch*. Die damalige Charakterisierung als „schwarzbraune Zone von Konservativen bis hin zu Faschisten" scheint auch heute noch ihre Berechtigung zu haben. Pieper setzt auf Kontinuität. Sein Ziel ist rechte Netzwerkbildung über Parteien- und ideologische Grenzen hinweg. So soll extrem rechtes Gedankengut salonfähig werden. Es zeigt sich, wie durchlässig die verbal hochgezogenen Mauern der Abgrenzung zwischen dem Konservatismus und den verschiedenen Spielarten der extremen Rechten sind. ★

Von Alexander Häusler

»Abendland in Christenhand«

Mit Kulturkampfparolen gegen Minarette und Muslime

Der neue propagandistische Kassenschlager von Rechtsaußen im Vorfeld der Landtagswahlen von Nordrhein-Westfalen heißt Muslim-Bashing. Der symbolische Angriffspunkt ist dabei die Moschee – genauer gesagt: das Minarett. Entsprechend euphorisch waren die Reaktionen auf die von der rechtspopulistischen SVP inszenierte Volksabstimmung gegen Minarettbau in der Schweiz.

Für die extreme Rechte in Europa hat diese Volksabstimmung „Vorbildcharakter" – von Italien über Frankreich und Österreich bis in die Niederlande wurden Stimmen zur Nachahmung laut. Auch hierzulande blasen im Vorfeld der Landtagswahlen in NRW im Mai dieses Jahres sowohl die NPD, als auch die *Republikaner* und die *pro*-Bewegung zum Kreuzzug gegen Allah und das Minarett. Damit lassen sich rassistische Motive kulturkämpferisch kaschieren, um so an weit verbreitete Ressentiments anzuknüpfen. „Freiheit statt Islam" hört sich für das breite Wahlvolk besser an als „Ausländer raus". Die republikanische Landesvorsitzende **Ursula Winkelsett** demonstriert diese neue Tonart, indem sie verkündet: „Ich habe nichts gegen Muslime. Ich habe ein Problem mit dem Islam und der Islamisierung unseres Landes, weil der Islam das genaue Gegenteil von Freiheit ist."

Die NPD im Sog der islamfeindlichen Hetze

Da will auch die NPD nicht zurückstehen und ruft nach einem „Minarett-Verbot auch hier!" Der nordrhein-westfälische NPD-Vorsitzende **Claus Cremer** verbindet diese Forderung jedoch mit offener Hetze: „Wir wollen, dass Deutschland das Land der Deutschen bleibt und dazu gehört auch, dass die Überfremdung und Islamisierung unserer Heimat gestoppt und hier lebende Ausländer in ihre Heimatländer zurückgeführt werden." Fast alle Plakatmotive der Nationaldemokraten zur Landtagswahl 2010 zeigen ein umstürzendes Minarett. In einem Mitte Februar veröffentlichten 10-Punkte-Papier wird das Minarett als „Symbol für Überfremdung, Landnahme und Unterdrückung" problematisiert. Jeder islamische Migrant sei ein Botschafter des Islams, das mache die Religion für viele Deutsche so suspekt. Die rhetorische Frage zu Ende des Pamphletes „Ist das Thema 'Islamisierung' nicht bereits zu sehr von anderen besetzt?" wird mit der fast schon verzweifelt wirkenden Aussage „Themenbesetzung durch Unqualifizierte ist gar keine Themenbesetzung!" beantwortet. Deutlich wird jedoch die Bedeutung, die diesem Kampagnenmotiv im gesamten Rechtsaußen-Spektrum zugemessen wird. NPD und REP versuchen damit im Sog der neuen, stärksten Kraft im Parteienlager der extremen Rechten in NRW mitzuschwimmen, die unter dem Label *pro NRW* erstmals zu den Landtagswahlen antritt. Die *pro*-Bewegung exerziert die Masche programmatisch vor: Rassismus als „demokratisches" Partizipationsangebot für die vom etablierten Politikbetrieb entnervten Menschen. Ihnen wird das „Feindbild Moslem" als Alternative zur politischen Organisierung gegen so-

zioökonomische Verwerfungen geboten. In diesem Sinne kündigt die *pro*-Bewegung die Inszenierung eines „EU-Bürgerbegehrens" an, das gemeinsam mit dem belgischen *Vlaams Belang* und der österreichischen FPÖ entwickelt werden soll. In altbekannt populistischem Tenor probiert die Rechtsaußen-Truppe, sich als der Vorreiter einer deutschen Anti-Minarett-Initiative zu verkaufen. O-Ton von *pro NRW*-Chef Markus Beisicht: „Zugleich bereitet die pro-NRW-Rechtsabteilung eine Volksinitiative vor, die im NRW-Landesbaurecht zukünftig ein Minarettverbot vorsieht. Hierzu sind 66.000 Unterschriften in Nordrhein-Westfalen nötig, damit der Landtag sich mit dieser Gesetzesinitiative befassen muss."

Kultur- und Heimatkampf mit Schweiz-Kontakt und Schweden-Konto

Ihren Heimatkampf gegen die beschworene „islamische Landnahme" führt *pro NRW* mit der Kopie der schweizerischen Plakatmotive gegen Minarettbau – überlassen zum „exklusiven Nutzungsrecht" von der SVP, so die großspurige Ansage. Das Motiv, Minarette, die eine Nationalflagge durchbohren, ist eine Art nationaler Re-Import: Sein Erfinder ist **Alexander Segert**, Geschäftsführer der Agentur *Goal* in Dübendorf und seit etlichen Jahren Werbefachmann und Rhetorik-Coacher für die SVP. Mit dem kürzlich vollzogenen demonstrativen Eintritt des schweizerischen SVP-Funktionärs **Andreas Glarner** bei *pro Köln* erhält die *pro*-Bewegung zudem propagandistischen Auftrieb bei ihrem Versuch, den islamfeindlichen Populismus der SVP zu imitieren. Finanzielle Unterstützung kommt hingegen von dem schwedisch-deutschen Unternehmer **Patrik Brinkmann**, der in seinem Geburtsland Schweden angeblich mit Bergbau- und Immobiliengeschäften zum Millionär geworden ist. Brinkmann, Bewohner wie zugleich Besitzer einer Villa in Berlin-Zehlendorf ist Intimus des extrem rechten Funktionärs **Andreas Molau**, der den illustren Geldgeber zunächst in die Gefilde seiner ehemaligen politischen Heimat NPD eingeführt hatte. Nachdem Molau der Putsch gegen NPD-Chef **Udo Voigt** missglückt war, nahm er den erhofften Finanzier mit zur Konkurrenzpartei DVU, deren Mitglied Brinkmann wurde, bevor er Anfang des Jahres 2010 schließlich zu *pro* wechselte. Ein „Institut für Islamkritik", das in einem noch zu erwerbenden „Haus der Opfer des Islams" untergebracht werden soll, kündigt der angeblich spendenfreudige Schwede an. „Ähnlich wie das berühmte Cato-Institut in Washington D.C." soll dieses „Institut" nach der Vorstellung des *pro NRW*-Jugendbeauftragten **Gereon Breuer** erstrahlen. Angesichts der bisherigen großspurigen Ankündigungen der Vereinigung, die sich zumeist als Luftnummern entpuppten, scheint dies derzeit noch wenig wahrscheinlich.

Kulturkampftage im Ruhrgebiet

Ende März will *pro NRW* im Ruhrgebiet den Höhepunkt ihres Wahlkampfes einläuten. Die selbst ernannte Bürgerbewegung versucht damit, ihr früheres, als Anti-Islamisierungskongress bezeichnetes, populistisches Wahlkampfspektakel in Köln nun öffentlichkeitswirksam zu wiederholen. Nach diversen „Mahnwachen" am Freitag soll am Samstag eine „Konferenz für die Einführung eines Minarettverbots" im Schloss Horst in Gelsenkirchen stattfinden. Für die als „pro-NRW-Parteitag" angemeldete Veranstaltung sind unter anderem der Fraktionsvorsitzende des *Vlaams Belang*, **Filip Dewinter** sowie die französischen Rechtsextremisten **Robert Spieler** (Ex-*Front National*, Parteivorsitzender von *Alsace d'abord*) und **Annick Martin** (*Mouvement national républicain*) angekündigt. Abgerundet werden soll das rechtspopulistische Theater mit einem für Sonntag angekündigten „Sternmarsch" auf die größte Moschee Deutschlands in Duisburg-Marxloh unter dem Motto „Abendland in Christenhand". Derartige Planungen brachten wiederum die NPD auf die Idee, ebenfalls in Duisburg aufzulaufen. Dazu hat die Partei für den 27. März eine Kundgebung vor der Merkez-Moschee und am 28. März eine Demonstration angemeldet. Das Motto: „Keine islamische Machtsymbolik in unseren Städten und Gemeinden!" Für den Landesorganisationsleiter der NPD NRW, **Timo Pradel**, gilt gemäß den neuen Parolen der Partei auch die Merkez-Moschee als „das in Stein gehauene Symbol einer islamischen Landnahme".

Solidarisch gegen rechten Populismus

Die emotional aufgeladene Debatte um den Minarettbau droht zu einer Projektionsfläche für einen „Kulturkampf" zu werden, mit dem sich die Rechtsaußenparteien politischen Geländegewinn zu erkämpfen versuchen. Er wird gefüttert durch die Mär von der „schleichenden Islamisierung". Mit ihrem rassistischen Populismus versucht die *pro*-Bewegung eine politische Lücke zwischen der extremen und der konservativen Rechten zu besetzen. Provokative Inszenierungen wie öffentlich angekündigte Immobilienkaufabsichten zur Errichtung eines „Hauses der Opfer des Islams" in Duisburg-Marxloh sind Ausdruck einer immer wieder ausgeübten Strategie, die auf Eskalation ausgerichtet ist: Konflikte werden bewusst inszeniert, um sich nach dem darauf folgenden Protest als „Opfer" zu verkaufen. Ziel ist es, die Schraube immer weiter anzudrehen, um einem Kulturkampf das Wort zu reden, aus dem man schließlich politisch Kapital zu schlagen hofft.

Doch in Duisburg wie in den anliegenden Städten des Ruhrgebiets regt sich antifaschistischer Widerstand. Das *Bürger-Bündnis Marxloh* und andere Initiativen planen eine Blockade gegen den Auflauf der extremen Rechten nach dem Vorbild von Köln, Jena und Dresden. ★

Von Andreas Stein und Tobias Hoff

»Nazi sein, heißt Leben wollen«

Das Aktionsbüro Mittelrhein (AB Mittelrhein)

Mit dem Aktionsbüro Mittelrhein ist in den letzten Jahren eine neonazistische Kameradschaftsstruktur im nördlichen Rheinland-Pfalz entstanden, deren Aktivitäten auch bis nach NRW hinein wirken. Daher ist es an der Zeit, diese genauer unter die Lupe zu nehmen.

Begonnen hat das Projekt *AB Mittelrhein* noch unter einem anderem Namen. Im Jahre 2004 trat in verschiedenen neonazistischen Zusammenhängen eine *Aktionsfront Mittelrhein* (AMR) Erscheinung. Als neonazistische Kameradschaften die bundesweite „Schulhof CD" mit dem Titel „Projekt Schulhof – Anpassung ist Feigheit" veröffentlichten, fungierte die AMR als Kontaktadresse für die Region Koblenz. Im gleichen Jahr beteiligte sich die *Aktionsfront* an diversen Aufmärschen, beispielsweise am Rudolf-Heß-Marsch in Wunsiedel. Exponiertester Vertreter der *Aktionsfront Mittelrhein* war **Sven Lobeck** aus Mülheim-Kärlich bei Koblenz. Der ehemalige Zeitsoldat konnte wegen seiner beruflichen Tätigkeit bei der Bundeswehr erst relativ spät als neonazistischer Kader öffentlich auftreten. Bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz 2006 kandidierte der heute 32-Jährige als einer von drei Vertretern der „Freien Kräfte" auf der Landesliste der NPD. In einer Selbstdarstellung der Kandidaten bezeichnete sich Lobeck als „Betreiber des *Aktionsbüros Mittelrhein*". Seitdem war von Auftritten der *Aktionsfront* nichts mehr zu vernehmen, der Name wurde durch das Label *Aktionsbüro Mittelrhein* ersetzt. Transparente der AMR wurden verändert, aus *Aktionsfront* wurde *Aktionsbüro*. Die Gesichter dahinter blieben dieselben.

Das *Aktionsbüro Mittelrhein* kann nicht als ein *Aktionsbüro* im klassischen Sinne betrachtet werden, in dem verschiedene Kameradschaften einer Region vernetzt sind. Vielmehr besteht mit dem *AB Mittelrhein* als Nachfolgeprojekt der *Aktionsfront Mittelrhein* seit längerer Zeit wieder eine organisierte Kameradschaftsstruktur, die im Hinterland zwischen den Städten Bonn und Koblenz ihr Unwesen treibt.

Das Büro

Als Schwerpunkt der Aktivitäten kann der Großraum Ahrweiler bezeichnet werden. In Orten wie Sinzig, Bad-Neuenahr und Remagen finden sich eine Vielzahl von neonazistischen Sprühereien und Aufklebern, die einen direkten Bezug zum *AB Mittelrhein* haben. In der Gestaltung und inhaltlichen Ausrichtung ihres Propagandamaterials versuchen die Betreiber erst gar nicht, sich in irgendeiner Form als gemäßigt oder moderat zu präsentieren. „Nazi sein, heißt leben wollen" lautet das Motiv eines Aufklebers, welches mit passender NS-Illustration versehen ist. Bei ihrem „Nazi sein" ist das *Aktionsbüro* maßgeblich in die Organisation von alljährlichen Aufmärschen in der Region involviert. So zuletzt am 21. November 2009 in Remagen unter dem Motto „Besiegt! Besetzt! Gedemütigt und systematisch belogen!". Anlass für die Neonazis, in Remagen aufzumarschieren, sind die Rheinwiesenlager für deutsche Kriegsgefangene, die dort von Frühjahr bis Spätsommer 1945 existierten. Die Neonazis behaupten, dort habe eine „systematische Ermordung deutscher Menschen" stattgefunden.

Im Jahr zuvor, am 12. Juli 2008, war die *Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien* in Bonn im Visier der Neonazis, die auf der Internetseite des *AB Mittelrhein* auch schon mal als Prüfstelle für „judengefährdende" Medien bezeichnet wurde.

Der offene Bezug zum NS und ein unverhohlener Antisemitismus wird auch auf etlichen überregionalen Aufmärschen zu Schau getragen. So präsentieren sich Mitglieder des *AB Mittelrhein* in T-Shirts mit dem plumpen Wortspiel „Rhein Ahrische Jugend" und mit einem gelben Transparent, welches einen Davidstern mit der Inschrift „Nazi" zeigt.

Das *Aktionsbüro Mittelrhein* kann in keinem eindeutigen Lager der extremen Rechten verortet werden. Auf der einen Seite bestehen personelle als auch organisatorische Verflechtungen zur NPD. So ist Sven Lobeck Vorsitzender des Kreisverbandes der NPD Koblenz. Weiterhin leistete das *AB Mittelrhein* regelmäßig Wahlkampfhilfe, beispielsweise bei der Durchführung und dem Schutz von Informationsständen. Auf der anderen Seite sind die Entwicklungen der letzten Jahre innerhalb des neonazistischen Spektrums auch nicht an der Region Mittelrhein vorbeigegangen. Dementsprechend lassen sich durchaus Style-Elemente und Aktionsformen wiederfinden, die den „Autonomen Nationalisten" zugerechnet werden. Trauermarsch und „Spontandemonstration nationaler Jugendlicher", Seitenscheitel, Nazi-Skinheads und trendy Black-Block-Outfit: Scheinbar keine Widersprüche.

Organisatorisch bestehen zwar gute Verbindungen zwischen dem *AB Mittelrhein* und rheinland-pfälzischen Kameradschaftsstrukturen wie den *Nationalen Sozialisten Mainz-Bingen*, doch ist eine klare Orientierung in Richtung NRW zu erkennen. Neben einer direkten Vernetzung zu Neonazis aus der Region Bonn um die *Kameradschaft Sturm 8/12* bestehen gute Kontakte in den Raum Düren und Aachen zur *Kameradschaft Aachener Land*, zu den *Freien Nationalisten Siegerland* sowie an den Niederrhein.

Neue Kader

„Die Professorenschaft begrüßt es ausdrücklich, dass bei den studentischen Wahlen zwei aktive Neonazis, die kandidiert haben, nicht in die Gremien gewählt worden sind." Dies geht aus einer Stellungnahme von Professoren des Fachbereiches Betriebs- und Sozialwirtschaft des *Rhein-Ahr Campus* in Remagen vom Dezember 2009 hervor. Grund für das Schreiben war die versuchte Kandidatur der beiden Studierenden **David Herrmann** und **Christian Häger** für das Studierendenparlament der in Remagen ansässigen Fachhochschule. Häger und Herrmann waren schon zu Zeiten der *Aktionsfront Mittelrhein* aktiv und sind auch heute in die Strukturen des *AB Mittelrhein* involviert. Lange Zeit war es in erster Linie Sven Lobeck, der nach außen einen Führungsanspruch geltend machte, doch rücken in der letzten Zeit weitere Protagonisten in den Vordergrund. Insbesondere ist dabei der 25-jährige Christian Häger zu nennen, der als Ordner auf neonazistischen Aufmärschen auftritt und dabei auch an vorderer Stelle Koordinierungsaufgaben wahrnimmt. Neben seiner Funktion als aufstrebender Neonazi-Kader ist Häger in der Region unter anderem als Schwimmtrainer beim *Turn und Sportverein Ahrweiler* aktiv. Auf der Homepage des Vereins wird seine „freundlich souveräne Art" gelobt, mit der „er auch die Kleinsten motivieren und den Spass am Schwimmen vermitteln" kann.

Wunsiedel 2004 – Heute noch im AB Mittelrhein aktiv: v.l.n.r.: David Herrmann, Alexander Herr, Christian Häger, Sven Lobeck, Andreas Wirtz

Entwarnung für Rechtsrockkonzerte?

Regelmäßig sind in neonazistischen Internetforen Berichte über Konzerte und Liederabende zu finden, die in der Region stattgefunden haben. „Da wir schon öfters im Raum Ahrweiler an Veranstaltungen teilnahmen, konnten wir uns schon denken, dass wieder alles professionell organisiert war", freuen sich die *Freien Nationalisten Euskirchen* über ein „störungsfreies Konzert" im Februar 2008. Dort traten unter anderem die RechtsRock-Bands *Sad but true* aus dem Raum Leverkusen/Solingen und *Exitus* auf. Mit letzterer existiert eine Band aus der Region Ahrweiler, deren Mitglieder aus dem direkten Umfeld des *AB Mittelrhein* stammen.

Ein weiteres Konzert verlief allerdings nicht ganz so störungsfrei. In Westum/Sinzig mietete sich ein Neonazi für den 15. November 2008 in die Stadthalle ein, um dort angeblich seinen Geburtstag zu feiern. Gegen 23 Uhr löste die Polizei die Veranstaltung mit der Begründung auf, es lägen Erkenntnisse vor, nach denen dort ein „rechtsextremistisches Konzert unter Verbreitung nationalsozialistischen Gedankenguts" stattfinden würde. Die Polizeidirektion Koblenz gab am 20. Januar 2009 in der *Rhein-Zeitung* allerdings Entwarnung für die Region: „Weit mehr als die Hälfte der rund 80 Teilnehmer stammten nicht aus dem Kreis Ahrweiler, sondern überwiegend aus Nordrhein-Westfalen". Dieses Statement ist exemplarisch für den Umgang seitens der staatlichen Behörden.

Rheinland-pfälzische Linie

Wie reagieren die Behörden auf die offensiv und selbstbewusst auftretenden Neonazis? Auf der Homepage des *Aktionsbüros Mittelrhein* werden immer wieder Berichte über Hausdurchsuchungen oder „Anquatschversuche vom Innenministerium" veröffentlicht.

Aufkleber des AB Mittelrhein

Polizei und Verfassungsschutz äußern sich im Gegensatz dazu wenig bis gar nicht zum *AB Mittelrhein*. Auch im Verfassungsschutzbericht Rheinland-Pfalz für das Jahr 2008 taucht es nur einmal auf. Und dies ausgerechnet im Bereich „Linksextremismus": „In Mülheim/Kärlich wurden von einer so genannten Initiative 'Schöner Leben ohne Nazis' Ende April 2008 in der Nachbarschaft eines Rechtsextremisten mehrere Flugblätter per Briefkasteneinwurf mit der Überschrift 'Der Nazi von Nebenan ...' verteilt, die diesen als Funktionär der NPD und Betreiber eines 'Aktionsbüro Mittelrhein' outeten. Anfang Oktober 2008 wurde das Auto derselben Person, das in der Nähe seiner Wohnung geparkt war, durch unbekannte Täter erheblich beschädigt."

Ansonsten ist dort nichts über das *AB Mittelrhein* zu finden, obwohl von den Neonazis im Jahr 2008 Aufmärsche in Bretzenheim (Nähe Mainz) und Bonn mit organisiert wurden, in den Jahren zuvor im Rhein-Lahn-Kreis (Marienfels, Nassau und Nastätten) sowie in Koblenz.

Dieses ist „Linie" in Rheinland-Pfalz. Das Problem wird systematisch heruntergespielt und verharmlost, während Polizei und Behörden sorgsam darauf bedacht sind, ihre Deutungshoheit zu bewahren. So werden in den jährlichen Verfassungsschutzstatistiken niedrige Zahlen angegeben, für das Jahr 2006 etwa die Anzahl der „überwiegend organisierten Neonazis" mit 75. Der interne Telefonverteiler des neonazistischen *Aktionsbüros Rhein-Neckar* führte jedoch just zu dieser Zeit knapp 150 Personen alleine aus der Kurpfalz und der Vorderpfalz auf.

Fragwürdiges Problembewusstsein

In der Region gibt es ein fragwürdiges Problembewusstsein: Die Behörden mit ihren Statistiken deuten „Rechtsextremismus" lediglich als ein Problem für die öffentliche Sicherheit und Ordnung.

Um die Jahreswende 2008/09 versuchten Neonazis in Remagen eine „national befreite Zone" zu schaffen, es kam vermehrt zu Übergriffen auf alternative Jugendliche. Gegen diese Zustände und die „deutliche Zunahme rechtsradikaler Aktivitäten und die erstarkende rechte Szene im Raum Remagen" organisierten engagierte Jugendliche am 14. Februar 2009 eine antifaschistische Demonstration. Die Polizei trat dieser Darstellung deutlich entgegen: Sie könne „tätliche Auseinandersetzungen nicht ausschließen", so Polizeisprecher Ralf Schomisch, es sei ihnen aber „nichts bekannt". So sei die „Rechte Szene im Kreis unauffällig" und liege „auf vergleichsweise unauffälligem Niveau, was Straftaten mit rechtsradikalem Hintergrund" anbelange. Problem hingegen sei, dass es im Sommer 2008 „Unruhe in Remagen durch Punkerszene" gegeben habe, doch „diesem Phänomen sind Polizei und Ordnungsamt gemeinsam vehement entgegengetreten, sodass recht schnell wieder Normalität hergestellt werden konnte".

Wie sehr sich die Neonazis an der Demonstration störten, zeigt sich daran, welcher Aufwand betrieben wurde, um die Demonstration zu verhindern: Jugendliche wurden bedroht, Hetzflugblätter vor Ort verteilt und Artikel unter falschen Gruppennamen auf der linken Internetplattform *indymedia* veröffentlicht, die die Mobilisierung verhindern sollten.

Ausblick

Was bleibt, ist ein ernüchterndes Fazit: Es ist nicht nur der problematische Umgang seitens der Behörden, die die Öffentlichkeit schlichtweg nicht informieren. In der Region ist auch ein Mangel an zivilgesellschaftlichen Strukturen zu beklagen, die sich kontinuierlich mit Neonazismus auseinandersetzen. Jugendliche, die diese Zustände nicht hinnehmen wollen, erhalten keine Unterstützung bei ihrem antifaschistischem Engagement. Stattdessen werden ihnen Steine in den Weg gelegt. Nicht verwunderlich also, dass sich die Neonazis in das rheinland-pfälzische Hinterland zurückziehen, wo sie ein selbstbewusstes Auftreten an den Tag legen.

Wie offensiv die Neonazis auftreten und wie sie sich selbst inszenieren, zeigt ein aktuelles Beispiel: „Alternatives und sozialkritisches Wohnprojekt in der Mitte des Ahrtal's" heisst es bei *Twitter*, einem Online-Netzwerk. Dort firmiert unter dem Label „ws_17" das „braune Haus Neuenahr". Dabei handelt es sich um ein gemietetes Wohnhaus mit Garten, das Neonazis vom *Aktionsbüro Mittelrhein* und deren Umfeld im Januar 2010 bezogen. Es ist noch zu früh, um beurteilen zu können, ob hier gerade ein neuer Kristallisationspunkt entsteht, von dem aus Impulse in die Neonazi-Szene gehen oder ob sich die Neonazis beim gemeinsamen Wohnen an inneren Konflikten wie verschiedenen Lebensweisen aufreiben. Unter den Bewohnern finden sich Neonazis, die eine veganen und drogenfreien (straight edge) Lifestyle propagieren, was schon andernorts zu szeneinternen Auseinandersetzungen geführt hat. Wie auch immer: Es deutet einiges auf weitere Aktivitäten hin: So wurde im Februar diesen Jahres „neben den Vorbereitungen für den Trauermarsch in Dresden" auch ein „Trainingsraum verputzt". ★

Zu den Autoren

Andreas Stein und **Tobias Hoff** arbeiten im *Antifaschistischen Infobüro Rhein-Main* und sind Teil des Redaktionskollektivs der gerade erschienenen Broschüre „Dunkelfeld" (siehe S. 55).

Von Joß Fritz

Im Zweifel jedenfalls nicht links

»Nation und Europa« heißt nun »Zuerst!«

Im Magazinformat ist die dritte Ausgabe des neuen „Deutschen Nachrichtenmagazins" mit dem Namen „Zuerst!" erschienen. Dieses hat unter neuer Herausgeberschaft das Erbe der ältesten Zeitschrift des neofaschistischen Spektrums, der *Nation und Europa* (N&E), angetreten. Gerne würde man im Chor der großen Nachrichtenmagazine mitsingen. Aber davon ist man, sieht man vom professionellen Outfit einmal ab, noch weit entfernt.

Zumindest in der Aufmachung unterscheidet sich *Zuerst!* mit mehr als 80 durchgehend farbigen Seiten qualitativ von *Nation und Europa*. Es ist der Versuch, eine von den Inhalten klar extrem rechte Zeitschrift im modernen Magazinstil flächendeckend am Markt zu positionieren und dabei möglichst seriös, unabhängig und anschlussfähig zu wirken.

„Eine unabhängige Stimme eines unabhängigen Journalismus" wolle *Zuerst!* sein, so Chefredakteur Dr. **Günther Deschner** im Editorial der ersten Ausgabe. Der Journalist, Jahrgang 1941, hatte in der Vergangenheit gelegentlich für *Criticon* und die *Junge Freiheit* geschrieben, wird aber nicht müde zu betonen, als „Redakteur und Ressortleiter Kulturpolitik" auch für die konservative Wochenzeitung *Die Welt* gearbeitet zu haben. *Zuerst!* werde an der „Entartung unseres politischen Systems" und „der Entmündigung des Volkes als politischer Souverän nicht mitwirken", verspricht er. Im Gegensatz zum journalistischen „Mainstream" sei *Zuerst!* aber „im Zweifel jedenfalls nicht links".

Diesen Anspruch halten die angesprochenen Themen. „Linke Gewalt. Angriff auf den Rechtsstaat" titelt die aktuelle Ausgabe anlässlich des gestoppten Neonaziaufmarsches in Dresden. „Die von Politik und Medien gelenkte mediale Wahrnehmung konzentriert sich auf vermeintliche Neonazis'", weiß das Magazin zu berichten. Auch andere von der Mini-Redaktion um Deschner und einige Autoren der *Deutschen Militärzeitschrift* angesprochene Themen wie „Von der Ausländerintegration zur Inländer-Diskriminierung", „Schutzschild für Europa: Grenzbehörde Frontex' stoppt Afrikaner-Invasion" machen schnell deutlich, wie das neue Magazin politisch zu verorten ist.

Trotzdem verfolgt man eine andere Strategie als N&E und will offenbar mehr in die politische Mitte wirken. Im Gegensatz zum Vorgänger, in dem es noch ansatzweise Strategiedebatten gab, kamen bekannte Vertreter extrem rechter Parteien und Organisationen aus Deutschland in *Zuerst!* bislang kaum zu Wort, abgesehen von einem „Besuch bei Alfred Mechtersheimer". Stattdessen zeigt man offen Sympathie für die österreichische FPÖ, deren Chef **Heinz-Christian Strache** man interviewt. Auch von den alten Autoren der N&E ist nur noch deren ehemaliger Mitherausgeber **Harald Neubauer** übrig. Es finden sich dafür Texte von und Gespräche mit Personen wie **Wilhelm Hankel**, Richter i.R. **Günter Bertram**, **Heinz Nawratil**, **Faruk Sen** oder **Thomas Paulwitz**, die bereits als Autoren oder Interviewpartner der *Jungen Freiheit* bekannt sind. Auch Ankündigungen für Treffen und Veranstaltungen der extremen Rechten, wie man sie aus N&E kannte, findet man bei *Zuerst!* nicht. Herausgeber **Dietmar Munier** ist nicht unbedingt als bewegungsorientierter Verleger bekannt. Nachdem er in den 1970er Jahren für den NPD-Jugendverband *Junge Nationaldemokraten* aktiv gewesen war, hielt er sich später aus dem Parteien-Gezänk der extremen Rechten raus. Er arbeitete stattdessen intensiv an der Vergrößerung seines Verlagsgeschäftes. Nachdem er schon vor einiger Zeit die *Deutsche Militärzeitschrift* erworben hatte, gelang ihm mit der Übernahme von *N&E* ein weiterer Fang.

Die in *Zuerst!* gesetzten Hoffungen sind groß, ob die mit einer Auflage von 86.000 Exemplaren gestartete Zeitschrift sich aber langfristig rentiert, bleibt abzuwarten. Herausgeber Munier geht soweit zu erklären, ein Erfolg eines Magazins dieser Art könne einen Stimmungswechsel herbeiführen, der dann auch die Formierung einer neuen politischen Kraft rechts der Union begünstigen könnte. Dass dieses gelingen mag, darf jedoch bezweifelt werden. ★

Aufmarsch-Splitter

16. Dezember 2009, Siegen

Einen „Gedenk- und Protestmarsch in Siegen anlässlich des alliierten Luftangriffes am 16. Dezember 1944" meldete **Sascha Maurer**, im Herbst 2009 auf der Liste der NPD in den Siegener Stadtrat gewählter Rudelführer der als Veranstalter auftretenden *Freien Nationalisten Siegerland*, für den 16. Dezember in Siegen an. Die NPD Siegen um **Stephan Flug** war erwartungsgemäß mit von der Partie. Letztendlich erschienen 130 Neonazis aus dem Kreisgebiet, dem Ruhrgebiet, dem Rhein-Sieg-Kreis sowie dem Kölner und Aachen/Dürener Raum. Begrüßt wurden auch „Kameraden" aus Rheinland-Pfalz und Hessen. Zum Mikro griffen Maurer, Flug, ein „Aktivist aus dem Kreis Recklinghausen", ein „Kamerad aus Attendorn" sowie **Axel Reitz**.

6. Februar 2010, Marl und Heinsberg-Randerath

Eine Demonstration „Todesstrafe für Kinderschänder – 0% Rückfallquote!" führten „Freie Nationalisten aus dem mittleren Ruhrgebiet unterstützt durch den Landesverband der NPD-NRW" am 6. Februar in Marl durch. Eigenangaben zufolge sollen 192 Personen, Polizeiangaben zufolge 170 Personen teilgenommen haben. Als Redner werden neben dem „Versammlungsleiter, einem Aktivisten aus dem Kreis Recklinghausen", genannt: eine „Kameradin aus Essen", ein „Aktivist des Koordinationsnetz-Ruhr-Mitte", **Axel Reitz**, ein „Aktivist aus Marl", ein „freier Nationalist aus Dortmund" sowie der Düsseldorfer **Sven Skoda**.

Demonstration am 6. Februar in Marl

„Nach der Demonstration am Samstag in Marl nutzten einige Nationalisten der 'Kameradschaft Aachener Land' (KAL) die Gelegenheit, die Bürgerproteste gegen einen anderen Kinderschänder in der Region aktiv zu unterstützen, nämlich in Heinsberg-Randerath", heißt es auf der neonazistischen Internetplattform *Altermedia*. Die *Aachener Zeitung* berichtet von 18 Neonazis, die sich an einer 40-köpfigen bürgerlichen „Mahnwache" beteiligt hätten.

20. Februar 2010, Essen

Für den 20. Februar rief die Essener NPD kurzfristig zu einer Kundgebung unter dem Motto „Höchststrafe für Sexualtäter" in der Essener Innenstadt auf. Trotz überregionaler Mobilisierung nahmen nur etwa 60 Personen teil. Als Redner traten neben dem Essener NPD-Kreisvorsitzenden **Marcel Haliti** und seinem Stellvertreter **Volker Braun** die „parteifreie" Neonazi-Aktivistin **Daniela Wegener** sowie **Markus Schumacher** von der NPD Bochum auf.

22. Februar 2010, Recklinghausen

Eine nicht öffentlich angekündigte – nach eigenen Angaben 35-köpfige – Kundgebung in der Innenstadt Recklinghausens führte am Abend des 22. Februars der *Nationale Widerstand Recklinghausen* durch. Man wolle „erneut der Islamisierung Recklinghausens entgegenzutreten." Anlass sei „eine dreitägige Werbekampagne" eines „Islamischen Vereins […], um deren Traum vom Bau einer Großmoschee wahr werden zu lassen". Ans Mikro getreten seien „eine Aktivistin aus Recklinghausen", „ein weiterer Kamerad aus dem Kreis Recklinghausen" sowie ein „Dortmunder Aktivist". Zwischendurch seien „einige Musikstücke gespielt" worden.

26., 27. und 28. März 2010, Oberhausen, Herten, Gelsenkirchen, Mülheim/Ruhr, Bochum, Essen, Duisburg (angekündigt, siehe S. 32)

Die *Bürgerbewegung pro NRW* hat für den 28. März einen „Sternmarsch" zur Merkez-Moschee in Duisburg-Marxloh angekündigt. Für den 26. März sind sechs „Mahnwachen" geplant. Um 10 Uhr werden die bereits bekannten wanderzirkusartigen Leihwagen-"Konvois" parallel in Oberhausen und Herten einfallen, um 12 Uhr sind Gelsenkirchen-Horst und Mülheim an der Ruhr an der Reihe, als Abschluss sind Essen-Katernberg und Bochum geplant. Die konkurrierende NPD möchte „am 27./28.03.2010 zwei öffentlichkeitswirksame Aktionen" in Duisburg durchführen. Am 27. ist eine Kundgebung geplant, am 28. eine Demonstration.

2. und 3. April 2010, Stolberg (angekündigt)

Unter dem Motto „Gegen Ausländergewalt und Inländerfeindlichkeit! – Mord! Trauer! Widerstand!" wollen Neonazis mit und ohne NPD-Parteibuch in Stolberg marschieren. Der Tod eines Jugendlichen im Jahr 2008 ist Anlass dieser Demonstrationen, die bis 2018 jährlich stattfinden sollen. Dieses Jahr soll es einen Fackelmarsch und einen so genannten Trauermarsch geben. Anmelder ist der Dürener NPD-Kreisvorsitzende **Ingo Haller**.

RechtsRock-Splitter

Konzerte und Liederabende

Zirka 120 Neonazis feierten am 12. Dezember 2009 vermutlich im Kreis Unna zur Musik der Bands *Libertin* (Dortmund), *Angry Bootboys* (Bielefeld/Recklinghausen), *Painful Awakening* und *Thrima* (beide Mecklenburg -Vorpommern), *Fight Tonight* (Sachsen-Anhalt) sowie des *Projekt Chaos*. „Ein sehr gutes Konzert ohne Stress und Bullen", freute sich ein Besucher.

Im Vereinsheim *Im Wiesengrund* in Dortmund-Dorstfeld fand am 9. Januar 2010 vor 200 Gästen ein Konzert mit den Bands *Angry Bootboys* (Bielefeld/ Recklinghausen), *Breakdown* aus Rheinland-Pfalz sowie *Twelve Golden Years* und *Radikahl* aus Thüringen statt. Die Polizei war zwar vor Ort, schritt aber nicht ein.

Eigentlich sollte das Konzert mit der russischen NSBM-Band *Temnozor* am 16. Januar 2010 im niederländischen Roermond stattfinden. Das dortige Jugendzentrum sagte die Show jedoch ab, als es von AntifaschistInnen auf die Inhalte der Band hingewiesen wurde. Dasselbe passsierte am Ausweichort *Pitch Black* in Niederkrüchten (Kreis Viersen). Letztendlich spielte die Band vor 100 BesucherInnen auf einem von *Blood & Honour Vlaanderen* organisiertem Konzert in Belgien, zusammen mit *Projekt Chaos* (D), *Libertin* (D), *Blind Justice* (I) und *Strijdgeest (NL)*.

Am 22. Januar veranstaltete die *Kameradschaft Hamm* einen Liederabend mit dem Duo *Bock auf Freiheit*, bestehend aus „Flex", also **Felix Benneckenstein**, und „Mopsi" aus München. Der Erlös war bestimmt für „inhaftierte Kameraden". Teile der Technik soll der *NPD-Kreisverband Unna/Hamm* zur Verfügung gestellt haben.

Am Tag darauf veranstaltete der Kameradschaftsverbund *Westfalen-Nord* seine Neujahrsfeier. Zirka 100 Personen waren gekommen, um „zwei Liedermachern" zu lauschen. Vor der Feier wurde ein Arbeitstreffen des Kameradschaftsverbundes durchgeführt.

Im Kreis Mettman fand am 6. Februar 2010 ein Liederabend mit den Bands *Mahnwache* und *Projekt Aaskereia aus Velbert* statt. Anschließend „gaben sich noch Kameraden der 'Langhaarfraktion' die Klinke in die Hand und luden auch das Publikum zum singen ein", heißt es bei *Thiazi*.

„Tolle Feier [...] ohne Bullerei und ohne Gewaltausfälle" urteilte ein Besucher über ein nach seiner Wahrnehmung 100- bis 140-köpfiges Konzert am 27. Februar in den Niederlanden. Anlass soll der Geburtstag eines Mitglieds des Veranstalters *Chaos Crew* gewesen sein. Auf der Bühne standen *Dux et Patria* aus dem Bergischen Land, *Non Plus Ultra* aus Düsseldorf, *Exitus* aus dem Raum Ahrweiler und *Devils Project* aus Stuttgart.

Ein Auftritt der beiden Black-Metal-Bands *Forgotten Tomb* (I) und *Huldrefolk* (B) für den 9. April 2010 in einem Münsteraner Club wurde abgesagt, da den Bands Verbindungen in die extreme Rechte nachgewiesen werden konnten. Vor allem die flämisch-nationalistischen *Huldrefolk* haben mehrfach mit RAC-Bands gespielt. Ein Konzert mit *Absurd* und *Huldrefolk* am 7. Juni 2008 wurde sogar von *Blood & Honour Vlaanderen* organisiert. Zudem finden sich Verbindungen von Bandmitgliedern zu der neofaschistischen Organisation *Nieuw Solidaristisch Alternatief*. Der Veranstalter **Igor Ryvkin** von *Fucking Booking* aus Dortmund hat die Show nun in den Oberhausener *Helvete Club* verlegt. Kritik weist er von sich: „Fucking Booking kümmert sich nicht um eure politischen Ideale!" Ein ausführliches Dossier zum Thema findet sich auf *muenster.antifa.net/al*.

Dux et Patria aus dem Bergischen Land stand am 27. Februar auf der Bühne

Neue CDs

Im Dezember 2009 erschien die CD „Gutmensch" der *Weissen Wölfe*. Hatte die Band zuletzt noch versucht, sich bei den „Autonomen Nationalisten" beliebt zu lassen, findet sich auf dieser bei *Front Records* erschienenen CD mit dem Lied „Skinheads Sauerland" wieder ein Bekenntnis zum Glatzenkult.

Ebenfalls im Dezember erschien beim Label *White Noise* eine Doppel-CD der Band *Extressiv* aus dem Ruhrgebiet und dem Münsterland. Titel: „Wir für euch – ihr für uns".

Anlässlich ihres zehnjährigen Bestehens veröffentlichte die aus dem Rhein-Sieg-Kreis kommende RechtsRock-Band *Halgadom* auf dem hauseigenen Label *Sonnenkreuz* das Album „Wille : Tatkraft : Potential". Nach einem Ausflug in den Neofolk spielt die Band hier wieder Metal.

Parteien-Splitter

NPD

» **Angedockt: Werner Keweloh**, bisher eher publizistisch und in der Bildungsarbeit extrem rechter Gruppen aktiv, hat Anfang Dezember eine neue parteipolitische Heimat gefunden. Der „in nationalen Zusammenhängen geschätzte Autor und Referent" werde künftig die Reihen der NPD im Rhein-Sieg-Kreis stärken, teilte der vom Kreistagsabgeordneten **Stephan Meise** geleitete Kreisverband mit. Der Diplom-Politologe und Ethnologe Keweloh ist einer der Sprecher des *Akademiekreises*, eines rechtsaußen angesiedelten Diskussionszirkels.

» **Angeklagt:** Wegen des Verdachts des Betruges und des Verstoßes gegen das Parteiengesetz hat die Staatsanwaltschaft Münster im Dezember erneut Anklage gegen den ehemaligen NPD-Schatzmeister **Erwin Kemna** erhoben. Experten des Landeskriminalamtes hatten die Rechenschaftsberichte der NPD für die Jahren 2002 bis 2006 überprüft. „Die Ermittlungen haben ergeben, dass in allen Rechenschaftsberichten Einnahmen von Spenden und Mitgliedsbeiträgen deutlich überhöht dargestellt wurden", hieß es in einer Pressemitteilung der Staatsanwaltschaft. Insgesamt seien 869.749,95 Euro zu Unrecht als zuschussfähige Einnahmen angegeben worden. In der Folge zahlte der Bundestag aus der staatlichen Parteienfinanzierung 271.446,77 Euro zu viel an die NPD.

» **Angezählt: Holger Wilke**, NPD-Stadtverordneter in Erkelenz, wurde Ende Dezember vom Landesvorstand seiner Partei öffentlich gerüffelt. Er wäre „gut beraten sich in Zukunft im Rat für die Interessen der Deutschen in seiner Stadt einsetzen", belehrte ihn **Matthias Pohl**, der „Schulungsleiter" der NPD in Nordrhein-Westfalen. Bei Pohl stieß auf schroffe Ablehnung, dass Wilke am 9. November an einer Gedenkfeier zum Jahrestag der Pogromnacht des Jahres 1938 teilnahm und sich anschließend gar in einem Schreiben an den Bürgermeister für optische Verbesserungen auf dem jüdischen Friedhof der Stadt und für ein würdigeres Gedenken einsetzte. „Wir Nationaldemokraten nehmen diese Anfrage mit Befremden zur Kenntnis", hieß es in einer Erklärung Pohls, die von der NPD unter der Überschrift „Wir Nationaldemokraten fühlen uns nur den Interessen der Deutschen verpflichtet" veröffentlicht wurde.

» **Vorgeschlagen: Marcel Haliti**, Stadtrat und Kreisvorsitzender der NPD in Essen soll bei der Landtagswahl als Direktkandidat im Wahlkreis Essen I – Mülheim II antreten. In Oberhausen I soll der lokale Kreisvorsitzende **Wolfgang Duda** auf den Stimmzetteln stehen. Für Oberhausen II – Wesel I wurde **Heiko Gomoluch** nominiert. **Dieter Schulz** soll im Wahlkreis Ennepe-Ruhr-Kreis II antreten. **Thorsten Crämer** ist als Direktkandidat im Wahlkreis Ennepe-Ruhr-Kreis I vorgesehen. Stadtrat **Michael Schnorr** wurde für Wuppertal I nominiert. Der Kreis- und Landesvorsitzende **Claus Cremer** soll im Wahlkreis Bochum III – Herne II antreten. In Bochum I ist **Andre Zimmer** als Kandidat vorgesehen, in Bochum II **Markus Schumacher**. Für Herne I wurde **Bernhard Adamek** nominiert.

» **Reitzthema:** Die Nähe, die vor allem die Kreisverbände Düren und Siegen zu **Axel Reitz** suchen, gefällt nicht jedem NPD-Funktionär. Landesorganisationsleiter **Timo Pradel** distanzierte sich von Reitz. Nachdem in einem extrem rechten Internetforum dessen Kandidatur bei der Landtagswahl im Mai – Reitz tritt in einem Wahlkreis in Siegen-Wittgenstein an – immer wieder als Beispiel für die „Rückständigkeit" und „Politikunfähigkeit" der NRW-NPD angeführt worden war, betonte Pradel, für die Nominierung von Direktkandidaten seien ausschließlich die Kreisverbände verantwortlich. „Wie lange wollt Ihr noch den NPD-Landesverband NRW mit seinen gut 800 Mitgliedern auf ein Nichtmitglied Namens A. Reitz reduzieren? Mag sein, daß es in NRW

Landtagskandidat Thorsten Crämer (mitte)

einzelne Verbände gibt, welche mit A. Reitz sympathisieren. Dies trifft aber keineswegs auf den Landesverband in seiner Gesamtheit zu." Den Ton verschärfte **Thorsten Crämer** aus Schwelm, Kreistagsmitglied im Ennepe-Ruhr-Kreis und Vorstandsmitglied des dortigen Kreisverbandes. Er rechnete Reitz zu der Kategorie der „Verrückten und krankhaften Selbstdarsteller, Kostümfetischisten und Sektierer". Doch seine Freunde halten zu Reitz. **Ingo Haller** ließ ihn im Februar als Gastredner bei der Jahreshauptversammlung seines Dürener Kreisverbandes gegen die „bürgerlichen Kräfte" und „auf Augenblickserfolge fixierte Reaktionäre" innerhalb der Partei wettern.

» **Eingenistet?** Die Dürener NPD hat angedroht, eine Kneipe im Stadtteil Merken kaufen oder pachten zu wollen, um dort ein „Nationales Zentrum" einzurichten. Um dies zu verhindern, sicherte sich die Stadt ein Vorkaufsrecht. Die Schlagzeilen waren der Dürener NPD aber schon einmal gewiss. Der NPD-Landesverband teilte mit, noch im Februar werde auch „in Südwestfalen" ein „Parteibüro" eröffnet.

pro NRW

» **Bestätigt:** Bei einer „Bundesversammlung" der *Bürgerbewegung pro Deutschland* Anfang Dezember in Berlin wurde der Kölner *pro*-Multifunktionär **Manfred Rouhs** als Vorsitzender in seinem Amt bestätigt. Dem Vorstand gehören weitere Mitglieder aus Nordrhein-Westfalen an: Prof. Dr. **Tilmann Reichelt** aus Bonn bleibt Bundesschatzmeister, **Regina Wilden** aus Köln Bundesschriftführerin. Als Beisitzer fungierten unter anderem **Friedrich Löffler** aus Bonn, als Beisitzerin **Charlotte Piachnow** aus Köln.

» **Vorgeschlagen:** Inzwischen hat *pro NRW* in etwa die Hälfte der Wahlkreise zur Landtagswahl Direktkandidaten und -kandidatinnen nominiert. Seit Redaktionsschluss der LOTTA #37 kamen hinzu: Aachen III: **Eberhard Stolz**, Düren I: **Angelika Raue**, Düren II – Euskirchen II: **Alexander Weigandt**, Wuppertal III – Solingen II: **Frank Borgmann**, Solingen I: **Tobias Nass**, Oberhausen II – Wesel I: **Heinz Friedrich**, Wesel II: **Stephan Plathner**, Wesel III: **Norman Verschitz**, Wesel IV: **Ralph Petry**, Duisburg I: **Erich Christ**, Duisburg II: **Peter Klein**, Duisburg III: **Peter Gessner**, Duisburg IV: **Susanne Kutzner**, Münster I: **Klaus Opus**, Münster II: **Manfred Eckstein**, Minden-Lübbecke I: **Anita Schlüter**, Minden-Lübbecke II: **Klaus Bünte**.

» **Import: Andreas Glarner** von der *Schweizerischen Volkspartei* (SVP) hat seinen Beitritt zu *pro Köln* verkündet, nachdem die *pro*-Gruppierungen eine Kopie der Schweizer Anti-Minarett-Kampagne in NRW angekündigt hatten.

» **Von REP zu pro:** Ex-*Republikaner* **Wolfgang Schulz**, Stadtratsmitglied in Hagen, will als neues *pro*-Mitglied den südwestfälischen Raum organisieren. Schulz treibt damit einen weiteren Keil in seine alte Partei, in der es große Konflikte um die Frage einer Zusammenarbeit mit *pro* gibt. Von den *Republikanern* kam auch **Peter Franke**, der von *pro NRW* als neuer Kreisbeauftragter in Minden-Lübbecke vorgestellt wurde.

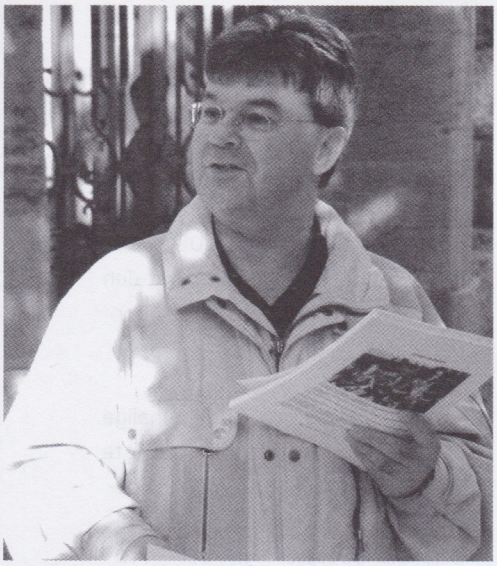
» **Von der NPD zu pro:** Als *pro NRW*-Kreisvorsitzender in Solingen fungiert **Tobias Nass**. Er versuchte bei der Landtagswahl 2005 sein Glück als NPD-Kandidat in Leverkusen.

» **Von der CDU zu pro: Peter Klein**, ehemals Beisitzer im Ortsverband Ruhrort der Duisburger CDU, ist zu *pro NRW* übergetreten und hat den Vorsitz des Kreisverbandes übernommen.

» **Von „Grün" zu pro:** Der ehemalige Kurzzeit-Bundestagsabgeordnete **Torsten Lange** ist *pro NRW* beigetreten. Er fungierte laut Parteiangaben als „Berater" in der „Programmkommission" für die Landtagswahl. Von 1985 bis 1987 saß Lange für die *Grünen* im Bonner Parlament. Seither machte er sich mehr oder weniger kontinuierlich auf den Weg nach rechts, wo er jetzt definitiv angekommen ist.

» **Austausch:** *Pro NRW*-Chef **Markus Beisicht** buhlt weiter um Teile der *Republikaner*. Beim Neujahrsempfang der REP-Fraktion im Mainzer Stadtrat betonte er, dass „ein weiteres Gegen- und Nebeneinander verschiedener islamkritischer, rechtspopulistischer bzw. konservativer Gruppierungen Wahnsinn wäre". Im Gegenzug durfte der REP-Fraktionsvorsitzende **Stephan Stritter** beim Neujahrsempfang von *pro Köln* sprechen.

» **Abgang: Dieter Danielzick**, bis zum Sommer 2009 stellvertretender Vorsitzender von *pro NRW* und jetzt als Parteiloser für die *Deutsche Partei* aktiv, schickte verspätete Liebesgrüße an seinen alten Chef **Markus Beisicht**. Bei *pro* zähle „nur eine Meinung, und dass ist die des Parteivorsitzenden", blickte er zurück. Als Vorstandsmitglied habe man lediglich „eine Statistenrolle". In der Partei seien nur „Abnicker" gefragt. Wirklich zählen würden nur Beisicht, die Kölner Fraktionsvorsitzende **Judith Wolter**, *pro NRW*-Generalsekretär **Markus Wiener** und „dreimal Schöppe" – gemeint sind **Daniel**,



pro DVU: Max Branghofer wiedergewählt

Bernd und **Martin Schöppe**. Danielzick: „Alle anderen sind nur Wasserträger, die je nach bedarf ausgetauscht werden."

REP

» **Kein Kuschler:** Freunde werden der *Republikaner*-Vorsitzende **Rolf Schlierer** und die Führungsriege von *pro NRW* wohl nicht mehr. Mitte Dezember wies das REP-Präsidium „Anbiederungs- und Umarmungsversuche" von *pro Köln* bzw. *pro NRW* zurück. Und der Chef persönlich erklärte: „Mit uns gibt es kein Kuscheln in braunen Ecken." Nachdem eine gefälschte Erklärung über seinen Rückzug von der Parteispitze an die Medien verbreitet worden war, legte Schlierer nach und sprach von einer „kriminellen Aktion, deren Drahtzieher man wohl am Rhein suchen darf". Ende Januar schließlich, beim Neujahrsempfang der nordrhein-westfälischen *Republikaner* in Dortmund, machte er deutlich, dass er – ohne direkt deren Namen zu nennen – die beiden *pro*-Spitzenfunktionäre **Markus Beisicht** und **Manfred Rouhs** für Intriganten hält, die schon vor eineinhalb Jahrzehnten mit Falschmeldungen gegen ihn bzw. die Parteispitze operiert hätten. „Mit solchen Leuten, die mit solchen Methoden arbeiten, möchte ich nichts zu tun haben", erteilte er allen Überlegungen, mit *pro NRW* zu kooperieren, eine Absage.

» **Kuschler: Ulrich Manes**, Kreistagsmitglied in Minden-Lübbecke und stellvertretender Landesvorsitzende der *Republikaner*, war mit von der Partei, als *pro NRW* am 10. Februar in Minden eine Veranstaltung zum Wahlkampfauftakt in Ostwestfalen organisierte. Manes wird dem Lager der Gegner von Parteichef **Rolf Schlierer** und seiner Stellvertreterin **Ursula Winkelsett** (Senden) zugerechnet.

DVU

» **Gericht:** Sorge um sein Ratsmandat hatte DVU-Stadtrat **Max Branghofer**, als die Dortmunder Stadtvertretung im Dezember beschloss, die Kommunalwahl zu wiederholen. Branghofer legte – wie ein knappes Dutzend SPD-Ratsmitglieder – Klage gegen die Wiederholung der Wahl zur Stadtvertretung ein. Nun wird erst einmal lediglich über den Oberbürgermeister neu abgestimmt.

» **Gewählt:** Bei einem Landesparteitag wurde **Max Branghofer** am 21. Februar als Vorsitzender wiedergewählt. „Ehrengast" war wieder einmal **Hajo Herrmann**.

» **Gerücht:** NPD-Funktionär **Thorsten Crämer** schürt seit Wochen Zweifel, ob **Max Branghofer** seiner Partei noch lange treu sein werde. Er liebäugele mit einem Wechsel zu *pro NRW*, meint Crämer: „Das Einzige, was Branghofer und seine Freunde davon abhält, schon jetzt ‚bürgerbewegt' zu werden, ist die Unmöglichkeit eines Wiederantritts bei der Wiederholungswahl unter anderem Namen." Wie sehr er bereits mit dem „sinkenden Schiff der Bundes-DVU abgeschlossen" habe, zeige sich daran, dass er im Kommunalwahlkampf „ungeniert" *pro*-Flugblätter übernommen habe: „Nur das abgewandelte NRW-Wappen hat man alibihalber durch den Adler der ehem. freien Reichsstadt Dortmund ersetzt."

Deutsche Partei

» **Erwacht:** Aus einem jahrelangen tiefen Schlummer ist die *Deutsche Partei* in NRW erwacht – und will gleich an der Landtagswahl teilnehmen. Besser: Sie muss daran teilnehmen, denn nur so kann sie ihren Status als politische Partei erhalten. Tritt eine Partei sechs Jahre lang nicht zu Bundes- oder Landtagswahlen an, verliert sie diesen Status. Diese Frist läuft in diesem Jahr für die DP ab. Als Landesvorsitzender wurde Ende Januar der Bochumer **Michael Fischer** gewählt. Er wird auch „Spitzenkandidat" seiner Partei sein, sollte sie die für die Landesliste erforderlichen 1.000 Unterstützungsunterschriften sammeln können. Auf Platz 2 der Liste ist **Dieter Danielzick** zu finden, Ex-*Republikaner*-, Ex-*Ab jetzt...*- und Ex-*pro NRW*-Mitglied. Fischer soll als Direktkandidat im Wahlkreis Bochum III – Herne II antreten, Danielzick im Wahlkreis Rhein-Sieg-Kreis IV.

Ab jetzt...

» **Rückwärts nimmer:** Die vom Siegburger Kreistags- und Stadtratsmitglied Helmut Fleck geführte Kleinstpartei *Ab jetzt... – Bündnis für Deutschland, für Demokratie durch Volksabstimmung* will zur Landtagswahl mit einer Landesliste und vier Direktkandidaten im Rhein-Sieg-Kreis antreten.

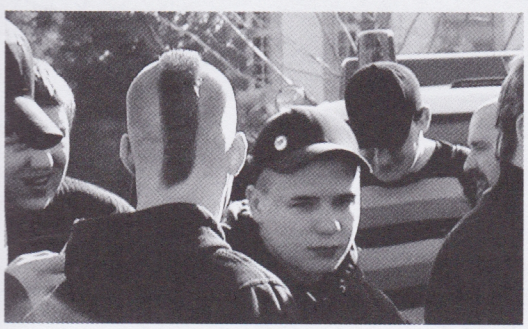
Kurzberichte

Fakten, Fakten, Fakten aus NRW

Nationale Kinderschänder im Rhein-Sieg-Kreis

Gleich zwei Akteure aus der extremen Rechten im Rhein-Sieg-Kreis fielen in letzter Zeit durch sexuelle Straftaten gegen Kinder bzw. Jugendliche auf. Gegen den Ex-NPD-Kreistagsabgeordneten **Dominique David Oster** aus Siegburg stand zudem Anfang Februar ein Prozess wegen des Besitzes von kinderpornografischem Material an. Da gegen den bekennenden Pädophilen Oster im April vor dem Bonner Landgericht u.a. wegen des Verdachts auf vielfachen schweren sexuellen Missbrauchs einer Vierjährigen verhandelt wird und er sich seinem damaligen Opfer erneut genähert haben soll, wurde er vor dem Prozess in Haft genommen.

Der 20-jährige NPD-Kandidat und Kopf der *AG Windeck*, **Alex Simon Kerper**, der am 21. März 2009 noch in Heinsberg-Randerath mit anderen Neonazis gegen Kinderschänder demonstrierte, wurde bereits im Vorjahr zu einer zweijährigen Bewährungsstrafe wegen Vergewaltigung einer 15-Jährigen verurteilt. Wegen gefährlicher Körperverletzung im Februar 2010 erneut vor Gericht, wurden beide Strafen zu einer insgesamt zweieinhalbjährigen Freiheitsstrafe summiert. Das Urteil ist aber noch nicht rechtskräftig. Auf den Seiten der *AG Windeck* äußert sich Kerper unter seinem Pseudonym „Mümmes": „Es ist für mich sehr enttäuschend, dass meine persönlichen Umstände, insbesondere die erfolgreiche Therapie, so wie die erfolgreiche Teilnahme an einem so genannten 'Anti-Gewalt-Training' bei Gericht keine Würdigung finden konnten. Trotzdem werde ich beide Maßnahmen weiterführen und für mein Recht kämpfen."



Alex Simon Kerper auf einer „Todesstrafe für Kinderschänder"-Demo in Heinsberg

Nix gemerkt

Der Bürgermeister der Kleinstadt Steinheim in Ostwestfalen, **Joachim Franzke** (CDU), geriet im Februar in die Kritik, weil er zwei Mitglieder der neonazistischen *Freien Kameradschaft Höxter* zum Gespräch empfangen und sogar zum runden Tisch der lokalen Ordnungspartnerschaft eingeladen hatte. Wochenlang verweigerte er sich Medienanfragen. Dann erklärte er schließlich, „eine politische Ausrichtung" seiner beiden Besucher sei „nicht erkennbar" gewesen. Auch bei der Gesprächsrunde im Rahmen der Ordnungspartnerschaft habe es „rechtsradikale Parolen in meiner Gegenwart zu keiner Zeit gegeben". Andere hatten das Treffen anders in Erinnerung. „Wir waren völlig perplex", zitierte die *Neue Westfälische* einen aus der Runde, befragt nach der Reaktion auf das Auftauchen der Neonazis: „Einige Anwesende, darunter vor allem die Polizei, hätten protestiert, doch dann habe man die braunen Parolen über sich ergehen lassen." Inzwischen herrscht wieder Burgfrieden im kleinen Städtchen Steinheim. Alle Ratsfraktionen beschlossen eine Erklärung „Steinheimer Politiker gegen Rechtsradikalismus". Angenehmer Nebeneffekt für das Stadtoberhaupt: Die Beantwortung einiger peinlicher Fragen blieb ihm erspart.

Neonazis in Unna drohen mit »maximalen Konsequenzen«

Im neuen Jahr haben Neonazis in Unna erneut mehrere Sachbeschädigungen begangen: So wurden die Parteibüros der *Linken* und der GAL sowie die Gebäude des Lokalradios und einer Zeitung beschmiert. Zwei Wochen später wurden dann Pflastersteine auf die Büros von SPD und GAL/*Die Linke* in Kamen geworfen. Die Angriffe können als Reaktion auf mehrere Outings von ansässigen Neonazis gedeutet werden. Auf seiner Internetseite schrieb das *Freie Netz Unna*, die AntifaschistInnen trügen selbst daran Schuld, „dass es in Unna auch bald linke Gedenkdemos geben wird, die unantastbare Konsequenz war schon seit jeher Markenzeichen der Nationalsozialisten". Bereits im Dezember hatte die Gruppe den Aufbau „national befreiter Zonen" gefordert. Die angekündigte „kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit mit propagandistischen Mitteln" beschränkte sich aber auf Hakenkreuz-Schmierereien im Wohnumfeld der „Kameraden".

GDF-Veranstaltung in Mettmann

Die *Gemeinschaft Deutscher Frauen* (GDF) veranstaltete am 5. Dezember in der Party-Location *Lounge Deluxe* in Mettmann ihren „Tag der Generationen". An der Veranstaltung nahmen etwa 50 BesucherInnen teil, die laut einem Internetbericht „Lieder gesungen, Gedichte vorgetragen und Feldpost aus dem Krieg verlesen" hätten. Zudem berichteten Zeitzeuginnen über die große Bedeutung der Familie. Neben Würstchen sollen auch „Thorhämmer und Männchen aus Lebkuchen" angeboten worden sein.

Rückwärtsgewandte »Klugscheißereien«

Björn Clemens, Rechtsanwalt aus Düsseldorf, hatte beim gescheiterten Neonazi-Aufmarsch am 13. Februar in Dresden mal wieder einen größeren Auftritt. Während sich die Neonazis vor dem Bahnhof der Neustadt die Beine in den Bau standen, trat er ans Mikrofon und polterte los. Zitiert nach der Internetseite der neurechten Zeitschrift *Sezession* klang das ungefähr so: „Daß der Holocaust eine Zivilreligion geworden sei, und wie bitter das ihm, Björn Clemens, der keinesfalls den Holocaust leugnen oder beschönigen wolle, aufstoße. Holocaust, Holocaust, von morgens bis abends schalle ihm das um die Ohren. Horst Mahler müsse für eine Meinung elf Jahre im Gefängnis schmoren; das schaffe kein Messerstecher. ‚Freiheit für Horst Mahler!' donnert Clemens." In den Tagen zuvor hatte sich der stellvertretende Bundesvorsitzende der *Landsmannschaft Ostdeutschland* der Kritik eines *Sezessions*-Autors an der alljährlichen Neonaziveranstaltung in der sächsischen Landeshauptstadt erwehren müssen. In einer ersten Reaktion Kritik nannte er diese „anscheinskohnservative Klugscheißereien". In der zweiten Fassung seiner Erklärung drückte er sich gewählter aus. Er rechnete den *Sezessions*-Autor den „rückwärtsgewandten Konservativen" zu. Zu denen fällt ihm ein: „Sollen sie ruhig ihren vornehmen Hintern hinter dem warmen Ofen halten und vom guten alten Kaiser Wilhelm träumen. Die Wiederaufrichtung Deutschlands geschieht an anderer Stelle." In Dresden am 13. Februar 2010 aber nicht. (ts)

Beleidigt: Björn Clemens

Neuauflage

Neonazis rund um **Christian Malcoci** (46) versuchen sich offenbar noch einmal als Herausgeber einer „Zeitschrift" mit hohen Ansprüchen. Das Ergebnis ist aber dürftig.

Das als „nationale und sozialistische elektronische Zeitschrift" im Internet veröffentlichte pdf-Dokument will an eine lange Tradition anknüpfen. *Schwarze Fahne* nennt es sich im Titel. Und im Untertitel folgen zwei ausdrücklich Kontinuität suggerierenden Hinweise. „Seit 1988", heißt es dort zum einen, „Nr. 4 – Januar 2010" zum anderen.

Tatsächlich erschienen zwischen Juni 1988 und November 1988 drei Ausgaben des Blättchens *Schwarze Fahne*, das sich vorwiegend an Neonazis in NRW richtete, die nicht bei der NPD Unterschlupf gefunden hatten. „Eine neue politische Qualität" verspricht sich der Autor „Nosferatu" – ein Pseudonym, das in der Vergangenheit Malcoci verwendete – großspurig durch die (Neu-)Herausgabe der *Schwarzen Fahne*. Ein „altes Schlachtroß radikaler Politik" werde damit „wieder in den Kampf geworfen" und künftig „in unregelmäßigen Zeitabständen als elektronische pdf-Datei" erscheinen. „Dringend notwendig" sei es, „auch auf theoretischer und grundsatzpolitischer Ebene ein hohes Niveau zu erreichen, um unsere Bewegung besser weiterbringen zu können".

Von „Theorie", „Grundsatzpolitik" und „hohem Niveau" ist freilich auf den folgenden gerade einmal knapp viereinhalb pdf-Seiten wenig zu spüren. Malcoci macht unter der Überschrift „22 Jahre freie Autonome Nationale Sozialisten – Die Strömung ist älter als gedacht" **Christian Worch** und **Thomas Wulff** die Urheberschaft am Konzept der Neonazi-"Kameradschaften" bzw. der „Freien Nationalisten" streitig: „Mit der Verbreitung der ersten Ausgabe der 'Schwarzen Fahne' im Juni 1988 fiel der Startschuß zur systematischen Ausbreitung der Autonomen Nationalen Sozialisten." Sogar „National befreite Zonen" wurden demnach eingerichtet, lange bevor das Konzept dafür entstand: In den von Wittener Neonazis „dominierten Stadtteilen fanden nächtliche Kontrollen statt, so daß schon damals für linke Gewalttäter sogenannte ‚No-go-Areas' entstanden". Bei den heutigen „Autonomen Nationalisten" handele es sich schließlich „keineswegs um eine neumodische vergängliche Erscheinung, sondern um eine traditionsreiche Strömung", resümiert Malcoci im Rückblick. (ts)

Vor Gericht

Zu sechs Jahren Haft verurteilte das Landgericht Wuppertal am 20. Januar den 34-jährigen Neonazi **Gordon Bieberger** wegen gefährlicher Körperverletzung, ein Mittäter kassierte acht Monate auf Bewährung. Bieberger hatte im November 2008 einen 20-Jährigen im Bahnhof Wuppertal-Steinbeck schwer verletzt. Unter anderem hatte er seinen Kopf auf den Bahnsteig geschlagen. Der 20-Jährige erlitt einen Schädelbasisbruch, musste fünf Stunden lang operiert werden und trägt seither Metallklammern im Kopf. B. hat bereits acht Jahre Haft abgesessen, verurteilt wegen Körperverletzung und Totschlags: Mit einer Skindheadclique hatte er in Duisburg einen Mann tot geschlagen.

Das Dortmunder Amtsgericht verurteilte am 1. Dezember 2009 einen 22-Jährigen, der an den Neonazi-Krawallen am 1. Mai in Dortmund beteiligt war, zu einer Haftstrafe von einem Jahr. Schwerer Landfriedensbruch, Widerstand, Sachbeschädigung und Verstoß gegen das Versammlungsgesetz war ihm vorgeworfen worden. Der damalige Einsatzleiter der Polizei sagte in dem Prozess über den 1. Mai 2009 in Dortmund: „Ich bin schon länger Polizist. So einen Hass, so eine Gewalt habe ich noch nie erlebt."

Ende Januar wurde ein anderer 22-Jähriger wegen versuchter gefährlicher Körperverletzung zu einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten mit Bewährung verurteilt. Er hatte am 1. Mai auf dem Ostenhellweg/Ecke Stefanstraße einen Pflasterstein gegen einen Polizisten geworfen.

2.800 Euro Geldstrafe (80 Tagessätze à 35 Euro) und 800 Euro Schmerzensgeld muss **Andre Brandt** nach einer Prügelattacke zahlen. Dies entschied das Dortmunder Amtsgericht kurz vor Weihnachten. Der 31-jährige Neonazi hatte einen Tag vor der „Antikriegstags"-Demonstration 2008 einem Neonazi-Gegner die Nase gebrochen.

Screenshots des Videos auf RuTube

Horst Wessel gedacht und Friedhof geschändet

Zum Gedenken an den „unvergessenen SA- Sturmführer" **Horst Wessel** trafen sich Neonazis aus der Region – nach eigenen Angaben knapp 40 – am Abend des 23. Februar in der Nähe von Ahlen. Mit Hakenkreuzfahne und Fackeln ausgestattet, zogen sie zu einem „Gedenkplatz", wo zwei Redner aus Ahlen und Unna sprachen. „Man schritt mit der immer noch hoch im Wind flatternden Fahne, welche unser heiliges Symbol beinhaltete, zum Ausgangspunkt, aus den Kehlen der 40 jungen Deutschen ertönte das verbotene Horst Wessel-Lied", berichtete ein Teilnehmer aus Unna, der schon auf der Hinfahrt nach Ahlen das Wasser kaum halten konnte: „Ich war aufgeregt und gespannt, trotz Angst vor großer Repression durch den Staat ging es am frühen Abend los Richtung Ahlen, der ersten judenfreien Stadt im Deutschen Reich. Schon im Zug überkam mich ein Gefühl des Stolzes und der Ehre, sowie der Erfurcht, Erfurcht vor dem Wirken eines Mannes, welcher sein ganzes Leben, wohlwissend, mögliches Opfer roter Mörderhand zu werden, dem deutschen Volk und der deutschen Nation diente."

Nach Angaben der *Antifa Hamm* wurden in der Nacht auf den 23. Februar mehrere Grabsteine auf dem jüdischen Friedhof in Hamm mit Hakenkreuzen und „Juden raus" beschmiert. Am Parteibüro der *Linken* wurde in der selben grünen Farbe „Mord an Horst Wessel" gesprüht.

Südtirol-Bomber im Integrationsbeirat

Ausgerechnet der in Italien zu lebenslanger Haft verurteilte Südtirol-Aktivist **Erhard Hartung** ist in den Integrationsbeirat der Stadt Meerbusch gewählt worden. Hartung soll in den 1960er Jahren an einem Sprengstoffanschlag beteiligt gewesen sein, bei dem vier Menschen starben. Ziel der Terroraktionen war die Abtrennung Südtirols von Italien und die Angliederung an Österreich. Der 67-jährige Hartung arbeitete bis zu seiner Pensionierung fast 40 Jahre lang als Anästhesist an der Düsseldorfer Universitätsklinik. In Meerbusch gehörte er laut *Rheinischer Post* dem Vorstand des Fördervereins des Meerbusch-Gymnasiums an und war einer der Begründer der lokalen Hospizbewegung. Er wurde nicht an Italien ausgeliefert und ist bis heute in Kreisen aktiv, die sich für die Abtrennung Südtirols von Italien einsetzen. Noch vor drei Jahren sprach er öffentlich von einer „bestehenden Fremdbesetzung Südtirols". In der Vergangenheit hielt Hartung unter anderem Kontakt zu dem Gründer der *Nationaldemokratischen Partei Österreichs* (NDP); sie ähnelte der deutschen NPD und wurde 1988 wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung verboten.

Von Markus End

Antiziganismus

Die Diskriminierung und Verfolgung von Sinti und Roma

Antiziganismus, eine relativ neue Wortschöpfung, stellt den Versuch dar, ein kompliziertes Phänomen zu bezeichnen, das schon sehr viel älter ist als der Begriff: die stereotype Konstruktion von „Zigeunern" durch die Mehrheitsgesellschaften, denen bestimmte – zumeist negativ konnotierte – Eigenschaften und Merkmale zugeschrieben werden, einhergehend mit einer Diskriminierung und Verfolgung von Menschen – zumeist Roma – als „Zigeuner".

Als eines der ersten Ereignisse, die als Antiziganismus bezeichnet werden können, wird meist ein Beschluss des Reichstages des Heiligen Römischen Reichs in Freiburg von 1498 genannt. Der Reichstag beschloss damals, „die Zigeuner" aufgrund vermeintlicher Spionage für „die Türken", mit denen zu dieser Zeit Krieg geführt wurde, für vogelfrei zu erklären. Auch aus dem Osmanischen Reich sind für diese Zeit Vorurteile über „Zigeuner" und Sondergesetze nachweisbar.

Spätestens seit dem 15. Jahrhundert also wurden Menschen in ganz Europa immer wieder auf verschiedenste Art und Weise als „Zigeuner" diskriminiert und verfolgt. Dabei reichten die Strategien und Praktiken von einer zeitweisen Duldung der „Fremden" über Ausweisungen bis hin zu regelrechten Menschenjagden. Sie werden als Antiziganismus zusammengefasst, weil Menschen als „Zigeuner" verfolgt wurden und häufig auch die Begründungen und die Inhalte der Vorurteile sehr ähnlich waren.

Antiziganismus ist also ein Phänomen, das sich seit über 500 Jahren vom Osmanischen Reich bis auf die Britischen Inseln in ähnlichen Grundformen manifestiert. Zentral sind dabei Vorwürfe der „Arbeitsscheue" (daraus folgen Vorurteile wie „Betteln", „Betrug" und „Diebstahl"), des „Nomadentums" (daraus leiten sich „Heimatlosigkeit", „Umherziehen" und die „Spionage" ab) und der „Primitivität" (mit der „ungezügelte Sexualität" und „Triebhaftigkeit", der Fokus auf „Kindlichkeit" und der Vorwurf, „schmutzig" zu sein, zusammenhängen). Daneben gibt es noch eine ganze Reihe weiterer Vorurteile, die – je nach Kontext, Interesse oder Bedürfnis der Vorurteilenden – genannt werden. Entgegen diesen Negativbewertungen entstand mit dem Einsetzen der literarischen Romantik im 18. Jahrhundert auch das Bild des „freien", „ungebundenen", „lebenslustigen" „Zigeuners", der „am Lagerfeuer" sitzt, „Geige spielt", „tanzt", „aus der Hand liest" und einfach „in den Tag hinein lebt". Diese romantisierenden Bilder stellen allerdings nur die positiv gewendete Kehrseite des gleichen Ressentiments dar und sind somit ebenso als antiziganistisch zu bezeichnen.

Die 1950er Jahre in der BRD: „Zweite Verfolgung"

Die Verfolgung und Vernichtung von Roma, Sinti und anderen Gruppen im NS stellt den Höhepunkt der Verfolgung von Menschen als „Zigeuner" dar. Gleichzeitig wird sie bis heute in der Geschichtsschreibung des Holocaust lediglich am Rande behandelt. Und das, obwohl davon ausgegangen wird, dass zirka 500.000 als „Zigeuner" verfolgte Menschen ermordet wurden. Ungezählte weitere wurden Opfer von Zwangssterilisierungen, Deportationen und Lagerhaft.

Die Ignoranz gegenüber der Massenvernichtung der Roma und Sinti durch die Deutschen und ihre HelferInnen in der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte verdeutlicht besonders eindrücklich das weitreichende Fortwirken des Antiziganismus in der BRD. Anstatt das Ressentiment gegenüber „Zigeunern" zu ächten und somit den vorherrschenden Bildern der

Mehrheitsbevölkerung entgegenzuwirken, führten Legislative, Exekutive und Judikative die Ausgrenzung und Stigmatisierung fort. Drei Beispiele: 1953 wurde in Bayern eine „Landfahrerordnung" beschlossen, die wesentliche Elemente des 1926 beschlossenen Gesetzes „zur Bekämpfung von Zigeunern, Landfahrern und Arbeitsscheuen" fortführte. Dazu gehörten besondere Ausweise, regelmäßige Meldepflichten bei den Behörden und die Vorstellung, „Landfahrer" seien eine generelle Gefahr. Im bayerischen Landeskriminalamt (LKA) wurde eine „Landfahrerzentrale" eingerichtet, die ab den 1950ern, genau wir ihre Vorgängerinstitutionen in der Weimarer Republik und im „Dritten Reich", wieder bundesweit zuständig war. In Bayern – wie in anderen Landeskriminalämtern – wurde mit den während des NS über Roma und Sinti angelegten Akten weitergearbeitet, teilweise bis in die 1980er Jahre. Die Beteiligung der Judikative zeigte sich beispielsweise in dem berüchtigten Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) von 1956, in dem er feststellte, dass Roma und Sinti bis 1943 nicht aus rassistischen Gründen, sondern aufgrund ihrer „Asozialität" verfolgt worden seien und somit für die Zeit vor 1943 keinen Anspruch auf Entschädigung hätten. Faktisch wurden Roma und Sinti bereits in den frühen 1930ern häufig Opfer des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses", auf Grund dessen viele als vermeintlich „Schwachsinnige" zwangssterilisiert wurden. Und bereits 1936 führten **Hans Globke**, späterer Staatssekretär und enger Vertrauter von Bundeskanzler **Konrad Adenauer**, und **Wilhelm Stuckart** in ihrem Kommentar zu den „Nürnberger Rassegesetzen" aus: „Artfremden Blutes sind in Europa regelmäßig nur Juden und Zigeuner." Das Urteil des BGH von 1956 wurde erst 1963 teilweise aufgehoben.

Doch nicht nur die staatlichen Institutionen, die Gemeinden und Städte beteiligten sich an der Nachkriegsverfolgung von Roma und Sinti, auch die Bevölkerung tat ihr Übriges, wie die „Affäre Magolsheim" zeigt. Eine Sinti-Familie hatte 1957 in der kleinen Gemeinde Magolsheim auf der schwäbischen Alb ein Haus erworben. Nachdem die Gemeinde Magolsheim ohne Erfolg alle möglichen legalen Wege beschritten hatte, um die Ansiedlung der Familie zu verhindern, griffen die MagolsheimerInnen zur Selbstjustiz. Am Abend, bevor die Familie einziehen sollte, versammelten sie sich in der Dorfkneipe, um zu beratschlagen. Am Ende legte sich der Bürgermeister schlafen, während mehrere Dutzend DorfbewohnerInnen, angeführt vom Dorflehrer, das Wohnhaus in gemeinschaftlicher Arbeit bis auf die Grundmauern einriss. 31 Personen wurden später wegen Landfriedensbruchs und der Zerstörung von Bauwerken zu Bewährungsstrafen verurteilt. Das sehr geringe Presseecho verurteilte zwar die Methode der Magolsheimer BürgerInnen, äußerte aber zwischen den Zeilen Verständnis.

Die jüngere Vergangenheit

Benachteiligende Gesetze sind zwar zwischenzeitlich offiziell abgeschafft, doch immer noch geben Behörden häufig das Kürzel MEM für „mobile ethnische Minderheit" an, wenn sie in Pressemeldungen von Straftaten berichten, die angeblich von Roma und Sinti begangen wurden. Das Amtsgericht Bochum entschied 1996, dass ein Vermieter einen vom Mieter vorgeschlagenen Nachmieter nicht akzeptieren müsse, weil dieser der Minderheit der Roma und Sinti angehörte. Und diese seien als „traditions-

gemäß überwiegend nicht sesshafte Bevölkerungsgruppe" als Mieter nicht geeignet. Im April 1995 umstellten zirka 150 PolizistInnen eine Kölner Flüchtlingsunterkunft, durchkämmten sie und zwangen zirka 50 Romni im Alter zwischen 15 und 55 zur Abgabe von Blutproben und zu gynäkologischen Untersuchungen. Anlass war, dass in der Nähe der Unterkunft ein totes Neugeborenes gefunden worden war, dessen Pigmentierung ein Arzt als „roma-typisch" eingestuft hatte. Auch die Selbstjustiz bleibt ein wichtiges Mittel: Als sich AnwohnerInnen 1992 in Rostock-Lichtenhagen durch – nach einer behördlich vermeidbaren Überbelegung der „Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber" zum Aufenthalt im Freien gezwungene – zumeist osteuropäische Roma gestört fühlten, griffen sie gemeinsam mit Neonazis die im Wohnblock lebenden Menschen mehrere Nächte hintereinander mit Steinen und Molotowcocktails an. Der antiziganistische Charakter dieses Pogroms und das aufgeheizte Medien-Umfeld, das vor einer „Flut" von „Zigeunern" aus Osteuropa warnte, werden in der Rückschau zumeist übersehen.

Abgesehen von Rostock-Lichtenhagen riefen diese Ereignisse jedoch keinen Aufschrei in Medien und Öffentlichkeit hervor. Lediglich Roma-Organisationen versuchen, solche Vorfälle zu thematisieren. Auch die antiziganistischen Ausschreitungen und Morde in verschiedenen EU-Ländern wie Ungarn, der Tschechischen Republik und Italien finden in deutschen Medien nur sehr geringen und meist sehr verspäteten Niederschlag.

Diese exemplarische Bestandsaufnahme ist symptomatisch für alle Bereiche der Gesellschaft: Ob Politik, Kultur, Medien, Wissenschaft oder Bildung, eine Beschäftigung mit Antiziganismus spielt meist nur eine marginale Rolle. Über die Gründe dafür kann nur spekuliert werden. Aber es ist immerhin möglich, zwei Anhaltspunkte zu liefern. Obwohl sich die Verfolgung in der Praxis häufig ähnelte, spielte der Antiziganismus, beispielsweise im Vergleich zum Antisemitismus, in der Propaganda des NS eine eher vernachlässigbare Rolle. Auch der Grund hierfür ist nicht geklärt. Entweder erschien der Antiziganismus den Nazis so selbstverständlich, dass sie ihn nicht zu propagieren brauchten, oder – was wahrscheinlicher ist – die „Aufklärung" über die vermeintliche „jüdische Weltverschwörung" war ihnen wichtiger, die vermeintliche „Bedrohung" größer. In jedem Fall kann diese Nichterwähnung als ein Grund für die fehlende „Reeducation" der Deutschen durch die Alliierten bezüglich Antiziganismus gelten. Damit einher geht, dass die antiziganistischen Bilder vom „Zigeuner" seit Jahrhunderten tief in das kulturelle Gedächtnis der Deutschen eingeschrieben sind. Als letzten Sommer in Berlin eine Gruppe rumänischer Roma aus einem Park vertrieben und daraufhin zum Spielball der Behörden wurde, konnten die Medien offensichtlich nicht anders, als von „Diebstahl", „Bettel-Roma" oder „Nomaden" zu berichten.

Ambivalente Entwicklung

Andererseits muss an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass von der Bürgerrechtsbewegung der Sinti und Roma in der BRD, deren Stimmen gegen Ende der 1970er Jahre verstärkt Gehör fanden, graduelle und trotzdem wichtige Verbesserungen unter anderem in punkto Diskriminierung und Gedenkpolitik erkämpft wurden. Forderungen nach Entschädigungszahlungen für während des NS erlittenes Leiden wurden aufgestellt und eine offizielle Anerkennung des Völkermordes sowie eine Beendigung der staatlichen Diskriminierung eingefordert. Seitdem hat es zumindest in der offiziellen Politik Verbesserungen gegeben. Bundeskanzler Helmut Schmidt erkannte 1982 den Völkermord an Roma und Sinti offiziell an, ein Schuldeingeständnis, das von späteren Bundesregierungen bestätigt wurde. Mittlerweile ist das Gedenken an die als „Zigeuner" Ermordeten fester Teil des bundesdeutschen Gedenkkanons, wenn auch weiterhin an marginaler Stelle. Ein zentrales Mahnmal wird gerade – versteckt im Berliner Tiergarten – gebaut. Auch die Anerkennung als „nationale Minderheit", für die sich der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma jahrzehntelang eingesetzt hat, wurde vor einigen Jahren durchgesetzt. Die Anerkennung als „nationale" Minderheit hat zwar immer auch einen zweischneidigen Charakter – es wird ein „fundamentaler Unterschied" zwischen „Mehrheit" und „Minderheit" festgeschrieben –, gleichzeitig ermöglicht der Status als „Minderheit" aber die Durchsetzung wichtiger Forderungen im Bereich des Schutzes vor Diskriminierung.

Auch wenn auf der offiziellen politischen Ebene einige Verbesserungen erreicht wurden, gilt es festzuhalten, dass die Vorurteilsstruktur des Antiziganismus in Deutschland und Europa weiterhin sehr weit verbreitet ist. Insbesondere für Deutschland ist die Diagnose dabei zweischneidig. Einerseits spielen „Zigeuner" in der Wahrnehmung der deutschen AntiziganistInnen selbst häufig keine zentrale Rolle. Das heißt, dass Themen wie beispielsweise der antiziganistische Vorwurf der „Zigeunerkriminalität", der in Rumänien oder Italien gerade im öffentlichen Diskurs weit verbreitet ist und häufig geäußert wird, in der BRD vergleichsweise selten Thema sind. Andererseits kann Antiziganismus aber jederzeit, unverhohlen und potenziell auch mit Bereitschaft zu physischer Gewalt abgerufen werden. Um bei dem zitierten Beispiel zu bleiben, verstehen auch alle Deutschen, wer gemeint ist, wenn in Köln von „Klau-Kids" gesprochen wird oder wenn die *Offenbach-Post* in Zusammenhang mit einem Betrugsfall im August 2009 von Angehörigen einer „Volksgruppe" mit einer „Vorliebe für bunte Kleidear" schreibt.

Gesellschaftliche Ursachen

Eine Erklärung für die zuletzt genannten Beispiele ist, dass die Ursachen des Antiziganismus von den Anlässen seiner Äußerungen unterschieden wer-

den müssen. Die Ursachen liegen in den sozialen Verhältnissen der Mehrheitsgesellschaften begründet, lassen sich also nicht einfach so in kurzer Zeit verändern. Die Bedrohungsvorstellung durch die angebliche Nichtsesshaftigkeit der „Zigeuner" beispielsweise steht in engem Zusammenhang mit der Durchsetzung der Territorial- und später der Nationalstaaten in Europa. Dabei wurden feste Grenzen und eine eindeutige „nationale Identität" sehr wichtig. Diese Entwicklung war jedoch schon immer ambivalent und uneindeutig. In manchen Staaten finden sich mehrere „Nationen", manche „Nationen" waren lange Zeit auf mehrere Staaten aufgeteilt. Das Konzept selbst ist in sich widersprüchlich: Einerseits soll erst der Staat die Staatsbürgerschaft verleihen, andererseits sollen die „Nationen" aber bereits Tausende Jahre vorher existiert haben. „Blutrecht" und „Bodenrecht" werden miteinander vermischt. Diese Ambivalenzen werden nun in der Vorstellung der Mehrheitsgesellschaft unter anderem den „Zigeunern" zugeschrieben. Diese repräsentieren dabei einen angeblich vormodernen Gegenpol zu dieser nationalstaatlichen Entwicklung. In der Vorstellungswelt des Antiziganismus ignorieren sie die staatlichen Grenzen und lassen sich nicht in die angeblich fest verwurzelten „nationalen Identitäten" einteilen. Werden sie verfolgt und beseitigt, wird auf diese Art und Weise symbolisch die „nationale Ordnung der Welt" wiederhergestellt. Das heißt, dass sich eine „nationale Identität" ganz eindeutig in Abgrenzung zu „den Zigeunern" herstellt. Zum Zweiten macht es all jenen, die sich nicht so eindeutig mit der Nation identifizieren, klar, dass sie potenziell mit Verfolgung zu rechnen haben, weil sie sich „zigeunerisch" verhalten. So wird der Vorwurf des „vaterlandslosen Gesellen" zu einer offenen Drohung.

Auf eine ähnliche Art und Weise entstehen die Stereotype der „zigeunerischen Faulheit" und der „Zigeunerkriminalität". Diese Vorstellungen stehen in engem Zusammenhang mit der Durchsetzung der Arbeitsgesellschaft in Europa seit dem 17. Jahrhundert. „Fleiß" und später „Produktivität" werden zu zentralen Tugenden der europäischen Gesellschaften. „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht leben", könnte dieses neue Motto genannt werden. „Zigeuner" werden in den antiziganistischen Vorstellungen der Mehrheitsgesellschaft wiederum zum vormodernen Gegenpol stilisiert. Ihnen wird vorgeworfen, nicht zu arbeiten und trotzdem zu leben, indem sie sich vorgeblich wie ein „Parasit" am Leib der „Wirtsgesellschaft" – oder, in NS-Termini ausgedrückt, am „Volkskörper" – schadlos hielten. Auch hier tauchen beide oben erwähnten Funktionen wieder auf. Zum Ersten benötigt der Stolz auf die eigene „ehrliche Arbeit" und auf den „Fleiß" zur Abgrenzung die Vorstellung von der „zigeunerischen Faulheit". Wenn diese „ehrliche Arbeit" – wie in Krisenzeiten – nicht dazu führt, dass die Volkswirtschaft rund läuft, werden folglich unter anderem „die Zigeuner" dafür verantwortlich gemacht. Zum Zweiten werden auch hier Drohungen an all jene ausgesprochen, die sich vermeintlich „zigeunerisch" verhalten. In vielen Diskursen werden Begriffe wie „Asoziale", „Bettler" und eben „Zigeuner" beinahe synonym verwendet. Eine ähnliche Analyse lässt sich für viele andere zentrale Stereotype des Antiziganismus durchführen: Beispielsweise benötigen patriarchale Vorstellungen von einer tugendhaften Weiblichkeit, die sich dem Mann unterzuordnen hat, als Gegenbild die Vorstellung der triebgesteuerten hochsexualisierten „Zigeunerin" à la Carmen, die die Männer um den Verstand bringt und somit ihre Vorherrschaft bedroht.

Perspektiven?

Diesen Ursachen zur Seite gestellt sind mögliche Anlässe für die Äußerung antiziganistischer Vorurteile oder antiziganistische Gewalttaten. Diese finden sich beispielsweise in der gegenwärtigen ökonomischen Krisensituation, im Wiedererstarken des Nationalismus in Osteuropa oder eben auch im Campieren einiger rumänischer Roma in einem Berliner Park. Diese Anlässe dürfen allerdings auf keinen Fall als Erklärung des Antiziganismus missverstanden werden; eine solche Analyse würde den Kern des Ressentiments verfehlen. Es ist aber gut möglich, dass die derzeit auf den ersten Blick nicht besonders bedrohlich wirkende Situation in der BRD einfach einem Mangel an Anlässen geschuldet ist. Ein Roma-Aktivist äußerte sich dazu vor kurzem in ironischer Weise folgendermaßen: „Solange es Deutschland gut geht, geht es seinen 'Zigeunern' auch gut. Da wir in jüngster Zeit den Wachstumsabbau erleben, wird es nicht lange dauern – was zu befürchten ist –, bis wir Zustände wie in Südosteuropa bekommen."

Die Ursachen des Antiziganismus zu beseitigen, scheint auf kurze Sicht nicht durchsetzbar. Konkret möglich wäre es aber, antiziganistische Äußerungen und Praxen im gesellschaftlichen Diskurs zu ächten sowie von staatlicher und behördlicher Seite konsequent und eindeutig gegen sie vorzugehen. Der politische Wille und das Interesse, die Diskriminierung von Roma und Sinti nachhaltig und konsequent auf allen Ebenen zu bekämpfen, scheinen allerdings weder in der BRD noch auf europäischer Ebene vorhanden zu sein. Ganz im Gegenteil muss Antiziganismus immer noch als allgegenwärtiger Normalzustand angesehen werden. Angesichts der Zunahme antiziganistischer Übergriffe, Pogrome und Morde ist das eine traurige und gefährliche Realität. ★

Zum Autor

Markus End ist Mitherausgeber des 2009 im unrast-Verlag erschienenen Sammelbandes „Antiziganistische Zustände".

Von Amelie Stassen (für den AK Kein Vergessen!)

»Es ist ihnen nicht gelungen«

Über den späten Kriegsverbrecherprozess gegen Heinrich Boere

Seit dem 28. Oktober 2009 muss sich der ehemalige Waffen-SSler Heinrich Boere vor dem Aachener Landgericht für drei 1944 gemeinschaftlich verübte Morde an Fritz Hubert Ernst Bicknese, Frans Willem Kusters und Teunis de Groot verantworten. Das Kommando Feldmeijer tötete unter dem Codenamen Silbertanne mehr als 50 vermeintliche SympathisantInnen der Widerstandsbewegung in den Niederlanden. Für jeden getöteten Nazi wurden drei „antideutsch eingestellte oder aber als mit Widerstandskreisen zusammenarbeitend bekannte Niederländer" ermordet.

In den Niederlanden verurteilte ein Sondergericht **Heinrich Boere** 1949 zum Tode. Später wurde das Urteil in lebenslange Haft umgewandelt. Boere konnte jedoch vor der Vollstreckung des Urteils fliehen. Seither lebte er von deutschen Behörden – bis vor kurzem – weitestgehend unbehelligt in Eschweiler bei Aachen.

Nach seiner Flucht aus den Niederlanden passierte in der Bundesrepublik erst einmal nichts. Erst später, in den 1980er Jahren, gab es ein Strafverfahren gegen Boere, das die deutsche Justiz jedoch einstellte. Sie begründete dies damit, dass seine Taten legitim gewesen seien – im Gegensatz zu den Aktionen des Widerstands. Letztere hätten „meuchlerisch" gemordet, erstere quasi angemessen reagiert. Man zeigte sich in der Regel kreativ, wenn es darum ging, Gründe für Nichteröffnungen oder Einstellungen von Prozessen gegen NS-Verbrecher zu finden.

Auch trotz wiederholter Auslieferungsgesuche des niederländischen Justizministeriums hat die Bundesrepublik Deutschland Boere nicht überstellt. Sie begründete dies damit, dass Boere durch seine Mitgliedschaft in der Waffen-SS die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten haben könnte. Damit bezog man sich auf einen Hitler-Erlass von 1943, der den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einstellung „deutschstämmiger Ausländer" in die deutsche Wehrmacht, die Waffen-SS, die deutsche Polizei oder die Organisation *Todt* regelte.

Obwohl Boere mehrfach freimütig gestand, vermeintliche Sympathisanten des niederländischen Widerstandes erschossen zu haben, ermittelte insbesondere nicht die für NS-Verbrechen zuständige Staatsanwaltschaft, die Dortmunder Zentralstelle zur Verfolgung von NS-Verbrechen.

Da seit 2003 Haftstrafen anderer EU-Länder auch im Ausland vollstreckt werden können, eröffnete das Landgericht Aachen auf Grund eines entsprechenden Antrags der Niederlande schließlich doch noch den Prozess gegen Boere am 28. Oktober 2009. Der Prozess kam allerdings nur schleppend voran. Die Verteidigung übte sich in Verzögerungstaktik und setzte auf Befehlsnotstand. Irgendwie sei Boere doch eher Opfer gewesen, eben ein Befehlsempfänger. An diesem Bild strickte Boere kräftig mit. Sein Entschluss, 1940 in den Niederlanden der Waffen-SS beizutreten, sei schlicht dem Wunsch nach einem ruhigen, ökonomisch absicherten Leben geschuldet gewesen. Er sei bis 1943 an der Ostfront gewesen. Dort sei er während der Sommeroffensive 1943 erkrankt und nach einem Lazarettaufenthalt in die Niederlande zurückgekehrt. Zudem sei das *Kommando Feldmeijer* hauptsächlich eine Wacheinheit gewesen.

Die Anwälte der Angehörigen der Opfer stellten hingegen fest, dass es sich bei dem *Kommando Feldmeijer* um eine paramilitärische Todesschwadron gehandelt habe, die außerhalb der geltenden Heeres-, Staats- und Rechtsordnung organisiert wurde. Die Mitglieder von *Feldmeijer* handelten eigeninitiativ.

Die für viele ungeahnte Wendung des Prozesses fand am 28. Januar 2010 statt. Recherchen der Nebenklage ergaben, dass Boeres Biographie geschönt wurde, um seine nazistischen Aktivitäten in den Niederlanden zu verdecken. Heinrich Boere war nicht bis 1943 an der Ostfront, sondern von 1940 bis 1942. Er kehrte 1942 in die Niederlande zurück, wo er 1943 Mitglied der niederländischen nationalsozialistischen Partei (*Nationaal-Socialistische Beweging in Nederland*, NSB) wurde. 1944 trat er der *Germanischen SS* bei. Nach dem Dienst in der Landwacht wurde er zum Hauptscharführer befördert – im Zusammenhang mit dem Mord an **Fritz Hubert Ernst Bicknese**. Boere war seinen Vorgesetzten als eifriger und ideologisch gefestigter Nationalsozialist bekannt, was dafür spricht, dass Boere nicht lediglich Befehlen seiner Vorgesetzten gefolgt ist.

Er agierte in den Niederlanden aktiv und eigeninitiativ. So stellten die Anwälte der Nebenklage seine Rolle in der Widerstandsbekämpfung wie folgt

Antifaschistischer Protest vor dem Gerichtsgebäude

heraus: In einer Besatzungsphase des verstärkten Terrors, der Deportationen, der Zwangsarbeit und der Nazifizierung der Gesellschaft wuchs in den Niederlanden der Wille zur Organisation von Widerstand. So bildeten sich in den ländlichen Gebieten Limburgs weite Geflechte von FluchthelferInnen. Jüdinnen und Juden, alliierte Piloten und Deserteure wurden hier versteckt, mit Papieren versorgt, ins sichere Ausland gebracht. Dreißig Prozent der limburgischen Jüdinnen und Juden und mindestens 2.000 aus anderen Gebieten überlebten so den NS. Diese Art des Widerstands wurde getragen von dörflichen Zusammenhängen, dem niederen und jüngeren Klerus, von Dorfpolizisten und Bürgermeistern. Die nationalsozialistischen Besatzer reagierten mit öffentlichen Erschießungen, mit Terror und Razzien.

Am 13. Mai 1944 schlich sich Boere mit zwei Begleitern in Helden/Panningen ein, gab sich als Flüchtender aus und erhielt Auskunft über eine mögliche Unterkunft. Einige Tage später kamen die drei wieder. In Uniformen und in Begleitung von 100 deutschen Polizisten. Während dieser Razzia wurden 52 Personen festgenommen, 35 von ihnen wurden verhaftet, hiervon standen 14 im Verdacht, zur Widerstandsbewegung zu gehören. 20 Personen wurden zum Arbeitseinsatz nach Deutschland geschickt, sieben starben dort. Am 8. Oktober 1944 fand eine erneute Razzia statt. Eine Kirche wurde umstellt, 800 Menschen wurden festgenommen und nach Deutschland verschleppt. 36 kehrten nie mehr zurück.

Die Nebenklage stellte hierzu am 28. Januar 2010 fest: „Durch seine Undercover- Tätigkeit stellte sich Boere aktiv in den Dienst dieses gesteigerten Terrors. Neben der Heimtücke und der widerwärtigen Vorgehensweise, die darauf abzielte, Arglosigkeit auszunutzen und Vertrauen zu gewinnen, um es mit Gewalt und Tod zu vergelten, wirkte er darauf hin, Fernziele des Nationalsozialismus zu verwirklichen: gewachsene soziale und religiöse Zusammenhänge zu zerstören, um die Verfügung über die dem Terror isoliert ausgelieferten Menschen zu gewinnen, das Gute im Menschen auszumerzen, die Fähigkeit zu Mitgefühl, Empathie und Solidarität, um die vereinzelten Menschen als verflüssigtes und homogenes Material für die nationalsozialistische Gestaltung des Großraums Europa zuzurichten und niedrige Instinkte zu wecken und in die Kollaboration einzuladen. Es ist ihnen nicht gelungen."

Deutlich wird, dass der Angeklagte Boere kein „Mitläufer" und kein „Befehlsempfänger" war. Er wird sich weder auf Befehlsnotstand, noch auf eine fehlende Schwere der Schuld zurückziehen können. Die Staatsanwaltschaft Dortmund freilich sieht das anders. Es sei nicht ersichtlich, welche Rolle diese neuen Erkenntnisse für den aktuellen Prozess spielten.

Mit der Razzia in Helden wird sich die Staatsanwaltschaft jedoch zwangsläufig beschäftigen müssen. Denn die Anwälte der Nebenklage erstatteten in Köln Anzeige gegen Heinrich Boere wegen siebenfachen Mordes.

Dies hörten die auch bei diesem Prozesstag anwesenden Neonazis nicht gerne. Seit Beginn begleiten Mitglieder der *Kameradschaft Aachener Land* und der NPD Düren den Prozess. Nahezu regelmäßig waren **Timm Malcoci**, **Réné Laube** und **Frank Dettke** im Gericht anzutreffen, um ihre Sympathien für den Angeklagten Boere durch politische Zeichenlehre zum Ausdruck zu bringen. T-Shirts mit Logos der *Division Windhund* stellten für den Vorsitzenden Richter offensichtlich keine im Gericht unzulässige politische Willensbekundung dar. Übrigens springen auch die Neonazis auf den Zug des Befehlsnotstandes auf. Anstatt Boeres Morde zu heroisieren – wie es sich für überzeugte Nationalsozialisten gehören dürfte – wird er in einem Forum als „kleines Glied in der Kette damaliger Hierarchie, ein einfacher befehelsempfänger (sic!)" bezeichnet.

In dem Strafverfahren gegen Boere wird im März 2010 ein Urteilsspruch erwartet. Die deutsche Justiz wird sich mit einem wie auch immer ausfallenden Urteil allerdings nicht von den vielen Jahrzehnten der Prozessverschleppung reinwaschen können. ★

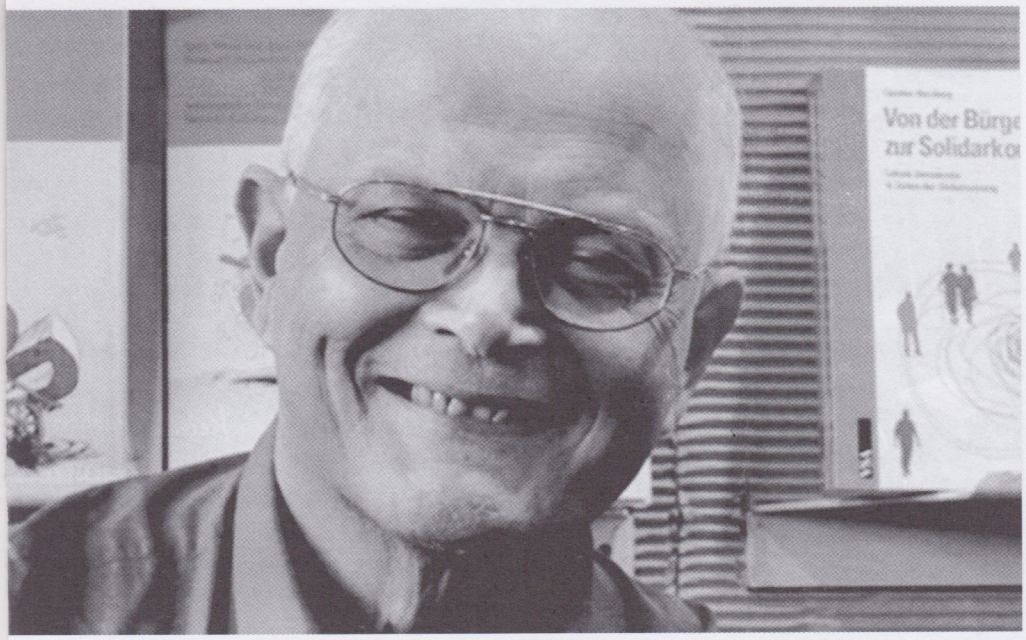


Foto: Theo Bruns

Das Interview führte Torben Heine

»Die lange Depression«

Interview mit Karl-Heinz Roth zur globalen Krise

Angela Merkel meint: „2010 wird sich entscheiden, wie wir aus dieser Krise herauskommen." Die Kanzlerin zeigte sich in ihrer Neujahrsansprache zuversichtlich, dass Deutschland die Krise nicht nur meistern, sondern gestärkt aus ihr hervorgehen werde. Wo befinden wir uns zurzeit? Ist die Talsohle der Krise erreicht oder geht es sogar schon wieder aufwärts?

Wir befinden uns in der zweiten Krisenphase. Die Krise begann um die Jahreswende 2006/2007 mit dramatischen Auswirkungen. Seit dem Frühjahr 2009 zeichnete sich in Teilbereichen des Weltsystems eine Erholung ab, in anderen Bereichen eine Vertiefung der Krise. Die zweite Krisenphase ist genau durch diese Ambivalenz gekennzeichnet. Es ist keineswegs so, dass die Talsohle überall überwunden oder durchschritten ist. In einigen Bereichen ist das zweifellos der Fall, in anderen nicht. In der EU sieht man im Augenblick eine Verschiebung der Krisenkonstellation auf die öffentlichen Haushalte, das repräsentiert den globalen Trend. Nach meiner Einschätzung haben wir mit einem mehrjährigen Krisenprozess zu rechnen, der in eine langwierige Depression übergeht, die möglicherweise 10 bis 15 Jahre oder sogar noch länger dauern wird.

Das heißt, die Folgen der Krise werden auf viele Menschen jetzt erst zu kommen?

Genau das ist der Fall. Durch die Rettungspakete sind zuerst die internationalen Finanzsysteme und Kapitalmärkte stabilisiert worden. Dann kamen riesige Konjunkturprogramme, die die Ausweitung der Krise auf die Gesamtwirtschaft zwar abgebremst, aber nicht verhindert haben. Erst jetzt sind die Krisenfolgen in der Gesamtwirtschaft spürbar: eine weiter steigende Massenerwerbslosigkeit, zumindest in den Zentren des Weltsystems und in der Peripherie. In einigen Schwellenländern, vor allem China und Brasilien, ist das wohl anders. In den USA ist die offizielle Erwerbslosenquote bei zehn Prozent angelangt – de facto liegt sie bei 16 bis 17 Prozent. In der Eurozone ist es ähnlich. In der zweiten Krisenphase bekommen die Unterklassen den Krisenprozess erst richtig zu spüren. In der ersten Phase waren sie ein ganzes Stück weit Zuschauer gewesen.

Worin sind die Gründe für die Krise zu suchen? Waren es nur die „Gier" einiger Investmentbanker und fehlende Regeln an den Finanzmärkten oder hat die Krise strukturelle Gründe?

Die Krise hat natürlich Oberflächenphänomene gehabt, die dann mit den Ursachen verwechselt worden sind. Es ist klar, dass diese globale Krise durch die Hypotheken- und Immobilienspekulation in den USA und Westeuropa ausgelöst wurde, die zu einer Finanzkrise führte. Genauso klar ist aber auch, dass schon seit Mitte dieses Jahrzehnts in wesentlichen in-

dustriellen Bereichen – vor allem in der Kraftfahrzeugindustrie – schwere strukturelle Probleme existierten. Es gibt andere Faktoren, die sich zu einem globalen Schwelbrand gebündelt haben. De facto handelt es sich aber um eine ganz klassische Überakkumulationskrise, der eine entsprechende massive Unterkonsumtion der Masseneinkommen gegenüber steht.

Ist die jetzige Krise nur eine aufgeschobene Krise aus den siebziger Jahren, als die Produktion von Massenkonsumgütern an eine Grenze stieß und sich das Kapital andere Anlagemöglichkeiten suchte, zum Beispiel auf den Finanzmärkten?

Der aktuelle Krisenprozess hat natürlich strukturelle Ursachen, die aus dem vorausgegangenen Zyklus der 1960er, 1970er und 1980er Jahre zu erklären sind. Dazu gehört gerade auch die Deregulierung der Produktionsverhältnisse und der Erwerbseinkommen. Die neuen Massenbedürfnisse der sechziger Jahre wurden in prekäre Arbeitsverhältnisse umgewandelt. Das hat zu einer massiven Senkung der Masseneinkommen geführt, gleichzeitig stand diesem Prozess eine neue internationale Arbeitsteilung gegenüber, die sich ganz neue Sektoren der Kapitalakkumulation erschlossen hat: Es gab De-Industrialisierungsprozesse in den Zentren, die mit Industrialisierungsprozessen in der Peripherie verbunden waren. Diese globalen Ungleichgewichte haben sich in der aktuellen Krise verstärkt. Um auf deine Eingangsfrage zurückzukommen, Deutschland werde aus der Krise gestärkt hervorgehen, das ist außerordentlich unwahrscheinlich. Wenn es Krisengewinner nach der langen Depression gibt, dann werden es vor allem die Schwellenländer sein. China, Indien und Brasilien haben massiv aufgeholt und den Krisenprozess in den Akkumulationszentren des Weltsystems überholt. Es werden deutliche Umschichtungen stattfinden, die die lange Depression begleiten werden.

Das Wirtschaftsmodell der BRD mit seiner Exportorientierung steht also grundsätzlich zur Disposition?

Davon bin ich ziemlich überzeugt. Es wird nicht mehr möglich sein, die alte Strategie des rheinischen Kapitalismus zu fahren und Hightech-Innovationen mit Konzentration auf den Exportsektor voranzutreiben. Dieses Modell ist beendet, weil die Hochtechnologie-Entwicklung sich weltweit durchgesetzt hat.

Wie wird die nächste Krisenphase aussehen?

Sie wird auf mehr oder weniger eindeutige Staatsbankrotte hinauslaufen, große Nationalökonomien werden in Schuldenfallen geraten. Die Schuldenfalle Griechenland ist in der Diskussion. Darüber wird vergessen, dass die USA, Großbritannien und Japan relativ zu Griechenland mindestens genauso stark verschuldet sind. An diesem Punkt werden die Regimes anfangen müssen, irgendwelche Strategien der Ausgabenkürzung, der Einschränkung der Masseneinkommen durch direkte und indirekte Steuern und des Sozialabbaus zu forcieren. Das wird der neue Krisenprozess sein, der zu einer ganz neuen Art der Konfrontation führen wird, die weit über die betriebliche Konfliktebene hinausgeht.

Welche Rolle haben die globalen Unterklassen für den Ausbruch und den Verlauf der Krise gespielt?

Sie waren natürlich an der Krisenentwicklung beteiligt. Die globalen Unterklassen haben die Einschränkung des Massenkonsums, die durch Postfordismus und deregulierte Arbeitsverhältnisse erzwungen worden war, ausgeglichen, indem sie sich extrem verschuldet haben. Dieser Verschuldungsprozess ist gestoppt, diese Kompensationsmöglichkeit ist verloren gegangen. Nun gehen die Unterklassen weltweit in eine neue Phase der Erwerbslosigkeit, auch der technologisch bedingten, über. Denn die großen Unternehmen beginnen die Krise zu nutzen, um die Arbeitsproduktivität massiv zu steigern. Das heißt, die strukturelle Arbeitslosigkeit wird gerade in der Krise beschleunigt. Von daher wird es in den nächsten Jahren einen Polarisierungsprozess geben, der durch die Versuche des Abbaus der Staatsverschuldung noch beschleunigt wird. Es wird global zu einer Konfrontation kommen, die daher rührt, dass den Unterklassen ihre Kompensationsmöglichkeit durch Überschuldung mittels billiger Kredite seit anderthalben Jahren genommen ist.

In einem Teil Deines Buches vergleichst Du die aktuelle Krise mit den vorherigen. Was unterscheidet die Krise heute von der Weltwirtschaftskrise 1929?

Der entscheidende Unterschied, bei allen Parallelen, die es natürlich gibt, besteht in der Massivität der Gegenmaßnahmen, die durch die Regulationssysteme ergriffen worden sind. Das heißt, in den Rettungsoperationen für das Finanzsystem und den antizyklischen Konjunkturprogrammen, die sofort mobilisiert worden sind. Vor allem aber auch in der völlig anderen Struktur der Gegenmaßnahmen durch die großen Zentralbanken. Die Krisenmanager haben aus der globalen Krise des 20. Jahrhunderts gelernt und dadurch den Charakter der aktuellen Krise zunächst einmal völlig verändert. Es ist bisher nicht zu einem Auseinanderfallen der Weltwirtschaft in rivalisierende Blöcke gekommen. Es gab klare Gegentendenzen, zum Beispiel in der Entwicklung der G20-Gruppe. Die aktuelle Entwicklung der letzten zwei bis drei Monate stellt allerdings hinter diese Tendenzen einige Fragezeichen. Es gibt inzwischen doch Bestrebungen zur multipolaren Blockbildung und zu neuen Rüstungswettläufen innerhalb

der Machtblöcke, die ziemlich beunruhigend sind.

Ende der zwanziger Jahre konnte nicht die ArbeiterInnenbewegung, sondern vor allem autoritäre Regierungen und faschistische Bewegungen politisches Kapital aus der Krise schlagen. Drohen ähnliche Entwicklungen auch heute noch?

Im Moment natürlich nicht. Diese Entwicklung kann man nicht sehen, auch das ist ein interessantes Phänomen. Es gibt natürlich Regionen der Welt, in denen der Neofaschismus und autoritäre Lösungen eine starke Rolle spielen. Aber die Machtblöcke sind zurzeit weltweit noch so koordiniert, dass Ausbrüche, wie sie beispielsweise Japan, das faschistische Italien und schließlich das nazistische Deutschland 1933/34 mit ihrer isolierten Hochrüstung und ihrer radikalisierten Expansionspolitik gestartet haben, nicht zu erwarten sind. Es gibt vor allem auch keine vergleichbare Entwicklung in den globalen Unterklassen. Das müsste man jetzt sehr genau differenzieren, für Osteuropa sieht das sicher anders aus. Es gibt auch sehr autoritäre Entwicklungen in den Regimen, beispielsweise in China, aber man kann sie nicht mit der Entwicklung in den zwanziger und dreißiger Jahren vergleichen. Ich denke, dass die Situation heute offener ist, weil das Weltsystem globaler ist und vor allem, weil auch die Unterklassen globaler agieren und sich globaler verstehen. Da hat die internationale Arbeitsmigration der vergangenen Jahrzehnte eine außerordentlich produktive Rolle gespielt. Es gibt ein kosmopolitisches Verständnis bei den Unterklassen, das nicht so hochtrabend formuliert wird, aber alltägliche Realität ist. Das lässt schon auch hoffen, bei allen gegenläufigen Tendenzen. In den Armutszentren der Peripherie sieht es natürlich furchtbar aus, und es gibt furchtbare archaische Regressionen, beispielsweise im Nahen und Mittleren Osten. Aber sie sind im Augenblick nicht dominierend, sie beherrschen die Weltkonstellation nicht. Von daher bin ich, bei allem Problembewusstsein über die Abgründe der kommenden Konflikte um die Umverteilung der Masseneinkommen, doch vorsichtig optimistisch. Weil ich glaube, dass ein globales Verständnis der Krisenkonstellation und eine Art von globaler Solidarität materielle Grundlagen in der internationalen Migrationsarbeit sowie im internationalen Verständnis der Neuen Linken hat, die durchaus hoffen lassen.

Eine offene Situation ist auch offen für gesellschaftlichen Fortschritt. Trotzdem steht die Linke relativ gelähmt vor der Situation. War die Krise doch keine Chance für die Linke?

Ich muss zugeben, dass ich mir mehr erhofft habe. Ich habe ja im Sommer 2008 meine ganzen laufenden Arbeiten beiseite gelegt, weil ich, wie viele andere Intellektuelle und Linke, zu der Einschätzung gekommen war, dass die globale Krise wegen ihrer offenen Dimension neue Chancen eröffnet. Ich habe mich engagiert und versucht, einen Beitrag zu leisten. Aber ich muss zugeben, dass das, was ich mir an Resonanz und Entwicklung erhofft hatte, nicht eingetreten ist. Bis jetzt zumindest. Es gibt wichtige neue Ansätze in den lokalen Bereichen, in der internationalen Kommunikation. Es gibt eine internationale Debatte in der Neuen Linken. Aber die Linke ist nicht in der Lage, tatsächlich die Entwicklung zu dominieren und eine hegemoniale Position zu entwickeln. Es ist nicht gelungen, aus der Sicht der radikalen Linken eine Perspektive zu formulieren, die weltweit wahrgenommen wird.

Teilst Du die in LOTTA #36 von Christina Kaindl und Florian Becker formulierte Position: „Wenn es nicht gelingt, wirksame Alternativen in die laufenden Prozesse der Sozialisierung der Krisenlasten einzubringen und durch Strukturreformen eine andere Regulationsweise jenseits eines reformierten neoliberalen Finanzkapitalismus durchzusetzen, wird die Krise nicht zur Stärkung der Linken führen, sondern sich die Kräfteverhältnisse zu ihren Ungunsten verschieben"?

Ja, das ist genau der Punkt, über den wir nachdenken müssen. Ich denke, dass wir in einer entscheidenden Situation sind. Die Situation ist zum Glück nicht so zugespitzt, wie ich es zunächst angenommen hatte. Aber es ist klar, wenn der Krisenprozess voranschreitet, wenn die Sozialabbauprogramme beginnen und wenn es nicht gelingt, linke, emanzipatorische Antworten zu formulieren und einen Prozess der Selbstorganisation im lokalen und globalen Kontext in Gang zu bringen, dann kann es sehr problematisch werden. Weil wir dann das Phänomen eines massenhaften Absturzes bekommen, der auch zu autoritären Antworten führen kann. Das ist gerade in der Konstellation in Deutschland sehr deutlich. Die Einführung und Verlängerung der Kurzarbeit hat einen massiven Proletarisierungsprozess bis jetzt verhindert. Die frühere zentrale Arbeiterklasse der großen industriellen Produktion ist noch nicht abgestürzt. Der Prozess wurde nach unten abgefedert. Irgendwann wird das zu Ende sein. Und wenn dann Massenarmut einsetzt, wenn die Massenerwerbslosigkeit zu einem bedeutenden Phänomen der gesellschaftlichen Entwicklung wird, dann wird es sehr kritisch. ★

Dr. Dr. Karl-Heinz Roth

Dr. Dr. Karl-Heinz Roth (Jhrg. 1942), Arzt und Historiker, ist seit vielen Jahren in der Linken aktiv. Zurzeit ist er Vorstandsvorsitzender der *Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts*. Sein Buch „Die globale Krise" erschien im Juli 2009 (VSA-Verlag Hamburg), ein zweiter Band ist in Arbeit. Auf "Sozial.Geschichte Online" veröffentlicht Roth in Kürze einen Aufsatz zur aktuellen Krisenentwicklung.
www.stiftung-sozialgeschichte.de

Von Johannes Lohmann

Dunkelfeld

Ein Blick auf Wahlergebnisse, Mitgliedslisten von Parteien und Kameradschaften oder Kriminalstatistiken reicht nicht, um extrem rechte Lebenswelten zu fassen. Im Verborgenen bleibt das sich in der Alltagspraxis generierende „Dunkelfeld". Die gleichnamige Veröffentlichung verdeutlicht die Notwendigkeit einer antifaschistischen Analyse jenseits der Einschätzungen der Sicherheitsbehörden.

Die Veröffentlichung beleuchtet Milieus, die im Umfeld von rechter Musik, sozialen Netzwerken im Internet, bei Rockern oder Burschenschaften ihren Ausdruck finden und konkretisiert diese anhand lokaler Beispiele. Darüber hinaus werden beispielhaft extrem rechte Szenen in städtischen und ländlichen Räumen zwischen Wiesbaden und Limburg dargestellt sowie verschiedene Gruppierungen untersucht, die jeweils unterschiedliche Spektren der extremen Rechten repräsentieren. Nicht zuletzt werden Möglichkeiten der Prävention und Intervention aufgezeigt und potenzielle Fallstricke benannt.

Offensichtlich wird, dass von offizieller Seite extrem rechte Vergemeinschaftungsformen vielfach verharmlost oder unterschätzt werden. Die Broschüre hingegen hilft, den Blick zu schärfen und verdeutlicht die Notwendigkeit antifaschistischen Engagements. Die große Stärke ist ihr hoher Informationsreichtum im Bezug auf das Rhein-Main-Gebiet, der gleichzeitig so gut strukturiert und exemplarisch dargestellt wird, dass er für Leserinnen und Leser aus dem gesamten Bundesgebiet interessant ist. Der hohe Gebrauchswert wird gestützt durch interessantes Bildmaterial und ein sehr professionelles Layout. „Dunkelfeld" ist weit mehr als eine Lokalstudie und setzt Maßstäbe für künftige ähnlich geartete Veröffentlichungen.

argumente. netzwerk antirassistischer Bildung e.V., Bildungswerk Anna Seghers e.V., Antifaschistisches Infobüro Rhein-Main (Hg.)
Dunkelfeld. Recherchen in extrem rechten Lebenswelten rund um Rhein-Main
144 Seiten, 6 Euro
Zu bestellen über:
mail@argumente-netzwerk.de

Von Johannes Lohmann

Stadt – Land – Rechts

Warum gelingt es der extremen Rechten in einigen ländlichen Räumen, sich als politische Kraft zu verankern? Auf diese Frage gibt ein neuer Sammelband der *Rosa-Luxemburg -Stiftung* mehrere Antworten: Die Gründe liegen nicht nur in der niedrigen Bevölkerungsdichte, schwacher Infrastruktur und sozialer Benachteiligung in so genannten Entleerungsräumen in Ost- und zunehmend auch in Westdeutschland. Sie sind auch im Rückhalt in der Bevölkerung zu suchen. Wenn Neonazis sich im örtlichen Vereinsleben etablieren, wenn niemand sich daran stört, dass sie an öffentlichen Veranstaltungen und in Bürgerinitiativen mitwirken oder dass sie diejenigen sind, die Kinder- und Jugendarbeit anbieten, dann können extrem rechte Lebenswelten zur Normalität werden.

Wahlpolitische Erfolge sind der extremen Rechten dort beschieden, wo ihre MandatsträgerInnen als gesellschaftliche Akteure im dörflichen oder kleinstädtischen Milieu anerkannt sind. Während heimische Neonazis auch auf Sympathie in der Dorfgemeinschaft stoßen, wird die Forderung nach einem demokratischen Gemeinwesen schnell als „Nestbeschmutzung" aufgefasst. Begünstigt wird der Erfolg dieser Graswurzelstrategie von einer latenten Bedrohungssituation durch braune Cliquen, die dazu führt, dass diejenigen Menschen, die für eine nicht-rechte Kultur eintreten könnten, diese Regionen verlassen.

Die 13 Aufsätze des Sammelbandes behandeln sowohl die Unterwanderung von Fußballszenen und -vereinen durch Neonazis, als auch Organisationen wie die HDJ oder die *Kommunalpolitische Vereinigung* der NPD. Ebenso werden Erfahrungen aus der Beratungsarbeit für Opfer rassistischer Gewalt und der antifaschistischen Jugendarbeit bilanziert. Die Beispiele aus der Provinz umfassen West- wie Ostdeutschland.

Auf unangemessenen Alarmismus oder falsche Pauschalisierungen wird verzichtet. Das Buch versammelt hingegen fundierte Analysen und Reportagen, die den Ist-Zustand 2009/2010 skizzieren.

Friedrich Burschel (Hg.)
Stadt – Land – Rechts. Brauner Alltag in der deutschen Provinz
Reihe Texte der RLS, Bd. 63, Karl Dietz Verlag, Berlin 2010, 192 Seiten, 14,90 Euro

Download:
www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Texte_63.pdf

„An der Veränderung des sozialen Klimas kann jeder mitwirken."
Polizeibeamte am Rande eines Neonaziaufmarsches in Dortmund

Von Rainer Brahms

Enttäuschung auf ganzer Linie

„Analysen und Handlungsvorschläge zum Rechtsextremismus in Dortmund"

Dortmund ist die Stadt mit der aktivsten Neonaziszene in NRW. Gegenwärtig zählt die Westfalenmetropole bundesweit zu den Schwerpunkten der „Autonomen Nationalisten" (AN). Um dem etwas entgegenzusetzen, stellte die Stadt 2008 und 2009 jährlich 100.000 Euro bereit. Rund 50.000 Euro gingen an das Bielefelder Institut für Konflikt- und Gewaltforschung, das unter der Leitung von Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer eine etwa 170 Seiten umfassende Studie erstellte. Allerdings mit zweifelhaftem Ergebnis.

Die Netzwerke gegen Rechtsextremismus „sind in Dortmund ganz gut aufgebaut", erklärte Heitmeyer bei der Vorstellung im Dezember 2009. **Hartmut Anders-Hoepgen**, Sonderbeauftragter für Vielfalt, Toleranz und Demokratie, entnimmt der Studie sogar, dass Dortmund eine Hochburg des Widerstands gegen die Neonazi-Szene sei. „An der Veränderung des sozialen Klimas kann jeder mitwirken", stellte er fest. „Wir müssen die Bevölkerung mitnehmen." Wie wenig diese daran interessiert ist, zeigte sich Anfang Februar 2010. In einem Bürgerforum sollten nicht nur die Ergebnisse der Studie vorgestellt, sondern auch die Entwicklung eines Aktionsplans gegen rechts vorangetrieben werden. Eingefunden hatten sich jedoch, so die *Westfälische Rundschau* sarkastisch, „nur die üblichen Zwangsverpflichteten [...]. Mitglieder aus Parteien, Gewerkschaften, Jugendorganisationen und linken Bündnissen, die quasi von Berufswegen in Dortmunds Zentrum der Demokratie sitzen". Wenn man diese sowie die Gruppe von gut 30 Neonazis, die die Chance nutzten, sich als brave Jugendliche zu profilieren, von den 140 Teilnehmern abziehe, bleibe nur ein winziger Rest der Zivilgesellschaft, die hier hätte Position beziehen können.

Obwohl die Wortergreifungsstrategie als taktisches Element extrem rechter Politik seit Jahren bekannt ist, ist trotz zahlreicher ähnlicher Vorkommnisse in der Vergangenheit bei den Verantwortlichen wenig davon angekommen. Die Nazis zeigten sich begeistert von der „ Gastfreundlichkeit der Veranstalter", durch die es möglich gewesen sei, „eine gemeinsame Diskussion – auch aus unterschiedlichen Standpunkten – zu führen". So lange so etwas Alltag ist in Dortmund, bleiben alle Studien wirkungslos.

Rechte Strukturen

Laut Heitmeyer ist das wichtigste Ergebnis, dass die Neonazis dort am besten agieren können, wo fremdenfeindliche Einstellungen stark verbreitet sind, die Arbeitslosigkeit hoch ist und man sich von der Politik verlassen fühlt. Von der Politik verlassen fühlt sich auch eine Familie aus dem Stadtteil Dorstfeld, die aufgrund anhaltenden Naziterrors nur noch wegziehen konnte. Von einer Opferperspektive, von den Auswirkungen der Nazigewalt, von einem Klima der Angst, davon ist auf knapp 200 Seiten aber nicht die Rede.

Dass es in der Stadt eine starke Neonaziszene gibt, die „in Bewegung" (S. 43) ist, ist bekannt. Insgesamt beschränkt sich die Studie hier auf bereits hinlänglich publizierte Fakten. „Beeindruckend", sei die Fülle grauer Literatur zur Dortmunder Nazi-Szene, insbesondere die von Initiativen wie dem *Dortmunder Arbeitskreises gegen Rechtsextremismus*. Dass diese lediglich Informationen von LOTTA oder anderen antifaschistischen Gruppen wiederkäuen, scheinen die WissenschaftlerInnen offenbar nicht bemerkt zu haben. So wird der Auftraggeber hofiert, während diejenigen, die eine profunde Analyse unter Benennung lokaler Strukturen und neonazistischer Akteure betreiben, außen vor bleiben.

Einstellung der Bevölkerung

Zusätzlich untersuchte man in einer repräsentativen Umfrage die Einstellung der Bevölkerung in den Stadtbezirken Innenstadt-West und Eving. Auf den ersten Blick macht dies Sinn, liegen doch hier die Schwerpunkte extrem rechter Aktivitäten. Die Mehrheit der dortigen Bevölkerung ist sich des Problems bewusst, so ein Ergebnis (S. 84).

Unverständlich hingegen das Vorgehen: So vollbringt man das Kunststück, zwar vier Seiten zur Wohnsituation, Bevölkerung, ökonomischer und politischer Struktur sowie zu Begegnungs- und Integrationsmöglichkeiten zu verfassen, ohne einzubeziehen, dass sich im Fall Innenstadt-West der gesamte Stadtbezirk kaum als homogener Erhebungsraum bezeichnen lässt. In Eving, so die Studie, sind mit 40,9 % mehr als doppelt so viele der Ansicht, es lebten zu viele Ausländer in Dortmund, als in der Innenstadt-West mit 18,1 %. Die Zustimmungswerte zur Aussage „Die NPD ist eine Partei wie jede andere auch" liegen in Eving mit 21,3 % um 6,8 Punkte über dem Bundesdurchschnitt; 5,1 % der Evinger sind sogar der Ansicht, dass „die NPD Lösungen vor Ort anbietet" (S. 84). „Im Hinblick auf die Syndromelemente der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* zeigt sich, dass diese über nahezu alle Syndromelemente hinweg in Eving deutlich stärker ausgeprägt ist, als in der Innenstadt-West", so das Fazit (S. 88). Kaum verwunderlich: Zwar beinhaltet der Bezirk Innenstadt-West auch den von vielen Neonazis bevölkerten Unterbezirk Dorstfeld inklusive dem sozial schwachen Quartier Rheinische Straße, aber auch das stark alternativ-studentisch geprägte Kreuzviertel zählt dazu. Viele BewohnerInnen stellten sich in der Vergangenheit einem Aufmarsch der Rechten in den Weg, und selbst von den Nazis wird das Quartier als linke Hochburg benannt. Klar, dass die ermittelten Werte für die soziale Desintegration in Eving mehrfach höher ausfallen und sich in der Innenstadt-West mit 75,7 % auch mehr Personen bereit erklären, sich gegen rechts zu engagieren.

Engagement gegen Rechts

Erwartet hatte die Öffentlichkeit eine Analyse des städtischen und zivilgesellschaftlichen Engagements gegen die extreme Rechte. Was ist erfolgreich, was weniger? Wo gibt es Potenziale? Stattdessen erarbeiteten die Bielefelder WissenschaftlerInnen gemeinsam mit Parteien und Verbänden, Verwaltung und Polizei ein Idealnetzwerk, fragten anschließend im Rahmen einer Netzwerkanalyse die realen Beziehungen ab und fassten die Verbesserungsmöglichkeiten dieser Kommunikation zusammen.

„Die Integration unterschiedlicher demokratischer Kräfte ist aber nur möglich, wenn der gemeinsame Rahmen breit genug ist und die Mitarbeit nicht an zu viele Voraussetzungen geknüpft wird. Die Koordinatoren des Dortmunder Aktionsplans verfolgen genau diese Strategie und konnten damit entscheidend zu einer erfolgreichen Vernetzung beitragen", so das positive Fazit der Studie. Nicht breit genug offenbar, um mit lokalen Antifa-Strukturen diejenigen einzubeziehen, die seit Jahren am aktivsten sind. Trotzdem kommt man zu dem Ergebnis, es gebe in Dortmund eine „beeindruckende Fülle von Aktivitäten unterschiedlicher Akteure" und ein „starkes Problembewusstsein" (S. 43) Man reagiere häufig auf extrem rechte Provokationen. Offenbar bezieht man sich damit auf Aktivitäten wie das sündhaft teure Kulturfest am letzten „Antikriegstag". Dass jahrelang außer der Antifa niemand Gegendemonstrationen auf die Beine stellte, findet keine Erwähnung. Interessant wäre es gewesen, nicht nur die Interaktionen der einzelnen Akteure zu messen, sondern auch das tatsächliche Engagement gegen Rechts zu erfassen.

Enttäuschung

Im Januar zeigte sich wieder einmal, dass das dokumentierte Netzwerk wenig brauchbare Ergebnisse liefert: Die Neonazis veranstalteten mitten in der Stadt unbehelligt ein Konzert, während die Polizei erklärte, man habe das Ganze lediglich beobachtet. Mit dem angeblich uneingeweihten Vermieter hatten weder Polizei noch Stadt Kontakt aufgenommen, um ihn zur Kündigung der Räume zu bewegen.

Insgesamt ist die Studie eine Enttäuschung auf ganzer Linie. Sie liefert nichts Neues zur extremen Rechten. Zu hoffen bleibt, dass im bislang nicht veröffentlichten, letzten Teil, der „Vorschläge zur Konstruktion eines lokalen Aktionsplanes, zur Überprüfung von Handlungsweisen und zum weiteren Vorgehen" enthalten soll, konkrete Hinweise gegeben werden, die über das gegenwärtige „Engagement" hinausgehen. Zumindest einen Kritikpunkt hat man in Dortmund offenbar schon beherzigt: Nur sehr wenige Gegenaktivitäten nähmen „direkten Bezug zu rechtsextrem orientierten Personen". Nazis und ihre Gegner agierten „somit zumeist parallel und mit wenig Berührung". (S.46). Das hat sich mit der Beteiligung der Dortmunder Neonazis an der Präsentation der Studie geändert. Die Nazis tönen „Die Veranstaltung war ein Schritt in die richtige Richtung", es ist wohl zu bezweifeln, dass die WissenschaftlerInnen dem zustimmen würden. ★

DAS ARGUMENT
ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE UND SOZIALWISSENSCHAFTEN

284 Gewerkschaftsmacht. In der Krise

W.F.HAUG: Gewerkschaften im Hightech-Kapitalismus vor der Hegemoniefrage
M.CANDEIAS & B.RÖTTGER: Ausgebremste Erneuerung? Gewerkschaftspolitische Perspektiven
C.SCHMALSTIEG: Organisierung Prekärer in den USA
R.BERGER & M.MEYER: US-Gewerkschaften im Jahr eins nach Lehman: From bad to worse?
***
J.GAINES: Filmgeschichte als Kritik feministischer Filmtheorie
Weitere Beiträge von G.BAUER, M.NAUMANN & H.BEHREND

283 Klimapolitik

L.LOHMANN: Kohlenstoffmärkte und Finanzmärkte
U.RÖHR: Geschlechtergerechtigkeit in der Klimapolitik
M.BOYER: Saatgut, Klimawandel und bäuerlicher Widerstand

Krisenantworten 1929/30

B.RÖTTGER: Krisen des Kapitalismus – historische Perspektiven
J.ROESLER: Great Depression, New Deal und Mixed Economy
K.PRIESTER: Der italienische Faschismus im Spannungsfeld zwischen Reaktion und Moderne

Wacquant-Debatte (3): E.RIEDMANN, M.VALVERDE

ARGUMENT-Versand und -Buchhandlung
Reichenberger Str. 150 · 10999 Berlin
Tel: +49-(0)30-611-3983 · Fax: -4270
E-Mail: versand-argument@t-online.de

Redaktion DAS ARGUMENT · c/o Elske Bechthold
Kanalweg 60 · 76149 Karlsruhe
Tel: +49-(0)721-7501-438 · E-Mail: argument@inkrit.org

ANTIRASSISTISCHES BILDUNGSFORUM RHEINLAND (ABR)

Das Antirassistische Bildungsforum Rheinland (ABR) ist ein Verein, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, politische Bildungsarbeit zu organisieren und zu koordinieren. Unser Schwerpunktthema ist die fortschreitende Rechtsentwicklung in Politik und Gesellschaft.

Wir stellen auf Anfrage Materialmappen, Literaturlisten und Ratgeber für die Bildungsarbeit zusammen. Wir verfügen über einen Pool an Referent(inn)en, die in verschiedenen Berufsfeldern mit den Themen Rassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus, Jugendkulturen und Zeitgeschichte beschäftigt sind, wie zum Beispiel der Sozialpädagogik, Geschichte, Sozialwissenschaften, Politikwissenschaften und des Journalismus. Diese unterschiedlichen beruflichen Qualifikationen ermöglichen eine breite Zielgruppenorientierung sowie ein thematisch breit gefächertes und interdisziplinär konzipiertes Programm für die bildungspolitische Praxis.

Vom ABR organisierte Wochenend- oder Tagesseminare, Vorträge, Moderationen, Workshops und Diskussionsveranstaltungen wurden bisher in verschiedensten Bereichen und schwerpunktmässig in Nordrhein-Westfalen durchgeführt. Dieses beinhaltet sowohl die schulische und außerschulische Bildungsarbeit mit Jugendlichen, die Erwachsenenbildung, Fortbildung von Trägern der politischen Bildung (Multiplikator(inn)enschulungen) wie zugleich eine praxisorientierte Bildungsarbeit mit Initiativen, Vereinen, Gewerkschaften und Parteien.

Nähere Informationen, beispielsweise eine Übersicht über mögliche Veranstaltungsthemen stellen wir auf Nachfrage gerne zur Verfügung.

ANTIRASSISTISCHES BILDUNGSFORUM RHEINLAND
c/o Le Sabot
Breite Straße 76
53111 Bonn
Email: bildungsforum@gmx.de
Tel.: 01520/8494450

PHASE 2 | DEZ 09
ZEITSCHRIFT GEGEN DIE REALITÄT.

RAUS AUS DER ZONE
DIE BEDEUTUNG DER DDR FÜR DIE KRITIK DER LINKEN

AUSGABE NR 34
enthält u.a.: 34

PHILLIP GRAF: »Nach Hitler wir!«
RENATE HÜRTGEN: »Vom Kommunismus soll schweigen, wer von Stalinismus nicht reden will!«
CHAIM NOLL: »Das unmögliche Schreiben«
MARK HACHNIK: »Nach den Antideutschen«
KATHRIN ZEHNDER: »Der Zwitter als Freak«
BURGLINDE HAGERT und SUSAN WILLE: »Neues aus Burkistan«
Inklusive Kilby-Literaturbeilage

PHASE2 ERSCHEINT ALLE 3 MONATE UND KOSTET 4 EURO
ABO: 5 AUSGABEN FÜR 18 EURO
---ABO@PHASE-ZWEI.ORG

PHASE 2 - ZEITSCHRIFT GEGEN DIE REALITÄT
BORNAISCHE STR. 3D - 04277 LEIPZIG

WWW.PHASE-ZWEI.ORG

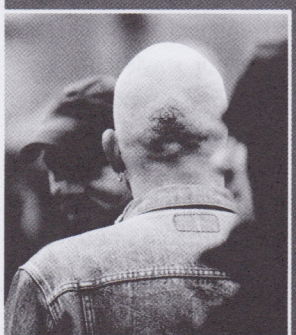
graswurzel revolution
Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft

www.graswurzel.net
Probeheft kostenlos. Abo: 30 Euro (10 Ausgaben)
GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11, D-53947 Nettersheim. Tel.: 02440/959-250, Fax: -351, abo@graswurzel.net

GWR Nr. 344, Dez. 09: Schwerpunkt Revolutionärer Umbruch in der DDR 1986 - 1990 ; Studi-Proteste ; 10 Jahre Bologna-Prozess – Bilanz einer gescheiterten Reform ; Libertärer Widerstand in Israel/Palästina & Griechenland ; „Linke" Anpassung ; Anti-Atom ; Antirassismus; Altvaters altbackene Vergangenheitsbewältigung, u.v.m.

Zeitung für linke Debatte und Praxis
ak testen: 3 für 5 €
Infos + Bestellungen: **www.akweb.de**

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN



DER RECHTE RAND

6 AUSGABEN PRO JAHR
15 EURO INLAND

ABOVERWALTUNG DER RECHTE RAND
POSTFACH 304180, 20324 HAMBURG

POSTGIRO HANNOVER BLZ 25010030
KONTO 445586-301

WWW.DER-RECHTE-RAND.DE

LOTTA empfiehlt

Antifaschistisches Blatt **info**

Nr.85 | Winter 2009/2010

Religiöse Rechte -
Vom "rechten" Glauben
im Schatten der Kirche

Kostenloses Probeexemplar:
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin
e-mail: mail@antifainfoblatt.de
web: www.antifainfoblatt.de

Einzelexemplar 3,10 Euro
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)

Impressum

LOTTA
Am Förderturm 27, 46049 Oberhausen
lotta-redaktion@no-log.org
lotta-vertrieb@nadir.org
http://projekte.free.de/lotta

Verlag und Druck im VFKB e.V., c/o LOTTA
V.i.S.d.P.: S. Zinflou, c/o LOTTA

ISSN: 1865-9632

Auflage: 1.000
Erscheinungsweise: vierteljährlich

Alle Rechte an den Fotos und den Artikeln liegen bei den FotografInnen und den AutorInnen. Der Inhalt namentlich gekennzeichneter Artikel spiegelt nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur Habenahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit Begründung der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur diese, dem Absender mit Begründung der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Lotta abonnieren!

Unsere Kontoverbindung lautet:

VFKB e.V.
Kontonummer: 994 540 460
Postbank Dortmund
Bankleitzahl (BLZ): 440 100 46

Bitte bei Überweisungen unbedingt den Namen der abonnierenden Gruppe/Person und die Nummer/n der bezahlten/bestellten Ausgabe(n) angeben!

Jahreseinzelabo über 4 Ausgaben	ab Ausgabe ___
O Jahresabo, Inland	13 Euro
O Jahresabo, Ausland	17 Euro
O Jahresabo, Förderabo I	20 Euro
O Jahresabo, Förderabo II	___ Euro

Archiv- Packs	
O Ausgaben #11 bis #19	18 Euro
O Ausgaben #21 bis #25	12 Euro
O Ausgaben #26 bis #30	12 Euro
O Ausgaben #31 bis #34	12 Euro

Einzelexemplare *(Vorrätig sind: #4 bis #7, #9, #11 bis #19 und ab #21)*	
O Ausgabe .... (bis Ausgabe #7)	2 Euro
O Ausgabe .... (bis Ausgabe #13)	3 Euro
O Ausgabe .... (bis Ausgabe #28)	3,50 Euro
O Ausgabe .... (ab Ausgabe #29)	4,00 Euro

O Ich überweise den Abo- bzw. Archiv-Pack-Betrag auf das o.g. Konto.
O Ich habe den Abo- bzw. Archiv-Pack-Betrag in bar beigelegt.

» Alle Preise verstehen sich inklusive Porto + Verpackung und (außer bei WeiterverkäuferInnen) nur gegen Vorkasse (bitte keine Briefmarken).
» Ein Abo verlängert sich automatisch um vier weitere Ausgaben, wenn nicht bis spätestens vier Wochen nach Erscheinen der letzten abonnierten Ausgabe gekündigt wird.
» WeiterverkäuferInnen erhalten ab 5 Exemplaren 20 Prozent Ermäßigung (2,40 Inland / 3,40 Ausland), ab 15 Exemplaren 25 Prozent Ermäßigung (2,25 Inland / 3,25 Ausland).

An die **LOTTA**
Am Förderturm 27
46049 Oberhausen

.....
Vorname, Name oder Organisation

.....
Anschrift PLZ, Ort

.....
E-Mail (*unbedingt angeben*)

....
Ort, Datum Unterschrift

Anzeige

INPUT

Programm März bis Mai 2010

31. März 2010, 19.30 Uhr

Der Fall Boere
Informationen und Hintergründe zum Aachener NS-Verbrecherprozess
Mit ReferentInnen des „AK Kein Vergessen"
Ort: *Zentrum Hinterhof, Corneliusstr. 108, Düsseldorf*

Leider standen die INPUT-Themen für den 28. April und den 26. Mai 2010 bis Redaktionschluss der LOTTA noch nicht fest. In Planung sind die Themen „Möglichkeiten und Grenzen der Unterstützung von Betroffenen rechter Gewalt" sowie „Rechte Frauen".

Aktuelle Infos unter E-Mail *bildungsforum@gmx.de* anfordern!

Veranstalter: *Antifaschistischer Arbeitskreis an der FH Düsseldorf und AG INPUT, in Kooperation mit dem Antirassistischen Bildungsforum Rheinland (ABR)*

Weitere Informationen: *www.linkes-zentrum.de*

Anzeige